Rheinland Dfalz

Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

Januar Februar

März

April Mai

Juni Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

1985

INHALT

Kommunalwahlen 1984	51	I. Auswirkungen des neuen Wahlsystems auf das Verhalten der Wähler und die Zusammensetzung der Vertretungsorgane Bei den Kommunalwahlen am 17. Juni 1984 galt in Rheinland-Pfalz erstmals ein neues Wahlrecht, das den Wahlberechtigten zusätzliche Mitwirkungsmöglichkeiten bei de Zusammensetzung der kommunalen Vertretungsorgane einräumt. Es wurde unter sucht, in welchem Ausmaß die Wähler die Personenwahl genutzt und auf die personelle Zusammensetzung der kommunalen Vertretungsorgane Einfluß genommen haben.
	60	II. Kandidaturen, Wahlchancen und Wahlerfolge von Frauen Das positive Abschneiden weiblicher Kandidaten zeigt, daß das neue Wahlsystem geeignet ist, dem Wunsch der Frauen nach mehr Gewicht in der kommunalpolitischer Arbeit Ausdruck zu verleihen.
Personal des Landes und der Kommunen	66	Seit 1983 zeichnet sich ein leichter Rückgang des vollbeschäftigten Personals bei Land und Gemeinden (Gv.) ab.
Betriebssysteme und Standardbetriebs- einkommen in der Land- und Forstwirt- schaft 1983	71	Die Agrarberichterstattung 1983 informiert über die Produktionsrichtung und das Ein- kommen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe.
Tiefbau 1984	76	Die rückläufige Entwicklung im Tiefbau scheint beendet. Die Tiefbauunternehmen beschäftigten Ende Juni 1984 mehr Personal als im Vorjahr.
Anhang	17* 23*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Kommunalwahlen 1984

Neues Wahlrecht vom Wähler angenommen

Bei den Kommunalwahlen am 17. Juni 1984 haben die Wähler die Möglichkeiten des neuen Wahlrechts, durch Personenstimmen Einfluß auf die Zusammensetzung der Vertretungsorgane zu nehmen, in hohem Maße genutzt.

In den einzelnen Vertretungskategorien wurden durchschnittlich zwischen 51% der Stimmzettel bei den Kreistagswahlen und 72% bei den Wahlen der Stadt- und Gemeinderäte der kreisangehörigen Gemeinden verändert. Drei Viertel aller Mandate wurden über die veränderte Liste, das heißt über die Personenwahl vergeben. Rund 17% der über die veränderte Liste gewählten Bewerber zogen von nachrangigen Plätzen in die Vertretungsorgane ein und wären somit nach altem Recht nicht zum Zuge gekommen.

Die geringfügige Zunahme der ungültigen Stimmen bei der ersten Wahl nach neuem Recht zeigt, daß die Neuerungen den Wählern keine Schwierigkeiten bereiteten. ug

Mehr über dieses Thema auf Seite 51

Gutes Abschneiden der Frauen bei der Personenwahl

Nach ihrem Anteil von rund 52% an der Gesamtbevölkerung sind die Frauen in den Wahlvorschlägen und in den Vertretungsorganen unterrepräsentiert. Landesweit waren nur 10% der Bewerber Frauen, wobei allerdings die Anteile in städtischen Gebieten wesentlich höher sind als auf dem Lande.

Während bei den Wahlen zu den Stadträten der kreisfreien Städte und der großen kreisangehörigen Städte fast 16% der Mandate von Frauen errungen wurden, liegen ihre Anteile in den Kreistagen mit 10%, den übrigen Stadt- und Gemeinderäten mit 7% und den Verbandsgemeinderäten mit weniger als 7% erheblich niedriger.

Obwohl Frauen nur selten auf Spitzenplätzen zu finden waren, haben sie bei der Personenwahl, mit Ausnahme der Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten der kreisangehörigen Gemeinden (ohne große kreisangehörige Städte), besser abgeschnitten als ihre männlichen Mitbewerber. Die Anteile gehaltener und verbesserter Listenplätze liegen beispielsweise bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte rund 10 Prozentpunkte, bei den Stadtratswahlen der gro-Ben kreisangehörigen Städte mehr als 5, bei den Verbandsgemeinderatswahlen über 4 und bei den Kreistagswahlen über 2 Punkte höher als bei den Männern. Bei den Wahlen zu allen Vertretungsorganen schafften relativ mehr Frauen als Männer den Sprung von einem bei reiner Listenwahl aussichtslosen Platz in das Vertretungsorgan. ug

Mehr über dieses Thema auf Seite 60

Leichter Produktionsanstieg 1984

Im Jahre 1984 ist die Produktion des rheinlandpfälzischen verarbeitenden Gewerbes um 1% höher ausgefallen als im Vorjahr. Das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 5,7%), der Nahrungs- und Genußmittelbereich (+ 2,8%) und die Verbrauchsgüterindustrie (+ 2,4%) steigerten in diesem Zeitraum ihren Ausstoß überdurchschnittlich. Lediglich für das Investitionsgüter produzierende Gewerbe errechnet sich ein Rückgang von 7,2%. fu

Kommunale Finanzen 1984

Die Gesamtausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände in Rheinland-Pfalz beliefen sich im Jahre 1984 auf 8 761 Mill. DM. Sie lagen damit um 1,9% höher als im Vorjahr. Zur Deckung des Finanzbedarfs standen den kommunalen Gebietskörperschaften Gesamteinnahmen in Höhe von 8 808 Mill. DM (+ 3,4%) zur Verfügung.

Während die Personalausgaben um 1,2% auf 2 012 Mill. DM und die Sozialleistungen um 1,7% auf 786 Mill. DM nur leicht zunahmen, war beim laufenden Sachaufwand ein Anstieg um 5,3% auf 1 505 Mill. DM zu verzeichnen. Rückläufig waren erneut die Zinsausgaben mit 497 Mill. DM (– 7,4%).

Für Sachinvestitionen wurden 1 759 Mill. DM ausgegeben; das sind 6,1% weniger als 1983. Der Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen ging um 6,7% auf 340 Mill. DM zurück. Für eigene Baumaßnahmen wurden 1 419 Mill. DM (— 6%) verausgabt, darunter für Schulen 204 Mill. DM (— 1,2%), für Straßen 428 Mill. DM (— 6,7%) und für Abwasserbeseitigung 142 Mill. DM (— 16,9%). Die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen stagnierten bei 288 Mill. DM.

Der wichtigste Einnahmeposten, die Steuern abzüglich 226 Mill. DM Gewerbesteuerumlage und zuzüglich 1 285 Mill. DM Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, brachte im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um 12,8% auf 3 131 Mill. DM, wozu auch die Senkung des Umlagesatzes von 58% auf 52% beigetragen hat.

Bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb war mit 1 425 Mill. DM (+3,1%) ebenso ein Anstieg zu verzeichnen wie bei den allgemeinen Finanzzuweisungen vom Land mit 1 192 Mill. DM (+3,1%).

Am Jahresende 1984 betrugen die kommunalen Schulden (ohne Eigenbetriebe und Krankenanstalten) 6 891 Mill. DM, das sind 1,9% weniger als zum Vorjahresstichtag.

Während sich die Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt um 1,4% auf 1 104 Mill. DM verringerten, war bei den Tilgungen von Kreditmarktmitteln ein starker Anstieg um 13,8% auf 964 Mill. DM zu verzeichnen. pf

Steueraufkommen 1984 um 4,4% gestiegen, bei den Gemeinden um 18,3%

Das kassenmäßige Gesamtaufkommen an staatlichen und kommunalen Steuern in Rheinland-Pfalz belief sich im Jahre 1984 auf 20 Mrd. DM und lag damit um 4,4% höher als im Vorjahr.

Von den Gemeinschaftssteuern, die um 4,9% auf 15,2 Mrd. DM anstiegen, wies die Lohnsteuer als aufkommenstärkste Einzelsteuer mit 7,4 Mrd. DM einen Zuwachs um 5,7% auf. Dagegen gingen die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer auf 1,2 Mrd. DM (– 2,6%) zurück. Bei der Körperschaftsteuer war eine Zunahme um 8,6% auf 1,6 Mrd. DM zu verzeichnen.

Auch die Steuern vom Umsatz erfuhren einen Anstieg um 3,1% auf 4,8 Mrd. DM.

An reinen Bundessteuern kamen im Jahre 1984 knapp 1,8 Mrd. DM auf. Das sind 8,7% weniger als im Vorjahr. Ausschlaggebend hierfür war der Rückgang bei der Mineralölsteuer um 28,7% auf 632 Mill. DM. Während das Aufkommen aus dem Branntweinmonopol um 12,1% auf 610 Mill. DM anstieg, erbrachte die Schaumweinsteuer mit 311 Mill. DM 3,5% weniger.

Die Einnahmen aus Landessteuern waren mit 882 Mill. DM ebenfalls rückläufig (- 2,8%). Hierzu beigetragen hat vor allem die Vermögensteuer, auf die 172 Mill. DM (- 23,4%) entfielen. Die Kraftfahrzeugsteuer wies einen Zuwachs um 5,1% auf 456 Mill. DM auf.

Besonders günstig verlief die Einnahmeentwicklung bei den Gemeindesteuern, die mit fast 2,1 Mrd. DM 18,3% mehr als 1983 erbrachten. Diese hohe Steigerung ist vor allem auf die Gewerbesteuer zurückzuführen, deren Bruttoaufkommen um 25,6% auf über 1,5 Mrd. DM gestiegen ist. Die Grundsteuern verzeichneten einen Anstieg um 6,5% auf 384 Mill. DM. pf

Geringer Rückgang des vollbeschäftigten Personals bei Land und Gemeinden

Beim Land sowie den Gemeinden und Gemeindeverbänden waren am 30. Juni 1984 insgesamt 135 483 Personen vollbeschäftigt und 20 832 teilzeitbeschäftigt mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit. Bis einschließlich 1981 war die Zahl des vollbeschäftigten und des teilzeitbeschäftigten Personals fast kontinuierlich gewachsen. Das vollbeschäftigte Personal beim Land und den Gemeinden (Gv.) erreichte 1981 mit 137 219 seinen Höchststand. Seither verringerte es sich um 1,3%, wobei die prozentuale Abnahme beim Land geringfügig stärker war als bei den Gemeinden (Gv.). Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit hat dagegen seit 1981 um mehr als 16,4% zugenommen.

Die Teilzeitbeschäftigten des Landes sind vorwiegend im Schulwesen sowie bei der politischen Führung und zentralen Verwaltung tätig. Sehr stark vertreten sind hier die Frauen. Gemessen an der Zahl der Vollbeschäftigten waren 1984 relativ die meisten Teilzeitkräfte der Gemeinden (Gv.) bei den Landkreisen tätig. Auf 100 Vollerwerbstätige entfielen hier 24 Teilzeitbeschäftigte. Besonders niedrig war die Relation in den kreisfreien Städten; hier lag deren Anteil im Jahre 1984 bei 15%. Am geringsten war die Quote bei den kreisfreien Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern, wo jeder zehnte Bedienstete eine Teilzeitkraft war.

Land und Gemeinden (Gv.) bildeten am 30. Juni 1984 insgesamt 10 158 Jugendliche aus. Das sind 3,2% mehr als im Vorjahr, in dem bereits die Ausbildungskapazität um 9,2% ausgeweitet worden war. Seit 1981 hat sich damit die Zahl der Auszubildenden um 6,3% erhöht. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 66

Bestockte Rebfläche hat weiter zugenommen

Im Weinwirtschaftsjahr 1983/84 wurden in Rheinland-Pfalz 2 180 ha Weinberge gerodet und 2 750 ha mit Reben bepflanzt. Die bestockte Rebfläche vergrößerte sich damit gegenüber dem Vorjahr um knapp 1% auf 66 390 ha. Von den Anpflanzungen entfielen allein 2 260 ha auf schon vorher weinbaulich genutzte Flächen. Rund 490 ha wurden erstmals mit Reben bestockt, wobei die hierfür notwendigen Genehmigungen teilweise noch aus früheren Jahren stammten. Fünf Rebsorten bestimmten maßgeblich das Bild der Anpflanzungen: Neben den traditionellen Sorten Müller-Thurgau (28%), Riesling (23%), Silvaner (11%) und Blauer Portugieser (6,4%) war dies der in den vergangenen Jahren ständig in seiner Beliebtheit gestiegene Kerner (9%).

Mit knapp einem Viertel der gesamten bestockten Rebfläche war 1984 der Müller-Thurgau weiterhin die führende Rebsorte im Land, gefolgt von Riesling (20%) und Silvaner (9,3%). Der Kerner erreichte einen Anteil von 8,2%. Weitere bedeutende Weißweinrebsorten sind Scheurebe (6,2%), Bacchus (4,6%), Morio-Muskat (4,1%), Faberrebe (3,4%), Huxelrebe (2,6%), Ruländer (1,9%), Ortega (1,7%) und Elbling (1,6%). Mit Ausnahme von Silvaner, Morio-Muskat und Ruländer haben 1983/84 alle vorgenannten Rebsorten eine weitere Ausdehnung erfahren. Auch Ehrenfelser, Reichensteiner, Regner und Würzer werden zunehmend geschätzt. Der Portugieser als Rotweinsorte beanspruchte etwas mehr als 4% der Rebfläche. Ebenso wie beim Blauen Spätburgunder (1,0%) und beim Dornfelder (0,7%) sind seine Flächen in den letzten Jahren ständig gewachsen. Ix

Dauerkulturen und Futterbau vorherrschende Produktionsrichtungen in der Landwirtschaft

Von den 73 800 Betrieben der Land- und Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz gehören 87% zum Betriebsbereich Landwirtschaft. Gartenbau und Forstwirtschaft sind mit Anteilen von 1,6 bzw. 9,1% vertreten. Innerhalb der Landwirtschaft dominieren Dauerkulturbetriebe (37%) und Futterbaubetriebe (26%). Die Produktionsrichtungen Marktfruchtbau (18%) und Veredlung (2%) treten demgegenüber in den Hintergrund. Knapp die Hälfte der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche wird von Futterbaubetrieben und ein weiteres Viertel von Marktfruchtbetrieben bewirtschaftet. Wegen ihrer geringeren Flächenausstattung beanspruchen die Dauerkulturbetriebe nur knapp ein Fünftel des landwirtschaftlichen Grund und Bodens. Den höchsten Spezialisierungsgrad haben Dauerkulturbetriebe und Marktfruchtbetriebe.

Das Standardbetriebseinkommen als Maßstab für die wirtschaftliche Größe der Betriebe erreichte 1983 in der Landwirtschaft einen Betrag von 21 850 DM je Betrieb. Ein wesentlich höherer Wert errechnet sich für den Gartenbau (36 470 DM) und die Forstwirtschaft (27 810 DM). Mehr als die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe wiesen Einkommen von weniger als 10 000 DM auf. Nur jeder vierte Betrieb verfügte über mehr als 30 000 DM. Zu dieser Gruppe gehört jedoch weit über die Hälfte der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Ix

Mehr über dieses Thema auf Seite 71

30% mehr Arbeitslose erhalten Wohngeld

Ende 1984 erhielten in Rheinland-Pfalz 60 547 Haushalte Wohngeld. Das sind 3,4% weniger als ein Jahr zuvor. Neun Zehntel der Wohngeldempfänger waren Mieter, ein Zehntel Besitzer eines Eigenheims oder einer Eigentumswohnung, die Wohngeld in Form des Lastenzuschusses bezogen. Die Zahl der Mieter verringerte sich um 1 805 oder 3,2%, die der Lastenzuschußempfänger um 305 oder 5%. Der durchschnittliche Wohngeldbetrag lag je Haushalt mit monatlich 109 DM um 4 DM höher als zu Jahresbeginn.

Die Wohngeldausgaben sind im Jahre 1984 mit rund 101 Mill. DM gegenüber 1983 um 6% zurückgegangen, lagen jedoch um 38% über dem Leistungsvolumen von 1979. Wie in den vergangenen Jahren waren die meisten Wohngeldempfänger (51%) Rentner und Pensionäre, mehr als drei Viertel von diesen alleinstehend.

Die Zahl der arbeitslosen Wohngeldempfänger erhöhte sich um 30% auf 7 564. Sie machen damit einen Anteil von 12,5% aus. Jeweils etwa ein Drittel der Wohngeldempfänger hatte Quadratmetermieten bzw. -belastungen unter 4,50 DM, zwischen 4,50 und 6 DM und über 6 DM zu zahlen, im Durchschnitt waren es 5,30 DM. ju

Tiefbau stabilisiert sich

In den 556 rheinland-pfälzischen Betrieben im Tiefbau waren Ende Juni 1984 rund 15 900 Personen tätig. Dies sind 0,4% mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. In den vergangenen Jahren war die Entwicklung rückläufig (1982: — 4,3%, 1983: — 3,7%). Die Betriebe des Tiefbaues haben auch verstärkt ausgebildet. Dies spiegelt die hohe Zahl von 350 gewerblich Auszubildenden wider. Sie liegt um 17% über dem Vorjahreswert und ist fast doppelt so hoch wie vor fünf Jahren.

Im Jahre 1983 erwirtschaftete der Tiefbau einen Gesamtumsatz von 1,7 Mrd. DM, das sind 1,8% mehr als 1982. Während der Straßenbau (1,1 Mrd. DM) und sonstige Tiefbau (526 Mill. DM) Umsatzsteigerungen von 2,6 bzw. 1,2% verzeichnete, ging der Umsatz im Sektor Erdbewegungsarbeiten und Landeskulturbau (82 Mill. DM) um 3,4% zurück. spe

Mehr über dieses Thema auf Seite 76

Hohe Neubauleistung mit über 25 500 Wohnungen

Im Jahre 1984 wurde in Rheinland-Pfalz mit der Fertigstellung von 25 541 Wohnungen das höchste Ergebnis der letzten sieben Jahre erreicht. Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Anstieg 14%. Die Gesamtkosten der 1984 abgeschlossenen Bauvorhaben betrugen 6,3 Mrd. DM (Vorjahr 5,5 Mrd. DM), von denen mehr als zwei Drittel auf Wohngebäude entfielen.

7219 bezugsfertige Wohnungen liegen in Einfamilienhäusern, 6 454 in Zwei- und 9 726 in Mehrfamilienhäusern. 1 403 Wohnungen entstanden durch Um-, Aus- und Erweiterungsbaumaßnahmen und 739 befinden sich in Gebäuden, die überwiegend Nichtwohnzwecken dienen. Während 1984 der Neubau von 7 219 Einfamilienhäusern im Vergleich zum Vorjahr um 1,4% zurückging, entspricht die Errichtung von 3 227 Zwei- und 1 076 Mehrfamilienhäusern einer Zunahme um 12,3 bzw. 30%. ju

Handwerk mit höherem Umsatz

Das rheinland-pfälzische Handwerk erwirtschaftete 1984 einen Umsatz von 18,8 Mrd. DM. Dies sind 2,1% mehr als im Vorjahr. Unterschiedlich verlief die Entwicklung der einzelnen Handwerkszweige. Während die Bereiche Metall (\pm 2,6%), Bau- und Ausbau (\pm 3,5%), Bekleidung (\pm 6,4%) sowie Gesundheit und Körperpflege (\pm 5,6%) den Vorjahresumsatz übertrafen, verzeichneten Nahrungsmittel (\pm 0,9%), Holz (\pm 3,2%) sowie Glas-, Papier- und Keramikgewerbe (\pm 1,4%) Umsatzeinbußen.

Der Personalstand der Handwerksbetriebe blieb 1984 gegenüber dem Vorjahr konstant. Von den durchschnittlich 212 300 Beschäftigten waren knapp zwei Drittel im Bau- und Ausbausektor (67 000 Personen) und im Metallgewerbe (63 200) tätig. In der Nahrungsmittelbranche arbeiteten 31 000, im Sektor Gesundheit und Körperpflege 30 300 Personen. spe

38. Jahrgang Heft 3 März 1985

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Kommunalwahlen 1984

 Auswirkungen des neuen Wahlsystems auf das Verhalten der Wähler und die Zusammensetzung der Vertretungsorgane

Mehr Einfluß für den Wähler

Bei den Kommunalwahlen am 17. Juni 1984 galt in Rheinland-Pfalz erstmals ein neues Wahlrecht, das den Wahlberechtigten zusätzliche Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Zusammensetzung der kommunalen Vertretungsorgane einräumt. Die Verhältniswahl blieb dominant, wurde aber mit der personellen Komponente begrenzt-offener Listen verbunden. Der Wähler hat neben einer Listenstimme zur Wahl eines Wahlvorschlags sechs, bis zu drei auf einen Bewerber kumulierbare Personenstimmen zur Kennzeichnung von Kandidaten, die er bei der Zuteilung der Sitze begünstigen will. Er kann die Personenstimmen allerdings nur innerhalb des von ihm gewählten Wahlvorschlags vergeben.

Bei der Sitzverteilung werden zunächst die Mandate an die einzelnen Wahlvorschläge im Verhältnis der auf sie entfallenen Listenstimmen nach dem Höchstzahlverfahren d'Hondt vergeben. Danach werden die einer Liste zugeteilten Sitze wiederum nach d'Hondt im Verhältnis der Stimmzettel ohne Personenstimmen (unveränderte Liste) und der Stimmzettel mit Personenstimmen (veränderte Liste) aufge-

teilt. Die der veränderten Liste zustehenden Sitze werden den Bewerbern mit den höchsten Stimmenzahlen zugeteilt, die auf die unveränderte Liste entfallenden Sitze an die noch nicht berufenen Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlags vergeben¹).

Die Möglichkeit, einen Wahlvorschlag durch alleinige Abgabe der Listenstimme unverändert anzunehmen, und die daraus folgende Vergabe von Sitzen über die unveränderte Liste nach der ursprünglichen Reihenfolge und ohne Rücksicht auf die Stimmenzahl der Bewerber, führt zu einer Beschränkung der reinen Personenwahl innerhalb der einzelnen Wahlvorschläge. Mit zunehmendem Anteil der Wähler, die Personenstimmen abgeben, wächst jedoch die Möglichkeit, im Rahmen der innerparteilichen Sitzverteilung Veränderungen im Sinne einer Mehrheitswahl herbeizuführen.

Im folgenden wird dargestellt, in welchem Ausmaß die Wähler von den Möglichkeiten größerer Mitwirkung Gebrauch gemacht haben und welche Auswirkungen das Wahlverhalten auf die Zusammensetzung der kommunalen Vertretungsorgane hatte. In die Untersuchung wurden alle Gebietskörperschaften einbezogen, deren Vertretungsorgane nach dem neuen Recht gewählt wurden. In 1 222 Ortsgemeinden wur-

 Vgl. M. Unglaub: Das neue Kommunalwahlrecht in Rheinland-Pfalz. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 35, Heft 7, September 1982.

Landesergebnisse¹⁾ der Kommunalwahlen 1984

	V	/ah	1-		Gülti	~~					Vor	n den	gü	iltige	en S	tim	men	entf	ieler	n au	f			
Vertretungs- organ		rec	ch- e		timn			CDI	J		SPI		F	.D.	Ρ,		Grür	ne	1182	lähle rupp			hrhe wah	its-
				Aı	nzał	nl			ક	An	zahl	olo	An	zahl	9	An	zahl	90	An	zahl	8	Anz	ahl	olo
Kreistage	2 0	89	496	1	577	376	740	108	46,9	606	493	38,4	84	036	5,3	80	767	5,1	64	798	4,1		-	-
Stadträte der kreisfreien Städte großen kreis- angehörigen			918																		3,4		-	-
Städte	1	91	573		131	514	52	393	39,8	59	494	45,2	6	950	5,3	5	547	4,2	6	122	4,7		-	-
Übrige Stadt-/ Gemeinderäte	1 8	93	324	1	452	754	445	159	30,6	404	918	27,9	36	368	2,5	13	429	0,9	298	424	20,5	253	776	17,5
Verbands- gemeinderäte	1 6	34	870	1	257	696	574	269	45,7	476	119	37,9	57	882	4,6	14	546	1,2	134	184	10,7		-	-

¹⁾ Im Gegensatz zu den übrigen Tabellen schließt diese Tabelle auch die Ergebnisse der Mehrheitswahl sowie die auf DKP, EAP und DS entfallenen 4 733 gültigen Stimmen ein.

Veränderte Listen nach Parteien und Vertretungsorganen

Vertretungsorgan	Insgesamt	CDU	SPD	F.D.P.	Grüne	Wähler- gruppen
		Anzahl				
Kreistage	798 390	375 917	307 500	43 319	33 706	37 948
Stadträte der						
kreisfreien Städte	294 609	121 076	136 305	11 795	14 346	11 087
großen kreisangehörigen Städte	85 654	34 952	38 913	4 650	2 822	4 317
Ubrige Stadt-/Gemeinderäte	867 706	317 470	274 941	26 093	7 496	241 706
Verbandsgemeinderäte	773 684	352 989	282 222	36 611	7 491	94 371
Insgesamt	2 820 043	1 202 404	1 039 881	122 468	65 861	389 429
Anteil an	der jeweilige	n Gesamtzahl	der (Partei)	stimmen in %		
Kreistage	50,7	50,8	50,7	51,5	41,7	58,6
Stadträte der						
kreisfreien Städte	59,9	60,4	60,8	59,0	46,2	66,9
großen kreisangehörigen Städte	65,6	66,7	65,4	66,9	50,9	70,5
Übrige Stadt-/Gemeinderäte	72,4	71,3	67,9	71,7	55,8	81,0
Verbandsgemeinderäte	61,6	61,5	59,3	63,3	51,5	70,3
Insgesamt	60,6	59,8	58,7	59,7	45,3	74,9

den die Gemeinderatswahlen nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchgeführt. Die findet statt, wenn für eine Wahl nur ein oder überhaupt kein gültiger Wahlvorschlag eingereicht wird. Für die Wahl zum Bezirkstag des Bezirksverbands Pfalz galt das bisherige Recht.

Bei den Auswertungen wurden die Wahlvorschläge der Deutschen Kommunistischen Partei (14), der Demokratischen Sozialisten (1) und der Europäischen Arbeiterpartei (1) nicht berücksichtigt. Es ist außerdem zu beachten, daß die genannten Prozentwerte zum Teil auf kleinen absoluten Zahlen basieren. Die Ergebnisse der großen kreisangehörigen Städte und der übrigen kreisangehörigen Gemeinden werden gesondert ausgewiesen, da erstere in Größe und Kommunikationsstruktur mehr den kreisfreien Städten entsprechen.

Neues Wahlrecht vom Wähler angenommen

Die Möglichkeit, durch Vergabe von Personenstimmen einzelne Bewerber eines Wahlvorschlags zu begünstigen, wurde von den Wählern unerwartet stark genutzt. Der Anteil der durch Personenstimmen veränderten Stimmzettel wächst mit der Überschaubarkeit des Wahlgebiets und ist vom Bekanntheitsgrad der Bewerber abhängig. Dieser ist umso größer, je kleiner das Wahlgebiet ist. Aktivitäten und Leistungen der Kandidaten sind der Wählerschaft in kleinen Gemeinden eher bekannt.

So wurden in den kreisangehörigen Gemeinden im Durchschnitt rund 72% der abgegebenen Stimmzettel verändert. Bei den Stadtratswahlen der großen kreisangehörigen Städte betrug der Anteil nahezu 66%, bei den Wahlen zu den Verbandsgemeinderäten rund 62% und bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte 60%. Selbst bei den Kreistagswahlen hat noch über die Hälfte der Wähler die Möglichkeit der Personenwahl genutzt. Außergewöhnlich

hoch für die einzelnen Vertretungskategorien waren die Anteile der Personenwahl bei den Stadtratswahlen in Pirmasens (73,1%), Koblenz (69,4%), Speyer (67,1%) und Mayen (81,1%) sowie bei den Kreistagswahlen in Altenkirchen (59,7%) und Bitburg-Prüm (59,2%).

Das Ansteigen des Anteils der veränderten Stimmzettel mit Abnehmen der Gemeindegröße verdeutlicht auch eine Gliederung der Gemeinden nach Gemeindegrößenklassen. In den Gemeinden bis zu 1 000 Einwohnern liegen die Veränderungsquoten beispielsweise durchschnittlich um mehr als 20 Prozentpunkte höher als in den Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern.

Wahlvorschläge der Wählergruppen am häufigsten, Listen der Grünen am wenigsten verändert

Während der Anteil der Stimmzettel mit veränderter Liste bei der CDU, der SPD und der F.D.P. etwa den landesweit beobachteten Durchschnitten entsprach, wurden die Listen der Grünen in weit geringerem Maße geändert. Bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und den Kreistagswahlen vergab die Mehrheit ihrer Wähler keine Personenstimmen. Der Anteil der veränderten Listen der Grünen lag bei den Wahlen zu den verschiedenen Vertretungsorganen zwischen 17 und 9 Prozentpunkten unter dem landesweit beobachteten Durchschnitt für alle Parteien. Die Wählergruppen dagegen verzeichneten bei der Personenwahl weit überdurchschnittliche Anteile. Am deutlichsten wird das bei den Stadt- und Gemeinderatswahlen der kreisangehörigen Gemeinden, wo der Anteil der veränderten Stimmzettel bei 81% lag.

Geringe Zunahme ungültiger Stimmen

Berücksichtigt man, daß das neue Wahlrecht erstmals zur Anwendung kam, so ist die geringe Zunah-

Veränderte Listen nach Parteien und Verwaltungsbezirken 1)

Verwaltungsbezirk	Insgesamt	CDU	SPD	F.D.P.	Grüne	Wähler- grupper
	An	teil an der je	weiligen Gesam	tzahl der (Par	tei)Stimmen in	8
V1-6-1- Ct 14						
Kreisfreie Stadt Koblenz	69,4	71,1	71,8	64,6	50,2	_
Landkreise	1					
Ahrweiler	50,8	52,9	48,3	50,8	39,6	-
Altenkirchen (Ww.)	59,7	60,8	58,1	65,9	48,7	67,6
Bad Kreuznach	50,6	50,1	51,5	47,8	43,3	63,7
Bad Kreuznach, St	62,6	64,9	62,3	65,2	50,7	-
Birkenfeld Idar-Oberstein, St	50,9 60,8	48,8	51,0 58,2	57,3 58,7	_	55,4 72,4
Cochem-Zell	52,9	51,5	58,9	52,8	37,8	12,4
Mayen-Koblenz	46,5	43,8	51,2	47,2	37,2	-
Andernach, St	60,6	57,3	60,9	-	55,9	73,7
Mayen, St	81,1	80,9	80,9	83,7	-	-
Neuwied Neuwied, St	56,5 67,5	57,2 69,1	57,7 69,0	50,2 64,6	41,8	63,9
Rhein-Hunsrück-Kreis	53,9	53,2	55,5	53,8	50,7	
Rhein-Lahn-Kreis	50,7	50,6	51,3	45,4	40,8	57,1
Lahnstein, St	64,9	67,9	63,8	62,2	49,0	71,4
Westerwaldkreis	53,8	53,5	52,7	54,8	-	60,9
RB Koblenz	53,7	53,5	54,7	53,5	43,4	61,0
Kreisfreie Stadt Trier	61,9	63,2	62,7	56,3	50,9	-
andkreise	2					
Bernkastel-Wittlich	49,7	49,7	48,2	58,5	44,9	-
Bitburg-Prüm	59,2	60,4	56,0	56,2	55,8	66,7
Daun Trier-Saarburg	49,9 46,6	49,5 47,5	55,0 45,4	32,4 41,1	42,4 41,8	55,2
RB Trier	52,9	53,4	52,6	52,3	46,9	60,9
F-14- (2-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1-1						
Creisfreie Städte	5/ 1	54.7	55.4	52.4	52.4	/0.0
Frankenthal (Pfalz) Kaiserslautern	56,1	54,7	55,4	53,4	53,4	69,9
Landau i.d.Pfalz	56,1 60,5	55,6 58,2	58, 7 59, 6	58,3	41,6	45,4 66,5
Ludwigshafen a.Rhein	55,4	52,4	59,2	44,8	41,8	-
Mainz	53,3	56,4	51,6	62,4	42,3	-
Neustadt a.d.Weinstr.	58,7	61,5	57,7	49,6	46,4	60,8
Pirmasens	73,1	69,0	75,2	73,1	52,0	75,8
Speyer Worms	67,1 62,1	61,2 63,8	71,4 61,6	54,9	51,7	77,5
Zweibrücken	56,4	58,2	55,8	57,4	49,5	56,6
andkreise						
Alzey-Worms	50,1	48,0	51,0	50,0	2 - 18	52,3
Bad Dürkheim	49,5	47,2	51,6	49,3	39,6	58,7
Donnersbergkreis	48,3	45,6	49,6	57,8	39,5	-
Germersheim	52,2	52,3	52,6	55,8	46,9	- (2.7
Kaiserslautern Kusel	53,9 50,1	56,6 47,4	51,4 51,7	51,2 52,2	37,3 38,9	63,7 57,0
Südliche Weinstraße	48,4	45,9	50,9	51,0	38,6	58,8
Ludwigshafen	45,4	49,5	41,6	48,6	35,6	47,9
Mainz-Bingen	43,9	44,7	42,0	43,3	40,0	53,5
Bingen am Rhein, St	69,9	70,7	67,9	75,0 58 7		57 7
Ingelheim am Rhein, St Pirmasens	59,3 46,5	61,0 49,8	58,2 42,5	58,7 48,1	37,4	57,7
B Rheinhessen-Pfalz	52,1	52,0	52,7	52,7	41,6	59,8
	52.0	52,8	53,4	53,0	43,0	60,3
heinland-Pfalz	52,8	32,0	33, 4	33,0	45,0	00,5
heinland-Pfalz Kreisfreie Städte	59,9	60,4	60,8	59,0	46,2	66,9

¹⁾ Kreisfreie und große kreisangehörige Städte: Stadtratswahlen; Landkreise: Kreistagswahlen; Regierungsbezirkssummen und Landessumme: Ergebnisse der Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und der Kreistagswahlen.

Stadt- und Gemeinderatswahlen nach unveränderten und veränderten Listen und Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse	Gültige Stimmen	Unverändert	e Listen	Veränderte Listen			
	Anz	ahl	00	Anzahl	90		
unter 1 000 Einw.	183 342	32 748	17,9	150 594	82,1		
1 000 - 2 500 "	353 811	82 598	23,3	271 213	76,7		
2 500 - 5 000 "	229 184	66 489	29,0	162 695	71,0		
5 000 - 10 000 "	276 224	93 347	33,8	182 877	66,2		
10 000 - 20 000 "	158 760	54 158	34,1	104 602	65.9		
20 000 - 40 000 "	114 859	44 525	38,8	70 334	61,2		
10 000 und mehr "	504 660	199 006	39,4	305 654	60,6		
nsgesamt	1 820 840	572 871	31,5	1 247 969	68,5		

me ungültiger Stimmabgaben ein deutlicher Hinweis auf die Praktikabilität des neuen Verfahrens. Gegenüber den Kommunalwahlen 1979 lagen die Anteile bei den Kreistagswahlen 1,7 Prozentpunkte, bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte 1,5, bei den Verbandsgemeinderatswahlen 1,3, bei den Wahlen zu den Stadträten der großen kreisangehörigen Städte 0,9 und bei den Wahlen zu den übrigen Stadt- und Gemeinderäten nur 0,3 Prozentpunkte höher.

Die mit nahezu 8% auffallend hohen Anteile ungültiger Stimmen bei den Kreistagswahlen in den Landkreisen Cochem-Zell und Bernkastel-Wittlich und die auch bei den Wahlen zu den Verbandsgemeinderäten dieses Gebiets deutlich höheren Ungültigkeitsquoten haben ihre Ursache in Aufrufen, bei der gleichzeitig stattfindenden Europawahl aus Protest gegen die europäische Weinmarktpolitik ungültig zu wählen. Bei dieser Wahl gaben in Cochem-Zell 15,2% und in Bernkastel-Wittlich 12,4% der Wähler ungültige Stimmen ab.

Da weder die Steigerung der ungültigen Stimmen landesweit bei den Kommunalwahlen höher war als bei den Europawahlen noch die Wahlbeteiligung bemerkenswert zurückging, muß angenommen werden, daß die Wähler das neue Wahlrecht nicht als kompliziert empfanden.

Drei Viertel der Mandate über die veränderte Liste

Von den insgesamt 20 842 Bewerbern, die nach dem neuen Wahlverfahren in die kommunalen Vertretungsorgane gewählt wurden, haben 15 832, das sind mehr als drei Viertel, ihre Mandate über die veränderte Liste erhalten, das heißt aufgrund ihrer Personenstimmen. Bei den Wahlen zu den Vertretungsorganen der verschiedenen Gebietskörperschaften sind in offenbarer Abhängigkeit von der Größe des Wahlgebiets und somit vom Bekanntheitsgrad der einzelnen Bewerber zum Teil erhebliche Unterschiede zu beobachten. In die Stadt- und Gemeinderäte der kreisangehörigen Gemeinden zogen mehr als 82% der Gewählten über die veränderte Liste ein. Der entsprechende Anteil bei den Kreistagswahlen betrug nur rund 51%. Dazwischen liegen mit Anteilen von 62 bis knapp 66% die Stadträte der großen kreisangehörigen Städte und der kreisfreien Städte sowie die Verbandsgemeinderäte.

Während gut die Hälfte der Kreistagsmitglieder der beiden großen Parteien CDU und SPD über veränderte Listen gewählt wurde, liegt der entsprechende Anteil bei den Grünen mit 43,2% wesentlich darunter, bei den Wählergruppen mit 65,5% dagegen erheblich höher. In die Stadt- und Gemeinderäte der kreisangehörigen Gemeinden, deren Mitglieder zu vier Fünfteln über die veränderte Liste gewählt wurden, wurden jeweils mehr als drei Viertel der Ratsmitglieder der CDU und SPD, aber nur gut zwei Drittel der Grünen über veränderte Listen gewählt. Hier lagen die Anteile der über die veränderte Liste Gewählten bei der F.D.P. mit fast 95% und den Wählergruppen mit fast 92% am höchsten.

Von den Wahlvorschlägen abweichende Präferenzen der Wähler

Mit ihren Personenstimmen haben die Wähler Präferenzen vergeben, die zum Teil erheblich von der in

Wahlbeteiligung und ungültige Stimmen bei den Kommunalwahlen 1984 und 1979

	V	Vahlbeteiligu:	ng	Ungültige Stimmen				
Vertretungsorgan	1984 1979		Differenz in Prozent-	1984	1979	Differenz in Prozent-		
		9	punkten	9		punkten		
Kreistage	78,9	80,9	- 2,0	4,3	2,6	+ 1,7		
Stadträte der								
kreisfreien Städte	69,2	71,6	- 2,4	3,4	1,9	+ 1,5		
großen kreisangehörigen Städte	70,7	74,0	- 3,3	2,9	2,0	+ 0,9		
Übrige Stadt-/Gemeinderäte	79,7	81,7	- 2,0	3,7	3,4	+ 0,3		
Verbandsgemeinderäte	80,4	82,1	- 1,7	4,3	3,0	+ 1,3		

Gewählte Bewerber nach der Art ihrer Wahl über unveränderte und veränderte Listen

Vertretungsorgan	Insgesamt	Über unverä	nderte Listen	Über veränderte Listen			
	An	zahl	90	Anzahl	9		
Kreistage	1 008	495	49,1	513	50,9		
Stadträte der							
kreisfreien Städte	572	220	38,5	352	61,5		
großen kreisangehörigen Städte	296	102	34,5	194	65,5		
Ubrige Stadt-/Gemeinderäte	14 497	2 579	17,8	11 918	82,2		
Verbandsgemeinderäte	4 469	1 614	36,1	2 855	63,9		
Insgesamt	20 842	5 010	24,0	15 832	76,0		

Über veränderte Listen gewählte Bewerber nach Parteien und Vertretungsorganen

Vertretungsorgan	Insgesamt	CDU	SPD	F.D.P.	Grüne	Wähler- gruppen
		Anzahl				
Kreistage	513	254	204	17	19	19
Stadträte der						
kreisfreien Städte	352	147	166	8	13	18
großen kreisangehörigen Städte	194	83	90	7	5	9
Ubrige Stadt-/Gemeinderäte	11 918	3 807	3 327	220	43	4 521
Verbandsgemeinderäte	2 855	1 321	1 055	102	20	357
Insgesamt	15 832	5 612	4 842	354	100	4 924
Anteil an d	er jeweiligen	Gesamtzahl d	er gewählten	Bewerber in	00	
Kreistage	50,9	50,8	50,7	51,5	43,2	65,5
Stadträte der						
kreisfreien Städte	61,5	61,2	62,2	66,7	44,8	75,0
großen kreisangehörigen Städte	65,5	67,5	64,7	63,6	50,0	69,2
Ubrige Stadt-/Gemeinderäte	82,2	78,6	75,0	94,8	69,4	91,8
Verbandsgemeinderäte	63,9	62,8	60,7	75,0	57,1	77,6
Insgesamt	76,0	71,9	69,4	83,5	55,6	90,4

Vergleich von Listenplatz der Spitzenkandidaten (1. bis 6. Listenplatz) und durch Personenwahl erreichtem Platz

						Lister	nplatz		•			
	1		2		3		4		5		6	
Vertretungsorgan	ge- halten	an- derer Spit- zen- platz										
		_				,	δ ·					
Kreistage	78,7	20,4	45,5	49,1	33,3	55,6	21,9	49,5	13,7	45,1	7,0	35,0
Stadträte der												
kreisfreien Städte	73,6	26,4	37,7	60,4	30,2	52,8	26,4	49,1	13,7	47,1	9,8	33,3
großen kreisangehörigen Städte	63,6	36,4	39,4	54,5	33,3	51,5	15,6	56,3	15,6	56,3	3,3	26,7
Übrige Stadt-/Gemeinderäte	80,5	19,3	44,5	51,9	28,2	61,3	21,5	56,6	18,7	48,9	16,9	38,1
Verbandsgemeinderäte	73,7	25,6	33,7	57,3	18,3	59,9	16,0	48,3	11,7	39,0	10,9	30,1
Insgesamt	79,3	20,5	42,8	52,8	26,9	60,7	20,7	55,1	17,4	47,3	15,5	36,6

Vergleich von Listenplatz und durch Personenwahl erreichtem Platz der Bewerber

	Bewerber		Listenplatz									
Vertretungsorgan	insgesamt	geha	lten	verbe	ssert	verschlechtert						
	An	zahl	8	Anzahl	9	Anzahl	90					
Kreistage	3 476	364	10,5	1 412	40,6	1 700	48,9					
Stadträte der				*								
kreisfreien Städte	1 747	170	9,7	729	41,7	848	48,5					
großen kreisangehörigen Städte	889	97	10,9	378	42,5	414	46,6					
Übrige Stadt-/Gemeinderäte	39 408	9 658	24,5	13 955	35,4	15 795	40,1					
Verbandsgemeinderäte	13 546	1 712	12,6	5 520	40,8	6 314	46,6					
Insgesamt	59 066	12 001	20,3	21 994	37,2	25 071	42,4					

noch: Vergleich von Listenplatz und durch Personenwahl erreichtem Platz der Bewerber

					Lister	nplatz					
		verschlechtert									
Vertretungsorgan			um	Plätze				um	Plätze		
	ins-	mehr	6	3	1	ins-	mehr	6	3	1	
	gesamt	als 10	10	5	2	gesamt	als 10	10	5	2	
	Anzahl	10	10	00		Anzahl	8				
Kreistage	1 412	25,3	22,7	26,2	25,8	1 700	18,0	26,4	28,0	27,6	
Stadträte der											
kreisfreien Städte	729	21,8	23,5	24,7	30,0	848	16,2	27,8	26,7	29,4	
großen kreisangehörigen Städte	378	16,4	25,4	25,9	32,3	414	10,9	30,0	28,7	30,4	
Übrige Stadt-/Gemeinderäte	13 955	2,4	12,1	30,7	54,9	15 795	0,7	9,2	31,7	58,4	
Verbandsgemeinderäte	5 520	12,9	24,0	29,7	33,4	6 314	7,8	24,7	32,5	35,0	
Insgesamt	21 994	7,4	16,4	29,9	46,4	25 071	4,4	15,2	31,4	49,0	

den Wahlvorschlägen vorgegebenen Kandidatenreihenfolge abweichen. Eine Gegenüberstellung der eingereichten Wahlvorschläge und der durch Personenstimmen veränderten Listen zeigt, daß landesweit nur ein Fünftel aller Bewerber ihren ursprünglichen Listenplatz behaupten konnte. Bei den Kreistagswahlen und den Stadtratswahlen der kreisfreien und der großen kreisangehörigen Städte blieb nur etwa der Listenplatz jedes zehnten Bewerbers durch die Personenwahl unbeeinflußt.

Bei den Wahlen zu den Stadträten der großen kreisangehörigen Städte (42,5%), der kreisfreien Städte (41,7%), der Verbandsgemeinderäte (40,8%) und der Kreistage (40,6%) konnten mehr als zwei Fünftel der Bewerber ihre Listenplätze verbessern. Geringer ist der entsprechende Anteil mit 35,4% bei den Wahlen zu den übrigen Stadt- und Gemeinderäten.

Die meisten Rangverschlechterungen wurden mit jeweils rund 49% bei den Wahlen zu den Kreistagen

Anteil der über unveränderte Listen gewählten Kreistags-/Ratsmitglieder, die bei Sitzverteilung nach Personenstimmen kein Mandat erhalten hätten

Vertretungsorgan	Ins- gesamt	CDU	SPD	F.D.P.	Grüne	Wähler- gruppen
	Anteil an den	jeweils über	die unverände	erte Liste gew	ählten Mandat	strägern in 8
Kreistage	30,7	27,2	35,4	37,5	12,0	60,0
Stadträte der	15.0					
kreisfreien Städte	35,9	32,3	34,7	25,0	56,3	66,7
großen kreisangehörigen Städte	43,1	42,5	42,9	50,0		100,0
Übrige Stadt-/Gemeinderäte	40,2	39,7	40,1	58,3	42,1	41,2
Verbandsgemeinderäte	41,0	39,3	41,0	38,2	40,0	54,9
Insgesamt	39,4	37,9	39,7	41,4	32,5	45,0

Vergleich von Listenplatz und durch Personenwahl erreichtem Platz der Spitzenkandidaten

Plätze			Durch	Personenwah	erreicht		
ins- gesamt	Platz 1	Platz 2	Platz 3	Platz 4	Platz 5	Platz 6	Platz höher als 6
Anza	ahl %	Anzahl %	Anzahl %	Anzahl %	Anzahl %	Anzahl %	Anzahl %
			Insgesa	mt			
4 222 4 215 4 196 4 136 4 017 3 791	466 11,1 169 4,0 91 2,2 49 1,2	1 803 42,8 745 17,8 363 8,8 229 5,7	897 21,3 1 129 26,9 674 16,3 422 10,5 297 7,8	468 11,1 808 19,3 856 20,7 580 14,4 377 9,9	255 6,0 513 12,2 698 16,9	139 3,3 314 7,5 453 11,0	9 0,2 187 4,4 518 12,3 1 001 24,2 1 416 35,3 1 816 47,9
34 489	66 0,2	332 1,0			1 297 3,8	1 666 4,8	29 542 85,7
				36			
108 108 108 105 102 100	14 13,0 5 4,6 - - 2 2,0 1 1,0	49 45,4 16 14,8 9 8,6 3 2,9 4 4,0	21 19,4 36 33,3 9 8,6 8 7,8	7 6,5 15 13,9 23 21,9 15 14,7 10 10,0	16 14,8 17 16,2 14 13,7 9 9,0	8 7,4 17 16,2 18 17,6	1 0,9 6 5,6 12 11,1 30 28,6 42 41,2 58 58,0
2 845	1 0,0	9 0,3	19 0,7	35 1,2	40 1,4	45 1,6	2 696 94,8
		Stadtr	äte der kreis	sfreien Städte			
53 53 53 53 51 51	9 17,0 1 1,9 2 3,8 1 2,0	20 37,7 8 15,1 3 5,7 5 9,8 2 3,9	11 20,8 16 30,2 7 13,2 7 13,7 1 2,0	6 11,3 8 15,1 14 26,4 7 7,8 5 9,8	5 9,4 8 15,1 8 15,1 7 13,7 8 15,7	3 5,7 6 11,3 8 15,7 5 9,8	1 1,9 9 17,0 13 24,5 20 39,2 29 56,9
1 433	1 0,1	4 0,3	9 9 0,6	15 1,0	15 1,0	28 2,0	1 361 95,0
		Stadträte der	großen kre	sangehörigen	Städte		
33 33 33 32 32 32	6 18,2 2 6,1 1 3,1	13 39,4 4 12,1 3 9,4 1 3,1	6 18,2 11 33,3 3 9,4 4 12,5	4 12,1 8 24,2 5 15,6 7 21,9	2 6,1 1 3,0 8 25,0 5 15,6	2 6,1 3 9,4 6 18,8	2 6,1 5 15,2 9 28,1 9 28,1 21 70,0
696	1 0,1	3 0,4	4 0,6	5 0,7	15 2,2	18 2,6	650 93,4
		Übr	ige Stadt-/G	emeinderäte			
3 396 3 389 3 373 3 321 3 217 3 012	356 10,5 136 4,0 72 2,2 35 1,1 25 0,8	1 508 44,5 608 18,0 294 8,9 187 5,8 103 3,4	723 21,3 951 28,2 566 17,0 346 10,8 236 7,8	377 11,1 2 660 19,6 3 714 21,5 487 15,1 3 323 10,7	195 5,8 419 12,4 580 17,5 602 18,7 460 15,3	109 3,2 244 7,2 369 11,1 518 16,1 510 16,9	4 0,1 121 3,6 355 10,5 726 21,9 1 042 32,4 1 355 45,0
19 700	37 0,2	223 1,1	427 2,2	2 710 3,6	951 4,8	1 255 6,4	16 097 81,7
		V	erbandsgeme	inderäte			
632 632 629 625 615 598	81 12,8 25 4,0 16 2,6 12 2,0	213 33,7 109 17,3 54 8,6 33 5,4	136 21,5 115 18,3 89 14,2 57 9,3	74 11,7 117 18,6 100 16,0 6 67 10,9	47 7,4 69 11,0 85 13,6 72 11,7	24 3,8 57 9,1 58 9,3 71 11,5	4 0,6 57 9,0 137 21,8 223 35,7 303 49,3 353 59,0
9 815	26 0,3	93 0,9	149 1,5	213 2,2	276 2,8	320 3,3	8 738 89,0
	ins- gesamt Anz: 4 222 4 215 4 196 4 136 4 017 3 791 34 489 108 108 108 105 102 100 2 845 1 1 433 1 1 433 1 1 1 433 1 1 1 1 1 1 1	ins- gesamt Platz 1 Anzahl	Separation	Insert	Separat	Insert	Name

	1	Insgesamt			CDU			SPD	
Vertretungsorgan	VL	daru: PW		VL	daru PW		VL	daru PW	
	An	zahl	90	Ana	zahl	90	Anz	ahl	9
Kreistage	513	36	7,0	254	19	7,5	204	8	3,9
Stadträte der			-				*		
kreisfreien Städte	352	37	10,5	147	15	10,2	166	15	9,0
großen kreisangehörigen Städte	194	22	11,3	83	12	14,5	90	6	6,7
Ubrige Stadt-/Gemeinderäte	11 918	2 147	18,0	3 807	663	17,4	3 327	484	14,5
Verbandsgemeinderäte	2 855	507	17,8	1 321	207	15,7	1 055	163	15,5
Insgesamt	15 832	2 749	17,4	5 612	916	16,3	4 842	676	14,0

¹⁾ Nummer des Listenplatzes höher als die Gesamtsitzzahl des Wahlvorschlags.

und den Stadträten der kreisfreien Städte registriert. Etwas darunter lagen mit rund 47% die entsprechenden Werte bei den Wahlen zu den Stadträten der großen kreisangehörigen Städte und den Verbandsgemeinderäten. Der niedrigste Anteil war mit 40% bei den übrigen Stadt- und Gemeinderatswahlen zu beobachten. Hier wirkte sich ebenso wie bei den geringeren Verbesserungen der vergleichsweise höhere Anteil gehaltener Listenplätze aus.

Erhebliche Verschiebungen der Platzziffern durch Personenstimmen

Das Ausmaß der Verbesserungen und Verschlechterungen von Listenplätzen bei den Wahlen zu den verschiedenen Vertretungsorganen ist nicht zuletzt von der unterschiedlichen Listenlänge abhängig. Eine Kategorisierung nach Rangverschiebungen zeigt bei den Wahlen zu den Kreistagen und den Stadträten der kreisfreien Städte, aber auch den Stadträten der großen kreisangehörigen Städte erstaunlich hohe Anteile von Kandidaten, die sich um mehr als 10 oder um 6 bis 10 Plätze verbessert haben.

So entfielen bei den Kreistagswahlen rund ein Viertel aller Verbesserungen in die Gruppe mehr als 10 und rund 23% in die Kategorie 6 bis 10 Plätze. Bei den Wahlen zu den Stadträten der kreisfreien Städte lagen die entsprechenden Werte bei rund 22 und 24%. Auch bei den Verbandsgemeinderatswah-

len sind mit nahezu 13 und 24% noch erhebliche Anteile in diesen Kategorien zu beobachten. Von den Bewerbern, die ihren Rang verschlechterten, wurden bei den Kreistagswahlen 18% und bei den Wahlen für die Stadträte der kreisfreien Städte 16% um mehr als zehn Plätze nach unten gesetzt.

Ein Sechstel der über die veränderte Liste Gewählten nachrangige Bewerber

Die Effektivität der personellen Komponente des neuen Wahlrechts zeigt sich unter anderem am Mandatserwerb nachrangiger Kandidaten, das heißt von Bewerbern, deren Listenplatznummer höher war als die Gesamtsitzzahl des Wahlvorschlags, für den sie kandidiert haben. Sie wären nach altem Wahlrecht nicht zum Zuge gekommen. Die Möglichkeit, nach neuem Wahlrecht sechs, bis zu drei auf einen Bewerber kumulierbare Personenstimmen zu vergeben, räumt nunmehr auch diesen schlechtplazierten Kandidaten die Chance ein, in die Vertretungskörperschaft einzuziehen.

Landesweit errangen mehr als 17% der über veränderte Listen Gewählten aus einer solchen ungünstigen Ausgangsposition ihr Mandat. Mit jeweils 18% war der Anteil solcher nachrangiger erfolgreicher Bewerber bei den Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten der kreisangehörigen Gemeinden und zu den Verbandsgemeinderäten am höchsten. Etwa

Auswirkungen einer innerparteilichen

		Mand	ate			CDU	J			SPD)	
Vertretungsorgan	ins-	da	arunter		zu-	da	runte	r	zu-	da	runte	r
vertietangsorgan	gesamt	UL	LW	1)	sam- men	UL	LV	V 1)	sam- men	UL	LW	V 1)
		Anzahl		90	I A	Anzahl		9	F	nzahl	nzahl	
Kreistage	1 008	495	152	15,1	500	246	67	13,4	402	198	70	17,4
Stadträte der					+ 1	,						
kreisfreien Städte	572	220	79	13,8	240	93	30	12,5	267	101	35	13,1
großen kreisangehörigen Städte	296	102	44	14,9	123	40	17	13,8	139	49	21	15,1
Ubrige Stadt-/Gemeinderäte	14 497	2 579	1 036	7,1	4 841	1 034	410	8,5	4 438	1 111	445	10,0
Verbandsgemeinderäte	4 469	1 614	662	14,8	2 104	783	308	14,6	1 735	680	279	16,1
Insgesamt	20 842	5 010	1 973	9,5	7 808	2 196	832	10,7	6 981	2 139	850	12,2

¹⁾ Kreistags-/Ratsmitglieder, die bei innerparteilicher Sitzverteilung nach Personenstimmen kein Mandat erhalten

nach Parteien und Rang des Listenplatzes

	F.D.P.		Grüne			Wäl	nlergrupp	en	
VL	daru: PW		VL	daru PW		VL	daru: PW		Vertretungsorgan
An	zahl	96	Ana	ahl	90	An	zahl	96	
17	6	35,3	19	2	10,5	19	1	5,3	Kreistage
							ALC: NO		Stadträte der
8	1	12,5	13	2	15,4	18	4	22,2	kreisfreien Städte
7	2	28,6	5	1	20,0	9	1	11,1	großen kreisangehörigen Städte
220	57	25,9	43	13	30,2	4 521	930	20,6	Übrige Stadt-/Gemeinderäte
102	34	33,3	20	8	40,0	357	95	26,6	Verbandsgemeinderäte
354	100	28,2	100	26	26,0	4 924	1 031	20,9	Insgesamt

jedes zehnte über die veränderte Liste gewählte Ratsmitglied der großen kreisangehörigen und der kreisfreien Städte wäre bei reiner Listenwahl nicht mehr zum Zuge gekommen. Am niedrigsten lag der Anteil der erfolgreichen nachrangigen Kandidaten mit 7% bei den Kreistagswahlen. Hier war auch der Anteil der veränderten Listen am geringsten.

Während die beiden großen Parteien sowohl bei den Stadt- und Gemeinderatswahlen der kreisangehörigen Gemeinden (CDU: 17,4%; SPD: 14,5%) als auch bei den Verbandsgemeinderatswahlen (CDU: 15,7%; SPD: 15,5%) unter den für die jeweilige Wahl errechneten durchschnittlichen "Aufsteiger-Anteilen" lagen, wurden für die übrigen Parteien und Wählergruppen weit darüber liegende Quoten ermittelt. So schafften bei den Grünen beispielsweise 40% der über die veränderte Liste gewählten Verbandsgemeinderatsmitglieder von einem nachrangigen Listenplatz ihre Wahl in den Rat, bei den übrigen Stadt- und Gemeinderäten betrug der Anteil 30%. Während jedes dritte über die veränderte Liste gewählte F.D.P.-Kreistagsmitglied von einem nachrangigen Platz kam, betrugen die entsprechenden Anteile bei der CDU rund 8%, bei den Wählergruppen etwas über 5% und bei der SPD knapp 4%.

Stärkere Personalisierung der Verhältniswahl durch Mandatszuteilung nach Personenstimmen möglich

Würde man die Bewerber allein aufgrund des Ergebnisses der Personenwahl, das heißt in der Rei-

henfolge der Zahl der von ihnen erreichten Personenstimmen berufen, so hätte diese Änderung der Sitzverteilung keinen Einfluß auf die politische Zusammensetzung der Vertretungsorgane. Durch von der Liste abweichende Präferenzen bei der Personenwahl ergäben sich aber Veränderungen in der personellen Zusammensetzung der Fraktionen.

Der Anteil der Ratsmitglieder, deren Personenstimmen nicht für ein Mandat gereicht hätten, wäre in den Kreistagen, den Stadträten der großen kreisangehörigen Städte und in den Verbandsgemeinderäten mit rund 15% etwa gleich hoch. In den Stadträten der kreisfreien Städte würden knapp 14%, in den übrigen Stadt- und Gemeinderäten dagegen nur rund 7% der Ratsmitglieder durch andere Bewerber ersetzt.

Von den über die unveränderte Liste gewählten Bewerbern sind dies rund 31% in den Kreistagen, knapp 36% in den Stadträten der kreisfreien Städte, gut 43% in den Stadträten der großen kreisangehörigen Städte und jeweils rund zwei Fünftel in den übrigen Stadt- und Gemeinderäten und in den Verbandsgemeinderäten.

Durch die "innerparteiliche Sitzzuteilung" nach der Zahl der Personenstimmen wären die Wählergruppen am stärksten betroffen. 45% ihrer über die unveränderte Liste gewählten Mandatsträger müßten einem Bewerber mit mehr Personenstimmen weichen. Bei der CDU bleiben knapp 38% der über

Sitzverteilung nach Personenstimmen

	F.D.	P.			Grüne				Wählerg	ruppen		
zu-	d	arunte	r:	zu-	da	arunte	r:	zu-	d	arunter	:	Vertretungsorgan
sam- men	UL	LW	7 1)	sam- men	UL	LW	7 1)	sam- men	UL	LW	1)	vertretungsorgan
A	nzahl		90	1	Anzahl		90		Anzahl		o _o	
33	16	6	18,2	44	25	3	6,8	29	10	6	20,7	Kreistage
												Stadträte der
12	4	1	8,3	29	16	9	31,0	24	6	4	16,7	kreisfreien Städte
11	4	2	18,2	10	5	-	-	13	4	4	30,8	großen kreisangehörigen Städte
232	12	7	3,0	62	19	8	12,9	4 924	403	166	3,4	Ubrige Stadt-/Gemeinderäte
136	34	13	9,6	35	15	6	17,1	459	102	56	12,2	Verbandsgemeinderäte
424	70	29	6,8	180	80	26	14,4	5 449	525	236	4,3	Insgesamt

hätten.

die unveränderte Liste gewählten Bewerber unter der zur Personenwahl notwendigen Stimmenzahl, bei der SPD nicht ganz 40% und bei den Grünen rund ein Drittel.

Als Spitzenkandidaten benannte Bewerber behielten gewöhnlich auch auf der veränderten Liste Spitzenplätze, das heißt auf den vorderen Listenplätzen würde die Mandatszuteilung nach Personenstimmen nur geringfügige Verschiebungen bewirken. Da nun beim gegenwärtigen Verfahren die Bewerber aus dem oberen Bereich der Wahlvorschläge in der Regel aufgrund ihrer Personenstimmen über die veränderte Liste in das Vertretungsorgan eingezogen sind, kamen Kandidaten mit beachtlichen Stimmenzahlen auf nachrangigen Plätzen oft nicht mehr zum Zuge. Die verbleibenden Sitze wurden nämlich über die un-

veränderte Liste an Bewerber mit weit weniger Stimmen nur aufgrund ihres oft geringfügig besseren Listenplatzes im Wahlvorschlag vergeben. Wähler, die sich nur für die Reihenfolge der von der Partei vorgegebenen Liste entscheiden, treffen ihre Entscheidung aber vor allem im Hinblick auf vordere Listenplätze; sie legen dagegen erfahrungsgemäß keinen Wert auf die Beibehaltung der Reihenfolge hinterer Ränge.

Die Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge nach den Listenstimmen und an die Bewerber in der Reihenfolge ihrer Personenstimmen würde zur einer Stärkung der personellen Komponente des neuen Wahlrechts führen und zugleich das Verteilungsverfahren vereinfachen und für den Wähler transparenter machen.

II. Kandidaturen, Wahlchancen und Wahlerfolge von Frauen

In Wahlvorschlägen unterrepräsentiert

Der Frauenanteil an der Gesamtbevölkerung beträgt im Landesdurchschnitt rund 52%. Aufgrund ihres höheren Anteils an der Wählerschaft hätten die Frauen durchaus die Möglichkeit, über die Personenwahl dem Wunsch nach mehr Gewicht in der kommunalpolitischen Arbeit spürbar Ausdruck zu verleihen.

Mit landesweit nur 10% der Bewerber waren die Frauen in den Wahlvorschlägen jedoch erheblich unterrepräsentiert. Deutlich über diesem Durchschnitt lag ihr Anteil bei den Wahlen zu den Stadträten der kreisfreien Städte (19,3%) und der großen kreisangehörigen Städte (18,1%), geringfügig darüber mit

12,1% bei den Kreistagswahlen. Demgegenüber lagen die Anteile weiblicher Bewerber bei den Wahlen zu den übrigen Stadt- und Gemeinderäten mit 9,6% und zu den Verbandsgemeinderäten mit 9% unter dem Durchschnitt.

Die geringe Repräsentanz der Frauen in den Wahlvorschlägen kann nur von den Parteien selbst geändert werden. Verbesserungen und ein größeres Gewicht der Frauen im politischen Leben erfordern bereits im Vorfeld der Wahlen in größerem Maße aktive Mitarbeit in den Parteien.

Die offensichtliche Abhängigkeit der Unterrepräsentanz von der Größe des Wahlgebiets läßt zudem

Bevölkerung, Bewerber und gewählte Bewerber nach dem Geschlecht

V	Bevölk	erung	Bewe	erber	Gewählte Bewerber		
Vertretungsorgan	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
		Anzahl					
Kreistage	1 276 153	1 376 991	3 057	419	906	102	
Stadträte der							
kreisfreien Städte	458 606	516 026	1 409	338	482	90	
großen kreisangehörigen Städte	114 010	127 752	728	161	249	47	
Übrige Stadt-/Gemeinderäte	1 162 143	1 249 239	35 613	3 795	13 472	1 025	
Verbandsgemeinderäte	1 001 429	1 072 387	12 324	1 222	4 175	294	
Insgesamt	1 734 759	1 893 017	53 131	5 935	19 284	1 558	
		90					
Kreistage	48,1	51,9	87,9	12,1	89,9	10,1	
Stadträte der							
kreisfreien Städte	47,1	52,9	80,7	19,3	84,3	15,7	
großen kreisangehörigen Städte	47,2	52,8	81,9	18,1	84,1	15,9	
Übrige Stadt-/Gemeinderäte	48,2	51,8	90,4	9,6	92,9	7,1	
Verbandsgemeinderäte	48,3	51,7	91,0	9,0	93,4	6,6	
Insgesamt	47,8	52,2	90,0	10,0	92,5	7,5	

Besetzung der Listenplätze durch Frauen

	Wahl-							Liste	nplatz						
Vertretungs- organ	vor- schläge	1		2		3		4		5		6		1. Ha	_
	Anza	hl	90	Anzahl	90	Anzahl	96	Anzahl	90	Anzahl	90	Anzahl	olo Olo	Anzahl	% 1)
Kreistage	108	4	3,7	9	8,3	6	5,6	18	16,7	20	18,5	9	8,3	191	45,6
Stadträte der kreisfreien Städte großen kreis- angehörigen Städte	53	2	3,8	13 5	24,5 15,2	12	22,6	13	24,5 15,2	15	28,3	13	24,5	156	46,2
Übrige Stadt-/ Gemeinderäte	3 396	68	2,0	176	5,2	346	10,2	333	9,8	342	10,1	313	9,2	1 783	47,0
Verbands- gemeinderäte	624	12	1,9	30	4,8	52	8,3	56	9,0	62	9,9	50	8,0	540	44,2
Ingesamt	4 214	87	2,1	233	5,5	428	10,2	425	10,1	445	10,6	390	9,3	2 754	46,4

¹⁾ der weiblichen Bewerber insgesamt.

Besetzung der Listenplätze durch Frauen nach Parteien

	Wahl-				Listenplatz			
Partei	vor- schläge	1	2	3	4	5	6	l. Hälfte der Liste
			In	sgesamt				
CDU SPD F.D.P. Grüne Wählergruppen	995 1 022 361 113 1 723	11 26 11 15 24	49 62 28 29 65	97 117 55 37 122	96 122 54 18 135	111 126 63 23 122	97 117 45 16 115	804 915 317 77 641
			K	reistage				
CDU SPD F.D.P. Grüne Wählergruppen	24 24 24 21 15	- 1 3 -	2 3 - 4 -	1 2 2 1	4 4 5 5	5 5 4 5 1	1 - 4 2 2	55 58 48 12 18
		S	tadträte der	kreisfreien	Städte			
CDU SPD F.D.P. Grüne Wählergruppen	12 12 10 10 9	1 1	3 2 1 3 4	2 2 3 4 1	3 2 5 2 1	3 4 3 2 3	1 2 3 6 1	40 49 28 11 28
		Stadträt	e der große	n kreisangeh	örigen Städ	te		
CDU SPD F.D.P. Grüne Wählergruppen	8 8 7 4 6	1	1 1 1 2	2 4 1 2 3	1 - 2 1 1	1 - 3 - 2	1 2 1 -	24 25 12 6 17
			Übrige Sta	dt-/Gemeinde	eräte			
CDU SPD F.D.P. Grüne Wählergruppen	788 815 204 47 1 542	11 21 8 7 21	38 52 18 11 57	85 96 35 21 109	75 99 29 5 125	88 106 33 8 107	85 100 23 5 100	528 595 126 29 505
			Verband	sgemeinderät	te			
CDU SPD F.D.P. Grüne Wählergruppen	163 163 116 31 151	5 2 3 2	5 4 8 9 4	8 14 14 8 8	13 17 13 5 8	14 11 20 8 9	9 13 14 3 11	157 188 103 19 73

Bewerber und gewählte Bewerber nach Parteien und Geschlecht

		В	ewerber				Gewäl	nlte Bewe	erber	
Partei	ins- gesamt	Mänı	ner	Fra	uen	ins- gesamt	Mänı	ner	Frau	ien
	Anz	ahl	90	Anzahl	9	Anz	ahl	% 1)	Anzahl	용1)
				Insge	esamt					
Insgesamt	59 066	53 131	90,0	5 935	10.0	20 842	19 284	36.3	1 558	26,3
CDU	17 347	15 541	89,6	1 806	10.4	7 808	7 223	46,5	585	32,4
SPD	16 670	14 658	87,9	2 012	12,1	6 981	6 299	43,0	682	33,9
F.D.P.	4 870	4 215	86,6	655	13,4	424	400	9,5	24	3,7
Grüne	633	465	73,5	168	26,5	180	141	30,3	39	23,2
Wählergruppen	19 546	18 252	93,4	1 294	6,6	5 449	5 221	28,6	228	17,6
				Kreis	stage					
Zusammen	3 476	3 057	87,9	419	12.1	1 008	906	29.6	102	24,3
CDU	1 005	885	88,1	120	11,9	500	447	50,5	53	44,2
SPD	1 008	881	87,4	127	12,6	402	362	41,1	40	31,5
F.D.P.	757	653	86,3	104	13,7	33	32	4,9	1	1,0
Grüne	138	108	78,3	30	21,7	44	36	33,3	8	26,7
Wählergruppen	568	530	93,3	38	6,7	29	29	5,5	- 1	-
			Stadtra	ite der ki	reisfreien	Städte				
Zusammen	1 747	1 409	80,7	338	19,3	572	482	34,2	90	26,6
CDU	571	463	81,1	108	18,9	240	207	44,7	33	30,6
SPD	568	464	81,7	104	18,3	267	222	47,8	45	43,3
F.D.P. Grüne	245	190	77,6	55	22,4	12	10	5,3	2	3,6
Wählergruppen	88 275	65 227	73,9 82,5	23	26,1 17,5	29 24	22 21	33,8	7 3	30,4
wanter gruppen	213					hörigen Stä	100	7,5		0,5
Zusammen	889	728				296	249	24.2	47	20.2
CDU	293	244	81,9 83,3	161	18,1 16,7	123	105	34,2 43.0	18	29,2 36,7
SPD	295	243	82,4	52	17,6	139	117	48,1	22	42,3
F.D.P.	129	107	82,9	22	17,1	11	9	8,4	2	9,1
Grüne	23	15	65,2	8	34,8	10	5	33,3	5	62,5
Wählergruppen	149	119	79,9	30	20,1	13	13	10,9	-	-
			Übri	ge Stadt-	/Gemeind	eräte				
Zusammen	39 408	35 613	90,4	3 795	9,6	14 497	13 472	37,8	1 025	27,0
CDU	11 022	9 877	89,6	1 145	10,4	4 841	4 484	45,4	357	31,2
SPD	10 580	9 264	87,6	1 316	12,4	4 438	4 007	43,3	431	32,8
F.D.P.	1 984	1 720	86,7	264	13,3	232	219	12,7	13	4,9
Grüne	216	154	71,3	62	28,7	62	50 4 712	32,5 32,3	12 212	19,4
Wählergruppen	15 606	14 598	93,5	1 008	6,5	4 924	4 /12	34,3	1 212	21,0
				erbandsg					1 22 1	
Zusammen	13 546	12 324	91,0	1 222	9,0	4 469	4 175	33,9	294	24,1
CDU SPD	4 456 4 219	4 072 3 806	91,4	384	8,6	2 104 1 735	1 980 1 591	48,6	124 144	32,3
F.D.P.	1 755	1 545	90,2 88,0	413 210	9,8 12,0	1 735	1 591	41,8 8,4	6	34,9
Grüne	168	123	73,2	45	26,8	35	28	22,8	7	15,6
Wählergruppen	2 948	2 778	94,2	170	5,8	459	446	16,1	13	7,6

¹⁾ Der Bewerber des jeweiligen Geschlechts.

Bevölkerung, Bewerber und gewählte Bewerber nach dem Geschlecht und Gemeindegrößenklassen

70	Bevölk	terung	Bewer	rber 1)	Gewählte E	Bewerber 1)
Gemeindegrößenklasse	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
				96		
unter 1 000 Einw.	48,7	51,3	93,1	6,9	95,6	4,4
1 000 - 5 000 "	48,2	51,8	90,2	9,8	92,7	7,3
5 000 - 10 000 "	47,9	52,1	86,4	13,6	89,0	11,0
10 000 - 20 000 "	47,7	52,3	85,1	14,9	86,6	13,4
20 000 - 40 000 "	46,9	53,1	82,3	17,7	86,0	14,0
40 000 und mehr "	47,0	53,0	80,2	19,8	83,0	17,0
Insgesamt	47,8	52,2	89,8	10,2	92,4	7,6

¹⁾ Nur Stadt- und Gemeinderatswahlen.

Vergleich von Listenplatz und durch Personenwahl erreichtem Platz der Bewerber

Ge-	Bewerber ins-			Listen	platz		
schlecht	gesamt	gehal	ten	verbes	sert	verschle	echtert
	An	zahl	olo .	Anzahl	ojo .	Anzahl	9
-			Insg	gesamt			
Insgesamt Männer Frauen	59 066 53 131 5 935	12 001 11 109 892	20,3 20,9 15,0	21 994 19 544 2 450	37,2 36,8 41,3	25 071 22 478 2 593	42,4 42,3 43,7
The second			Kre	istage			
Zusammen Männer Frauen	3 476 3 057 419	364 331 33	10,5 10,8 7,9	1 412 1 222 190	40,6 40,0 45,3	1 700 1 504 196	48,9 49,2 46,8
		S	tadträte der k	reisfreien Städt	te		
Zusammen Männer Frauen	1 747 1 409 338	170 135 35	9,7 9,6 10,4	729 562 167	41,7 39,9 49,4	848 712 136	48,5 50,5 40,2
		Stadträt	e der großen	kreisangehörige	n Städte		
Zusammen Männer Frauen	889 728 161	97 82 15	10,9 11,3 9,3	378 300 78	42,5 41,2 48,4	414 346 68	46,6 47,5 42,2
			Übrige Stadt-	-/Gemeinderäte			
Zusammen Männer Frauen	39 408 35 613 3 795	9 658 8 975 683	24,5 25,2 18,0	13 955 12 514 1 441	35,4 35,1 38,0	15 795 14 124 1 671	40,1 39,7 44,0
			Verbandsg	emeinderäte			
Zusammen Männer Frauen	13 546 12 324 1 222	1 712 1 586 126	12,6 12,9 10,3	5 520 4 946 574	40,8 40,1 47,0	6 314 5 792 522	46,6 47,0 42,7

noch: Vergleich von Listenplatz und durch Personenwahl erreichtem Platz der Bewerber

		Listenp	olatz verbe	essert			Listenpla	tz verschl	echtert	
Ge-			um	Plätze	-			um	Plätze	
schlecht	ins- gesamt	mehr als 10	6 - 10	3 - 5	1 - 2	ins- gesamt	mehr als 10	6 - 10	3 - 5	1 - 2
	Anzahl		9	5		Anzahl		-	5	
				I	nsgesamt					
Insgesamt Männer Frauen	21 994 19 544 2 450	7,4 7,5 6,4	16,4 16,2 18,0	29,9 29,9 29,7	46,4 46,5 45,9	25 071 22 478 2 593	4,4 4,5 3,4	15,2 15,2 15,2	31,4 31,2 33,6	49,0 49,1 47,7
				I	Kreistage					
Zusammen Männer Frauen	1 412 1 222 190	25,3 26,4 17,9	22,7 22,5 23,7	26,2 25,5 30,5	25,8 25,5 27,9	1 700 1 504 196	18,0 18,8 12,2	26,4 26,7 24,5	28,0 27,7 30,1	27,6 26,9 33,2
			St	adträte de	er kreisfre	ien Städte				
Zusammen Männer Frauen	729 562 167	21,8 23,3 16,8	23,5 23,5 23,4	24,7 25,1 23,4	30,0 28,1 36,5	848 712 136	16,2 17,3 10,3	27,8 28,4 25,0	26,7 25,8 30,9	29,4 28,5 33,8
			Stadträte	der groß	en kreisan	gehörigen S	Städte			
Zusammen Männer Frauen	378 300 78	16,4 16,7 15,4	25,4 26,7 20,5	25,9 25,7 26,9	32,3 31,0 37,2	414 346 68	10,9 11,0 10,3	30,0 30,1 29,4	28,7 28,9 27,9	30,4 30,1 32,4
				Übrige St	adt-/Gemei	nderäte				
Zusammen Männer Frauen	13 955 12 514 1 441	2,4 2,4 1,9	12,1 12,0 13,0	30,7 30,6 31,1	54,9 55,0 53,9	15 795 14 124 1 671	0,7 0,7 1,1	9,2 9,0 10,7	31,7 31,5 33,7	58,4 58,8 54,5
				Verban	dsgemeind	eräte				
Zusammen Männer Frauen	5 520 4 946 574	12,9 13,3 9,4	24,0 23,7 26,7	29,7 29,9 28,2	33,4 33,1 35,7	6 314 5 792 522	7,8 8,0 4,8	24,7 25,0 21,8	32,5 32,2 36,0	35,0 34,8 37,4

Gewählte Bewerber nach der Art ihrer Wahl über unveränderte (UL) oder veränderte (VL) Listen

Ge- schlecht Art der Wahl	Ins- gesamt	CDU	SPD		Grüne	Wäh- ler- grup- pen
	Anzahl			9		-
		Insges	samt			
Männer UL VL PW 1)	19 284 92,5 4 506 23,4 14 778 76,6 2 496 16,9	92,5 27,2 72,8 16,1	90,2 30,3 69,7 13,2	94,3 17,0 83,0 26,8	78,3 48,2 51,8 20,5	95,8 9,5 90,5 20,4
Frauen UL VL PW 1)	1 558 7,5 504 32,3 1 054 67,7 253 24,0	7,5 39,3 60,7 19,2	9,8 33,7 66,3 21,0	5,7 8,3 91,7 50,0	21,7 30,8 69,2 40,7	4,2 13,2 86,8 34,3
		Kreist	age			
Männer UL VL PW 1)	906 89,9 434 47,9 472 52,1 32 6,8	89,4 48,0 52,0 7,3	90,0 47,4 52,6 4,2	97,0 48,4 51,6 31,3	81,8 60,0 40,0 7,1	100,0 34,5 65,5 5,3
Frauen UL VL PW 1)	102 10,1 61 59,8 41 40,2 4 9,8	10,6 60,0 40,0 10,0	10,0 65,1 34,9	3,0 50,0 50,0 100,0	18,2 44,4 55,6	-
	Stadträte o	der kre	eisfreie	en Stä	dte	
Männer UL VL PW 1)	482 84,3 195 40,5 287 59,5 29 10,0	86,3 39,1 60,9 9,5	83,1 40,5 59,5 9,8	83,3 40,0 60,0	75,9 72,7 27,3	87,5 19,0 81,0 23,5
Frauen UL VL PW 1)	90 15,7 25 27,8 65 72,2 8 12,3	13,8 36,4 63,6	16,9 24,4 75,6	16,7 - 100,0 50,0	24,1 - 100,0 28,6	12,5 66,7 33,3
Stad	träte der gro	ßen kr	eisang			lte
Männer UL VL PW 1) Frauen UL VL PW 1)	249 84,1 90 36,1 159 63,9 16 10,1 47 15,9 12 25,5 35 74,5 6 17,1	32,4 67,6 12,7 14,6 33,3 66,7	38,5 61,5 5,6 15,8 18,2 81,8	81,8 33,3 66,7 33,3 18,2 50,0	80,0 20,0 - 50,0 20,0 80,0	100,0 30,8 69,2 11,1
1"	Ubrige S					
Männer UL VL PW 1)	13 472 92,9 2 293 17,0 11 179 83,0 1 957 17,5	92,6 20,2 79,8 17,2	90,3 24,4 75,6 13,7	94,4 5,5 94,5 25,1	80,6 30,0 70,0 22,9	95,7 8,0 92,0 20,0
Frauen UL VL PW 1)	1 025 7,1 286 27,9 739 72,1 190 25,7	7,4 35,3 64,7 21,2	9,7 30,6 69,4 22,7	5,6 - 100,0 38,5	19,4 33,3 66,7 62,5	4,3 11,3 88,7 33,5
	Verba	ndsger	neinde	räte		
Männer UL VL PW 1)	4 175 93,4 1 494 35,8 2 681 64,2 462 17,2	94,1 36,9 63,1 15,7	91,7 39,1 60,9 14,4	95,6 25,4 74,6 30,9	80,0 39,3 60,7 35,3	97,2 22,0 78,0 25,9
Frauen UL VL PW 1) 1) Numme	294 6,6 120 40,8 174 59,2 45 25,9 er des Listen	5,9 42,7 57,3 15,5	8,3 40,3 59,7 26,7	4,4 16,7 83,3 80,0	20,0 57,1 42,9 66,7 Gesamts	2,8 30,8 69,2 55,6

1) Nummer des Listenplatzes höher als Gesamtsitzzahl des Wahlvorschlags.

den Schluß zu, daß im ländlichen Raum weniger Frauen politisch aktiv sind als in den Städten, und daß in ländlichen Gegenden offenbar noch stark die antiquierte Anschauung vertreten ist, daß Politik Männersache sei und den Frauen andere Aufgaben zukommen. Ein deutlicher Hinweis hierauf sind auch die Ergebnisse der reinen Mehrheitswahl in 1 222 Gemeinden. Von den 8 512 Mandaten, die in diesen meist kleinen Gemeinden vergeben wurden, errangen die Frauen nur 113, oder 1,3%.

Nur selten Spitzenkandidatinnen

Im Landesdurchschnitt aller Kommunalwahlen waren 46,4% der Kandidatinnen auf der ersten Hälfte des Stimmzettels plaziert. Während dieser Anteil bei den Wahlen zu den Stadträten der großen kreisangehörigen Städte bei 52,2% und damit über der Hälfte der Bewerberinnen lag, schwankten die Anteile bei den Wahlen zu den übrigen Vertretungskörperschaften zwischen 44,2 und 47%.

Als Spitzenkandidaten waren Frauen die Ausnahme. Landesweit waren nur 2,1% der ersten Listenplätze von Frauen besetzt. Über diesem Durchschnitt lagen die Anteile bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte (3,8%), den Kreistagen (3,7%) und den Stadträten der großen kreisangehörigen Städte (3%), darunter bei den Wahlen zu den Verbandsgemeinderäten und den übrigen Stadt- und Gemeinderäten mit 1,9 bzw. 2%.

Auf dem zweiten Listenplatz fanden sich im Durchschnitt zwar nur 5,5% Frauen, aber auf nahezu einem Viertel aller zweiten Listenplätze bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte waren Frauen nominiert. Bei den Stadtratswahlen der großen kreisangehörigen Städte betrug der Anteil der Frauen auf dem zweiten Listenplatz 15,2%; bemerkenswerterweise nahm aber hier jeden dritten Listenplatz 3 eine Frau ein. Über dem Durchschnitt lag der Anteil der Zweitplazierten mit 8,3% auch bei den Kreistagswahlen; hier allerdings kamen Frauen in größerem Maße erst auf dem vierten und fünften Listenplatz zum Zuge (16,7 und 18,5%).

Bei den Wahlen zu den übrigen Stadt- und Gemeinderäten und zu den Verbandsgemeinderäten sind Frauen auf Platz 2 nur mit 5,2 bzw. 4,8% vertreten und erreichen auch auf den Plätzen 3, 4, 5 und 6 höchstens 10%.

"Frau" kein Wahlkriterium

Ein ähnliches Bild wie bei den Bewerbern zeigt sich bei den Gewählten. Die höchsten Anteile weiblicher Mandatsträger wurden in den Stadträten der großen kreisangehörigen Städte (15,9%) und der kreisfreien Städte (15,7%) registriert, die niedrigsten in den Verbandsgemeinderäten (6,6%) und in den übrigen Stadt- und Gemeinderäten (7,1%). Dazwischen liegen die Kreistage mit einem Anteil von 10,1% weiblicher Mitglieder. Diese Anteile liegen um 2 bis 3,6 Prozentpunkte unter den Anteilswerten der weiblichen Bewerber.

Das Ergebnis ist zum einen ein Indiz für die überwiegend nachrangigen Listenplätze der Frauen, zum

Gewählte Bewerber nach der Art ihrer Wahl über unveränderte (UL) oder veränderte (VL) Listen

	Ins-				V	7L	
Vertretungsorgan	gesamt	U.	L	zusam	nmen	PW	, 1)
	An	zahl	ojo	Anzahl	96	Anzahl	9
		Insgesa	mt				
Kreistage	1 008	495	49,1	513	50,9	36	7,0
Stadträte der						10 . 32	
kreisfreien Städte	572	220	38,5	352	61,5	37	10,5
großen kreisangehörigen Städte	296	102	34,5	194	65,5	22	11,3
Übrige Stadt-/Gemeinderäte	14 497	2 579	17,8	11 918	82,2	2 147	18,0
Verbandsgemeinderäte	4 469	1 614	36,1	2 855	63,9	507	17,8
Insgesamt	20 842	5 010	24,0	15 832	76,0	2 749	17,4
		Männe	r				
Kreistage	906	434	47,9	472	52,1	32	6,8
Stadträte der							
kreisfreien Städte	482	195	40,5	287	59,5	29	10,0
großen kreisangehörigen Städte	249	90	36,1	159	63,9	16	10,1
Übrige Stadt-/Gemeinderäte	13 472	2 293	17,0	11 179	83,0	1 957	17,5
Verbandsgemeinderäte	4 175	1 494	35,8	2 681	64,2	462	17,2
Zusammen	19 284	4 506	23,4	14 778	76,6	2 496	16,9
		Fraue	n				
Kreistage	102	61	59,8	41	40,2	4	9,8
Stadträte der							The state of
kreisfreien Städte	90	25	27,8	65	72,2	8	12,3
großen kreisangehörigen Städte	47	12	25,5	35	74,5	6	17,1
Ubrige Stadt-/Gemeinderäte	1 025	286	27,9	739	72,1	190	25,7
Verbandsgemeinderäte	294	120	40,8	174	59,2	45	25,9
Zusammen	1 558	504	32,3	1 054	67,7	253	24,0

¹⁾ Nummer des Listenplatzes höher als Gesamtsitzzahl des Wahlvorschlags.

anderen ein Hinweis darauf, daß Frauen nicht gezielt selektiv Frauen gewählt, sondern nach wie vor in nicht unbedeutendem Maße männlichen Bewerbern ihr Vertrauen bekundet haben.

Besseres Abschneiden bei Personenwahl

Bei der Personenwahl haben die Frauen mit Ausnahme der Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten der kreisangehörigen Gemeinden besser abgeschnitten als die Männer. Bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte haben fast 60% der Bewerberinnen, aber weniger als 50% der Bewerber ihren Listenplatz gehalten oder verbessert. Die entsprechenden Werte betragen bei den Wahlen zu den Stadträten der großen kreisangehörigen Städte 57,7 und 52,5%, bei den Verbandsgemeinderatswahlen 57,3 und 53% sowie bei den Kreistagswahlen 53,2 und 50,8%.

Lediglich bei den Wahlen zu den übrigen Stadtund Gemeinderäten ergibt sich ein umgekehrtes Bild. Hier haben nur 56% der Frauen, aber gut 60% der Männer ihren Platz gehalten und verbessert, was unter anderem darauf zurückzuführen ist, daß ein Viertel der männlichen Bewerber, aber nur 18% der Frauen ihren Listenplatz gehalten haben, in erster Linie wohl eine Folge der überwiegend männlichen Listenführer, die als bisherige Ortsbürgermeister den Amtsbonus einbrachten oder als Kandidaten für dieses Amt von ihren Anhängern getragen wurden. Aber auch in diesen Vertretungsorganen konnten relativ mehr Frauen als Männer ihren Platz verbessern (38 zu 35,1%).

Von den weiblichen Mandatsträgern wurden 67,7% über die veränderte Liste gewählt. Bei den Wahlen zu den Vertretungsorganen der einzelnen Gebietskörperschaften zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede. Am höchsten liegt der Anteil in den Stadträten der großen kreisangehörigen Städte (74,5%), fast gleich hoch in den Stadträten der kreisfreien Städte (72,5) und den übrigen Stadt- und Gemeinderäten (72,1%), erheblich niedriger in den Verbandsgemeinderäten (59,2%) und den Kreistagen (40,2%).

Während der Anteil der über die veränderte Liste gewählten Frauen bei den Wahlen zu den Stadträten der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte um 12,9 bzw. 10,6 Prozentpunkte über dem für die Männer ermittelten Wert, bei den Kreistags- und Verbandsgemeinderatswahlen um 11,9 bzw. 5 sowie

den Wahlen zu den Vertretungsorganen der übrigen Gemeinden um 10,9 Punkte darunter liegt, schafften bei Wahlen zu allen Vertretungsorganen relativ mehr Frauen als Männer den Sprung von einem bei reiner Listenwahl aussichtslosen Platz in das Vertretungsorgan. Als aussichtslose Listenplätze sind solche bezeichnet, deren Nummer höher als die Gesamtzahl der von einem Wahlvorschlag erreichten Sitze ist.

Bei den Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten der kreisangehörigen Gemeinden und den Verbandsgemeinderäten schaffte sogar mehr als ein Viertel der über die veränderte Liste gewählten Frauen den Sprung von einem solchen nachrangigen Platz in den Rat. Der entsprechende Wert für die Männer lag mit 17% deutlich niedriger.

Diese für kommunalpolitisch interessierte Frauen positiven Ergebnisse zeigen, daß eine politisch gering vertretene Gruppe, sofern sie in der Wählerschaft für ihre Interessen Verständnis wecken kann, durchaus Vorteile aus dem neuen Wahlsystem zu ziehen vermag.

Dr. M. Unglaub

Personal des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften

Gemäß § 7 des Gesetzes über die Finanzstatistik ist das Personal des Bundes, der Länder und der Gemeinden und Gemeindeverbände jährlich in der Gliederung nach Dienstverhältnissen, in jedem dritten Jahr zusätzlich gegliedert nach Aufgabenbereichen, Besoldungs-, Vergütungs- und Lohngruppen, Berufsgruppen sowie nach dem Geschlecht und darüber hinaus in jedem neunten Jahr gegliedert nach Altersgruppen zu erheben. Damit liegen detaillierte Unterlagen insbesondere für eine langfristige Personalplanung vor. Darüber hinaus gewinnt die jährliche Entwicklung des Personalstandes unter haushaltswirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Aspekten besondere Bedeutung.

Geringer Rückgang des vollbeschäftigten Personals

Beim Land sowie den Gemeinden und Gemeindeverbänden waren am 30. Juni 1984 insgesamt 135 483 Personen vollbeschäftigt und 20 832 mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit teilzeitbeschäftigt. Bis einschließlich 1981 war die Zahl des vollbeschäftigten ebenso wie des teilzeitbeschäftigten Personals infolge des gestiegenen öffentlichen Bedarfs fast kontinuierlich gewachsen. Seither verläuft die Entwicklung der beiden Gruppen in entgegengesetzte Richtung. Das vollbeschäftigte Personal beim Land und den Gemeinden (Gv.) erreichte im Jahre 1981 mit 137 219 seinen Höchststand. Bis 1984 verringerte es sich um 1,3%, wobei die prozentuale Abnahme beim Land geringfügig stärker war als bei den Gemeinden (Gv.). Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit mindestens der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit hat dagegen seit 1981 um mehr als 16% zugenommen.

Teilzeitkräfte überwiegend beim Land beschäftigt

Von den 20 832 Teilzeitkräften waren am 30. Juni 1984 insgesamt 11 772 beim Land und 9 060 bei den Gemeinden (Gv.) tätig. Gemessen an der Zahl der Vollbeschäftigten waren bei den Kommunen relativ mehr Teilzeitkräfte beschäftigt als beim Staat, wobei das Land in letzter Zeit das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen stärker ausgedehnt hat als die Gemeinden (Gv.).

Die Struktur der Teilzeitarbeitsplätze im Land weicht stark von der in den Gemeinden (Gv.) ab.

Mehr als die Hälfte der Halbtagskräfte beim Land war im Zeitraum 1981 bis 1984 im Angestelltenverhältnis tätig. Jedoch wurden die Zuwachsraten von Jahr zu Jahr geringer und von 1983 auf 1984 mußte sogar ein leichter Rückgang verzeichnet werden. Besonders stark nahm die Zahl der teilzeitbeschäftigten Beamten und Richter zu. Seit 1981 expandierte dieser Bereich um nahezu 50% von 2 934 auf nunmehr 4 395. Für die Arbeiter reduzierten sich dagegen die Möglichkeiten einer Teilzeitbeschäftigung; hier erfolgte ein Abbau um 10,6% auf 1 699.

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten variiert zum Teil erheblich zwischen den staatlichen Aufgabengebieten. Am stärksten besetzt waren 1984 wie in den Vorjahren die Gebiete Schulwesen, Hochschulen sowie politische Führung und zentrale Verwaltung, in denen mehr als drei Viertel aller Teilzeitkräfte beschäftigt waren. Stark überrepräsentiert unter den nicht Vollbeschäftigten sind Frauen, die einen Anteil von etwa 90% stellten. In den Jahren seit 1980 hat sich hier keine Strukturveränderung ergeben. Dies hängt damit zusammen, daß immer noch überwiegend Frauen einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen und daß in bestimmten Bereichen typische Frauenberufe vorherrschen. In manchen Aufgabengebieten sind die Teilzeitarbeitsplätze nahezu vollständig von Frauen besetzt, nur in zwei Bereichen lag 1984 deren Quote unter 90%, und zwar im Bereich kulturelle Angelegenheiten (88%) und bei den Hochschulen (72%).

Teilzeitbeschäftigte Arbeiter dominieren bei den Kommunen

Dominierten beim Land die Angestellten das Teilzeitbeschäftigungsverhältnis, so überwogen bei den Kommunen die Arbeiter mit 4 646 Beschäftigten. Ihr Anteil an den insgesamt tätigen Teilzeitkräften hat sich in den letzten Jahren ständig verringert und betrug am 30. Juni 1984 nur noch 51%. Im Jahre 1970 hatte die entsprechende Quote noch bei knapp 80% gelegen. Gewinner dieser Entwicklung waren die Beamten und die Angestellten. Von der Anzahl her spielen die teilzeitbeschäftigten Beamten nur eine geringe Rolle – sie stellten 1984 weniger als 1% der Teilzeitkräfte –, ihre Zuwachsraten sind je-

Personal des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände nach Gebietskörperschaftsgruppen und Dienstverhältnissen 1981 - 1984

	19	81	19	82	19	83	1984		
Gebietskörperschafts- gruppe, Dienstverhältnis	ins- gesamt	Ver- änderung zum Vorjahr	ins- gesamt	Ver- änderung zum Vorjahr	ins- gesamt	Ver- änderung zum Vorjahr	ins- gesamt	Ver- änderung zum Vorjahr	
	Alizain		mizan		111124111		111120111		
		Vollbes	chäftigtes	Personal					
Land und Gemeinden (Gv.)	137 219	1,4	137 102	- 0,1	135 945	- 0,8	135 483	- 0,3	
dar.: Auszubildende	9 556	- 2,1	9 008	- 5,7	9 840	9,2	10 158	3,2	
Beamte und Richter dar.: Auszubildende	62 551 5 426	1,4 - 4,7	63 015 4 400	0,7 - 18,9	63 152 4 989	0,2 13,4	62 819 4 876	- 0,5 - 2,3	
Angestellte dar.: Auszubildende	51 339 3 302	1,3 2,9	51 012 3 677	- 0,6 11,4	50 352 3 800	- 1,3 3,4	50 170 4 061	- 0,4 6,9	
Arbeiter dar.: Auszubildende	23 329 828	1,6 - 2,8	23 075 931	- 1,1 12,4	22 441 1 051	- 2,8 12,9	22 494 1 221	0,2 16,2	
Land	86 538	0,9	86 563	0,0	86 082	- 0,6	85 405	- 0,8	
dar.: Auszubildende	5 744	- 5,7	4 691	- 18,3	5 612	19,6	5 635	0,4	
Beamte und Richter dar.: Auszubildende	54 866 4 733	1,4	55 222 3 600	- 23,9	55 275 4 293	0,1 19,3	54 926 4 219	- 0,6 - 1,7	
Angestellte dar.: Auszubildende	23 256 580	0,1 - 4,6	22 870 592	- 1,7 2,1	22 627 719	- 1,1 21,4	22 317 749	- 1,4 4,2	
Arbeiter dar.: Auszubildende	8 416 431	- 0,5 2,9	8 471 499	0,6 15,8	8 180 600	- 3,4 20,2	8 162 667	- 0,2 11,2	
Gemeinden (Gv.)	50 681	2,3	50 539	- 0,3	49 863	- 1,3	50 078	0,4	
dar.: Auszubildende	3 812	3,9	4 317	13,3	4 228	- 2,1	4 523	7,0	
Beamte dar.: Auszubildende	7 685 693	1,4 9,3	7 793 800	1,4 15,4	7 877 696	1,1 - 13,0	7 893 657	0,2	
Angestellte dar.: Auszubildende	28 083 2 722	2,4 4,6	28 142 3 085	0,2 13,3	27 725 3 081	- 1,5 - 0,1	27 853 3 312	0,5 7,5	
Arbeiter dar.: Auszubildende	14 913 397	2,8 - 8,3	14 604 432	- 2,1 8,8	14 261 451	- 2,3 4,4	14 332 554	0,5 22,8	
Teilzeitbesch	äftigte mit	mindestens	der Hälfte	der regelr	näßigen Wo	chenarbeits	szeit		
Land und Gemeinden (Gv.)	17 897	7,8	19 001	6,2	19 789	4,2	20 832	5,3	
Beamte und Richter	2 975	8,7	3 334	12,1	3 797	13,9	4 471	17,8	
Angestellte	8 462	12,6	9 232 6 435	9,1	9 710 6 282	5,2 - 2,4	10 016 6 345	3,2 1,0	
Arbeiter	6 460	1,8	0 435	- 0,4	0 202	- 2,4	0 345	1,0	
Land	9 908	8,1	10 564	6,6	11 176	5,8	11 772	5,3	
Beamte und Richter	2 934	8,5	3 277	11,7	3 728	13,8	4 395	17,9	
Angestellte	5 073	13,1	5 447	7,4	5 691	4,5	5 678	- 0,2	
Arbeiter	1 901	- 3,7	1 840	- 3,2	1 757	- 4,5	1 699	- 3,3	
Gemeinden (Gv.)	7 989	7,4	8 437	5,6	8 613	2,1	9 060	5,2	
Beamte	41 3 389	24,2	57 3 785	39,0	69 4 019	21,1	76 4 338	10,1 7,9	
Angestellte Arbeiter	3 389 4 559	11,9 4,2	4 595	11,7 0,8	4 525	- 1,5	4 338	2,7	
Arbeiter	4 559	1,4	¥ 373	0,0	4 363	1,5	4 040	2,1	

doch beachtlich. Seit 1981 fanden 85% mehr Beamte eine Teilzeitbeschäftigung, so daß nunmehr 76 bei den Kommunen arbeiten. Im Jahre 1970 bestand lediglich bei drei Beamten ein derartiges Dienstverhältnis. Bei den Kommunen waren 1984 insgesamt 4338 Angestellte teilzeitbeschäftigt. Ihre Zahl hat sich seit 1981 um 28% erhöht und damit deutlich stärker als im staatlichen Bereich (+ 12%).

Gemessen an der Zahl der Vollbeschäftigten waren 1984 relativ die meisten Teilzeitkräfte bei den Landkreisen tätig. Auf 100 Vollerwerbstätige entfielen hier 24 Teilzeitbeschäftigte, drei Jahre zuvor waren es erst 21 Personen gewesen. Günstig waren auch die Beschäftigungsmöglichkeiten in den Verbandsgemeinden. Hier kamen auf 100 Vollbeschäftigte 20 Teilzeitkräfte, 1981 waren es 18. Besonders niedrig war die Relation in den kreisfreien Städten, denn hier lag 1984 der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den Vollbeschäftigten bei 15%. Am geringsten war die Quote bei den kreisfreien Städten mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern, wo nur jeder zehnte Bedienstete eine Teilzeitkraft war. Die gleiche Relation war schon im Jahre 1981 registriert worden. Diese kreisfreien Städte haben also in der jüngsten Vergangenheit ihr Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen nicht ausgeweitet, während die übrigen - und hier insbesondere die zwischen 20 000 und 50 000 Einwohnern in stärkerem Umfang Teilzeitarbeitsmöglichkeiten anboten.

Im Bildungswesen die meisten Beschäftigten

Das Land beschäftigte im Jahre 1984 als Vollerwerbstätige 85 405 Personen. Das sind 0,8% weniger als im Jahr davor, in dem ebenfalls ein Rückgang um 0,6% registriert wurde. In der Struktur der Dienstverhältnisse hat sich beim Landespersonal in den letzten Jahren nichts grundlegend geändert. In der Gliederung nach Aufgabengebieten zeigen sich jedoch einige Verschiebungen.

Von der Gesamtzahl der 85 405 ermittelten Landesbediensteten waren 37 291 und damit annähernd die Hälfte (44%) im Bildungswesen tätig. Dieser Bereich war in den 70er Jahren besonders stark expandiert, entwickelt sich nun aber rückläufig. Insbesondere im Schulbereich ging seit 1980, in dem der Höchststand mit 29 709 Vollbeschäftigten registriert wurde, die Zahl der Bediensteten um 5,9% auf 27 944 zurück. Begleitet wurde dieser Prozeß allerdings von einem starken Anwachsen der Teilzeitstellen. Das vollbeschäftigte Hochschulpersonal erhöhte sich seit 1980 um 8,1% auf 9 241.

Im Bereich öffentliche Sicherheit und Rechtsschutz waren 17 238 oder 20% aller Vollbeschäftigten tätig, wobei das Personal der Polizei im Vergleich zu 1980 um 6% auf 10 132 und das im Rechtsschutz um 5,9% auf 6993 Bedienstete aufgestockt wurde. Zum Rechtsschutz zählen insbesondere die Staatsanwaltschaften, die Gerichte und die Justizvollzugsanstalten. Bei der statistisch zusammengefaßten Funktion Politische Führung und zentrale Verwaltung wurden 13 351 Vollbeschäftigte registriert, davon entfiel mehr als die Hälfte auf die Finanzverwaltung, deren vollbeschäftigtes Personal seit 1980 um 1,3% auf 7 063 sank. Im Verkehrswesen, welches den Straßenbau

und die entsprechenden Verwaltungsaufgaben umfaßt, waren mit 5 039 Bediensteten 5,9% aller Beschäftigten tätig. Auch hier sank die Beschäftigtenzahl seit 1980 um 3,6% recht deutlich.

Hoher Frauenanteil im Schul- und Gesundheitswesen

Ebenso wie beim teilzeitbeschäftigten Personal haben die Frauen beim vollbeschäftigten Personal im Bildungswesen ihr Hauptbetätigungsfeld. Bei den Schulen waren 42% und bei den Hochschulen 44% der Vollbeschäftigten Frauen. Allerdings haben sich die Werte seit 1980 verringert. Vor fünf Jahren waren bei den Schulen und den Hochschulen jeweils 44% der Erwerbstätigen Frauen gewesen. Überdurchschnittlich viele weibliche Bedienstete gab es auch im Bereich Gesundheitswesen, Sport, Erholung mit 60%, wobei sich der Anteil seit 1980 ebenfalls verringert hat.

Neben den Aufgabenbereichen, in denen Frauen überrepräsentiert sind, gibt es solche, in denen relativ wenig Frauen beschäftigt sind. Dazu zählen die Politische Führung und zentrale Verwaltung, wo 27% der Bediensteten Frauen waren. Etwas höher war der Frauenanteil beim Rechtsschutz mit 29%. Relativ geringe Werte wiesen die Bereiche Öffentliche Sicherheit und Ordnung (7,4%) sowie Verkehrsund Nachrichtenwesen mit 4,5% auf.

42% des kommunalen Personals in Diensten der kreisfreien Städte

Die Gemeinden und Gemeindeverbände hatten am 30. Juni 1984 insgesamt 50 078 Vollbeschäftigte, 0,4% mehr als 1983 aber 0,9% weniger als 1982. Von dem kommunalen Personal standen 42% in Diensten der kreisfreien Städte, 17% entfielen auf die Kreisverwaltungen, 12% auf die verbandsfreien Gemeinden, 25% auf die Verbandsgemeinden und deren Ortsgemeinden sowie rund 3% auf den Bezirksverband Pfalz. In den letzten Jahren hat hier keine entscheidende Änderung stattgefunden.

Auskunft über die Personaldichte der jeweiligen Gebietskörperschaften gibt die Anzahl der Vollbeschäftigten je 10 000 Einwohner. Die kreisfreien Städte weisen mit einem Wert von 217 die höchste Besetzung auf, welche die Bedeutung der vielfältigen Aufgaben dieser Gebietskörperschaftsgruppe unterstreicht. Auch für die verbandsfreien Gemeinden errechnet sich mit 109 Bediensteten je 10 000 Einwohner ein relativ hoher Wert. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß sämtliche großen kreisangehörigen Städte in diese Gruppe eingeordnet werden, deren Aufgabenumfang nahezu dem der kreisfreien Städte entspricht und deshalb auch relativ mehr Personal erfordert. Für die Verbandsgemeinden einschließlich deren Ortsgemeinden errechnet sich eine Quote von 61 und für die Kreisverwaltungen ein Wert von 32.

Die Quoten innerhalb der einzelnen Verwaltungsebenen streuen je nach der Größenklasse der Gebietskörperschaften. Während bei den verbandsfreien Gemeinden der durchschnittliche Personalbesatz mit sinkender Einwohnerzahl ebenfalls sinkt, verläuft die Entwicklung bei den Verbandsgemeinden in die entgegengesetzte Richtung. Die kreisfreien Städte zwi-

		1980			1983		1984			
Aufgabengebiet	ins- gesamt	in Aus- bildung	weib- lich	ins- gesamt	in Aus- bildung	weib- lich	ins- gesamt	in Aus- bildung	weib- lich	
	V	ollbesch	aftigtes l	Personal						
Verwaltung	82 342	5 719	26 439	82 936	5 255	25 473	82 271	5 246	25 250	
Politische Führung und zentrale	12 225	0/1	2 570	12 212	01/	2 521	12 251	00/	2 570	
Verwaltung Offentliche Sicherheit und	13 225	861	3 578	13 313	816	3 531	13 351	806	3 579	
Ordnung	9 668	46	766	10 265	38	776	10 245	195	756	
Rechtsschutz	6 606	1 151	1 877	7 044	1 335	1 986	6 993	1 226	2 034	
Schulen und vorschulische	29 709	2 536	13 174	28 654	1 697	12 037	27 944	1 443	11 585	
Bildung Hochschulen	8 545	349	3 769	9 090	442	3 829	9 241	527	4 018	
Sonstiges Bildungswesen	104	5	45	106	5	45	106	7	48	
Forschung außerhalb der	- 1									
Hochschule	334	60	113	358	75	115	360	76	123	
Kulturelle Angelegenheiten	354	4	52	393	12	69	415	16	83	
Soziale Sicherung	1 793	126	755	1 802	107	789	1 803	107	772	
Gesundheit, Sport, Erholung	1 964	137	1 202	2 041	174	1 218	1 989	185	1 186	
Wohnungswesen und Raumordnung	2 293	174	334	2 307	211	330	2 279	210	31	
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2 015	92	466	1 976	137	447	1 994	192	45	
Energie- und Wasserwirtschaft,					1			1111111		
Gewerbe, Dienstleistungen	504	10	72	514	14	73	512	14	7	
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 228	168	236	5 073	192	228	5 039	242	22	
Wirtschaftsunternehmen	3 461	369	369	3 146	357	242	3 134	389	24	
Insgesamt	85 803	6 088	26 808	86 082	5 612	25 715	85 405	5 635	25 49	
Insgesamt Teilzeitbeschäftigte								5 635	25 490	
								5 635		
Teilzeitbeschäftigte <u>Verwaltung</u> Politische Führung und zentrale Verwaltung	mit minde	stens de	r Hälfte	der regel		Wochena	rbeitszeit	5 635	10 47	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und	mit minde	stens de	r Hälfte	der regel	mäßigen	Wochena	rbeitszeit 11 624	-	10 47	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und Ordnung	mit minde 8 888 1 075	stens de	8 089 1 065	der regel	mäßigen	Wochena 9 823 1 245	rbeitszeit 11 624 1 351	-	1 33 59	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Schulen und vorschulische	mit minde 8 888 1 075 612 626	stens de	r Hälfte 8 089 1 065 574 620	der regel 11 026 1 268 620 737	mäßigen - - - -	Wochena 9 823 1 245 599 732	rbeitszeit 11 624 1 351 613 740	-	1 33 59 73	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Schulen und vorschulische Bildung	mit minde 8 888 1 075 612 626 3 725	stens de	r Hälfte 8 089 1 065 574 620 3 392	der regel 11 026 1 268 620 737 5 017	mäßigen	Wochena 9 823 1 245 599 732 4 481	rbeitszeit 11 624 1 351 613 740 5 398	-	10 47 1 33 59 73 4 95	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Schulen und vorschulische Bildung Hochschulen	mit minde 8 888 1 075 612 626 3 725 1 641	stens de	r Hälfte 8 089 1 065 574 620 3 392 1 263	der regel 11 026 1 268 620 737 5 017 2 065	mäßigen	Wochena 9 823 1 245 599 732 4 481 1 492	rbeitszeit 11 624 1 351 613 740 5 398 2 209		10 47 1 33 59 73 4 95 1 58	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Schulen und vorschulische Bildung Hochschulen Sonstiges Bildungswesen	mit minde 8 888 1 075 612 626 3 725	stens de	r Hälfte 8 089 1 065 574 620 3 392	der regel 11 026 1 268 620 737 5 017	mäßigen	Wochena 9 823 1 245 599 732 4 481	rbeitszeit 11 624 1 351 613 740 5 398	-	10 47 1 33 59 73 4 95 1 58	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Schulen und vorschulische Bildung Hochschulen	mit minde 8 888 1 075 612 626 3 725 1 641	stens de	r Hälfte 8 089 1 065 574 620 3 392 1 263	der regel 11 026 1 268 620 737 5 017 2 065	mäßigen	Wochena 9 823 1 245 599 732 4 481 1 492	rbeitszeit 11 624 1 351 613 740 5 398 2 209		10 47 1 33 59 73 4 95 1 58 3	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Schulen und vorschulische Bildung Hochschulen Sonstiges Bildungswesen Forschung außerhalb der	mit minde 8 888 1 075 612 626 3 725 1 641 35	stens de	r Hälfte 8 089 1 065 574 620 3 392 1 263 34	der regel 11 026 1 268 620 737 5 017 2 065 37	mäßigen	Wochena 9 823 1 245 599 732 4 481 1 492 35	rbeitszeit 11 624 1 351 613 740 5 398 2 209 38		10 47 1 33. 59 73. 4 95 1 58. 3.	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Schulen und vorschulische Bildung Hochschulen Sonstiges Bildungswesen Forschung außerhalb der Hochschulen Kulturelle Angelegenheiten	mit minde 8 888 1 075 612 626 3 725 1 641 35	stens de	r Hälfte 8 089 1 065 574 620 3 392 1 263 34 47	der regel 11 026 1 268 620 737 5 017 2 065 37 61	mäßigen	Wochena 9 823 1 245 599 732 4 481 1 492 35 60	rbeitszeit 11 624 1 351 613 740 5 398 2 209 38 59		10 47 1 33 59 73 4 95 1 58 3	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Schulen und vorschulische Bildung Hochschulen Sonstiges Bildungswesen Forschung außerhalb der Hochschulen	mit minde 8 888 1 075 612 626 3 725 1 641 35 49 24	stens de	er Hälfte 8 089 1 065 574 620 3 392 1 263 34 47 24	der regel 11 026 1 268 620 737 5 017 2 065 37 61 35	mäßigen	Wochena 9 823 1 245 599 732 4 481 1 492 35 60 29	rbeitszeit 11 624 1 351 613 740 5 398 2 209 38 59 32		10 47 1 33. 59 73 4 95 1 58 3 5 2	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Schulen und vorschulische Bildung Hochschulen Sonstiges Bildungswesen Forschung außerhalb der Hochschulen Kulturelle Angelegenheiten Soziale Sicherung Gesundheit, Sport, Erholung	mit minde 8 888 1 075 612 626 3 725 1 641 35 49 24 257	stens de	ar Hälfte 8 089 1 065 574 620 3 392 1 263 34 47 24 256	der regel 11 026 1 268 620 737 5 017 2 065 37 61 35 273	mäßigen	Wochena 9 823 1 245 599 732 4 481 1 492 35 60 29 271	rbeitszeit 11 624 1 351 613 740 5 398 2 209 38 59 32 260		10 47 1 33 59 73 4 95 1 58 3 5 2 25 39	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Schulen und vorschulische Bildung Hochschulen Sonstiges Bildungswesen Forschung außerhalb der Hochschulen Kulturelle Angelegenheiten Soziale Sicherung Gesundheit, Sport, Erholung Wohnungswesen und Raumordnung Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	mit minde 8 888 1 075 612 626 3 725 1 641 35 49 24 257 361	stens de	r Hälfte 8 089 1 065 574 620 3 392 1 263 34 47 24 256 355	der regel 11 026 1 268 620 737 5 017 2 065 37 61 35 273 403	mäßigen	Wochena 9 823 1 245 599 732 4 481 1 492 35 60 29 271 398	rbeitszeit 11 624 1 351 613 740 5 398 2 209 38 59 32 260 396		10 47 1 33 59 73 4 95 1 58 3 5 2 25 39 14	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Schulen und vorschulische Bildung Hochschulen Sonstiges Bildungswesen Forschung außerhalb der Hochschulen Kulturelle Angelegenheiten Soziale Sicherung Gesundheit, Sport, Erholung Wohnungswesen und Raumordnung Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Energie- und Wasserwirtschaft,	mit minde 8 888 1 075 612 626 3 725 1 641 35 49 24 257 361 117	stens de	ar Hälfte 8 089 1 065 574 620 3 392 1 263 34 47 24 256 355 113	der regel 11 026 1 268 620 737 5 017 2 065 37 61 35 273 403 137	mäßigen	Wochena 9 823 1 245 599 732 4 481 1 492 35 60 29 271 398 132	rbeitszeit 11 624 1 351 613 740 5 398 2 209 38 59 32 260 396 150		10 47 1 33 59 73 4 95 1 58 3 5 2 25 39 14	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Schulen und vorschulische Bildung Hochschulen Sonstiges Bildungswesen Forschung außerhalb der Hochschulen Kulturelle Angelegenheiten Soziale Sicherung Gesundheit, Sport, Erholung Wohnungswesen und Raumordnung Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	mit minde 8 888 1 075 612 626 3 725 1 641 35 49 24 257 361 117 197	stens de	r Hälfte 8 089 1 065 574 620 3 392 1 263 34 47 24 256 355 113 180	der regel 11 026 1 268 620 737 5 017 2 065 37 61 35 273 403 137 212	mäßigen	Wochena 9 823 1 245 599 732 4 481 1 492 35 60 29 271 398 132 198	rbeitszeit 11 624 1 351 613 740 5 398 2 209 38 59 32 260 396 150 218		25 490 10 47' 1 333 599 736 4 959 1 580 26 25 399 140 200 311'	
Teilzeitbeschäftigte Verwaltung Politische Führung und zentrale Verwaltung Offentliche Sicherheit und Ordnung Rechtsschutz Schulen und vorschulische Bildung Hochschulen Sonstiges Bildungswesen Forschung außerhalb der Hochschulen Kulturelle Angelegenheiten Soziale Sicherung Gesundheit, Sport, Erholung Wohnungswesen und Raumordnung Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	mit minde 8 888 1 075 612 626 3 725 1 641 35 49 24 257 361 117 197 40	stens de	ar Hälfte 8 089 1 065 574 620 3 392 1 263 34 47 24 256 355 113 180 38	der regel 11 026 1 268 620 737 5 017 2 065 37 61 35 273 403 137 212	mäßigen	Wochena 9 823 1 245 599 732 4 481 1 492 35 60 29 271 398 132 198 38	rbeitszeit 11 624 1 351 613 740 5 398 2 209 38 59 32 260 396 150 218 40		10 47° 1 33° 59° 73° 4 95° 1 58° 3° 5° 2 25° 39° 14° 20° 3°	

Gebietskörperschaftsgruppe	19	81	19	82	19	83	1984	
Gemeindegrößenklasse/ Verbandsgemeindegrößenklasse nach der Zahl der Einwohner	ins- gesamt	je 10 000 Einw.	ins- gesamt	je 10 000 Einw.	ins- gesamt	je 10 000 Einw.	ins- gesamt	je 10 000 Einw.
		Vollbeschä	ftigtes Per	rsonal				
Kreisfreie Städte 100 000 - 200 000 Einw. 50 000 - 100 000 " 20 000 - 50 000 "	21 586 9 801 6 902 4 883	218,63 212,85 216,90 234,03	21 414 9 780 6 862 4 772	217,61 212,81 216,18 230,49	21 237 9 750 6 289 5 198	216,81 213,30 235,81 203,26	21 226 9 632 6 453 5 141	217,25 211,42 241,69 202,05
Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise	27 645	104,12	27 668	104,13	27 191	102,34	27 408	103,17
Verbandsfreie Gemeinden 50 000 - 100 000 Einw. 20 000 - 50 000 " 10 000 - 20 000 " 5 000 - 10 000 "	6 629 1 222 2 336 2 213 845	113,04 202,03 133,93 89,47 81,16	6 422 1 043 2 273 2 250 843	109,76 174,11 131,61 90,75 80,68	6 338 1 041 2 534 1 926 823	108,47 175,27 131,85 84,29 79,01	6 323 1 023 2 292 2 167 827	108,65 172,99 133,86 87,56 79,49
Verbandsgemeinden und deren Ortsgemeinden 20 000 - 50 000 Einw. 10 000 - 20 000 " 5 000 - 10 000 " Ortsgemeinden 10 000 - 20 000 Einw. 5 000 - 10 000 " 3 000 - 5 000 " 1 000 - 3 000 " unter 1 000 " Verbandsgemeinden 20 000 - 50 000 Einw. 10 000 - 20 000 " 5 000 - 10 000 "	12 571 2 118 7 607 2 846 4 144 100 1 113 589 1 398 944 8 427 1 303 5 128 1 996	60,77 61,75 60,11 61,83 20,03 21,60 31,19 24,07 18,98 13,80 40,74 37,99 40,52 43,36	12 656 2 087 7 641 2 928 4 120 103 1 110 579 1 376 952 8 536 1 318 5 166 2 052	61,08 60,76 60,29 63,50 19,88 22,29 31,10 22,76 18,83 13,92 41,20 38,37 40,76 44,50	12 535 2 102 7 522 2 911 4 011 84 1 068 558 1 358 943 8 524 1 336 5 141 2 047	60,48 61,09 59,37 63,06 19,35 18,14 29,55 21,84 18,72 13,79 41,13 38,83 40,58 44,34	12 692 2 086 7 658 2 948 4 055 84 1 088 563 1 395 925 8 637 1 337 5 223 2 077	61,18 60,49 60,43 63,77 19,55 18,14 30,11 22,01 19,12 13,57 41,63 38,77 41,21 44,93
Landkreise	8 445	31,81	8 590	32,33	8 318	31,31	8 393	31,59
Bezirksverband	1 450	11,23	1 457	11,29	1 435	11,14	1 444	11,23
Insgesamt Teilzeitbeschäftig	50 681	139,14	50 539	138,80 er regelmä	49 863 ßigen Woch	137,12	50 078	137,82
Kreisfreie Städte 100 000 - 200 000 Einw. 50 000 - 100 000 " 20 000 - 50 000 "	2 875 1 454 723 698	29,12 31,58 22,72 33,45	3 051 1 489 718 844	31,00 32,40 22,62 40,77	2 968 1 460 577 931	30,30 31,94 21,63 36,40	3 203 1 591 663 949	32,78 34,92 24,83 37,30
Kreisangehörige Gemeinden, Verbandsgemeinden, Landkreise	4 903	18,47	5 161	19,42	5 405	20,34	5 593	21,05
Verbandsfreie Gemeinden 50 000 - 100 000 Einw. 20 000 - 50 000 " 10 000 - 20 000 " 5 000 - 10 000 "	973 163 330 370 110	16,59 26,95 18,92 14,96 10,56	994 165 334 373 122	16,99 27,54 19,34 15,04 11,68	1 061 171 430 320 140	18,16 28,79 22,37 14,00 13,44	1 094 162 414 376 142	18,80 27,39 24,18 15,19 13,65
Verbandsgemeinden und deren Ortsgemeinden 20 000 - 50 000 Einw. 10 000 - 20 000 " 5 000 - 10 000 " Ortsgemeinden 10 000 - 20 000 Einw. 5 000 - 10 000 " 3 000 - 5 000 " 1 000 - 3 000 " unter 1 000 " Verbandsgemeinden 20 000 - 50 000 Einw. 10 000 - 20 000 " Landkreise	2 140 315 1 330 495 590 10 126 100 174 180 1 550 205 982 363 1 790	10,34 9,18 10,51 10,75 2,85 2,16 3,53 4,09 2,63 7,49 5,98 7,76 7,89 6,74	2 286 333 1 447 506 666 11 162 108 207 178 1 620 199 1 046 375 1 881	11,03 9,69 11,42 10,97 3,21 2,38 4,54 4,24 2,83 2,60 7,82 5,79 8,25 8,13 7,08	2 382 319 1 523 540 699 7 173 121 213 185 1 683 200 1 089 394	11,49 9,27 12,02 11,70 3,37 1,51 4,79 4,74 2,70 8,12 5,81 8,60 8,54 7,38	2 466 324 1 555 587 741 7 177 123 228 206 1 725 196 1 107 422 2 033	11,89 9,39 12,27 12,70 3,57 1,51 4,90 4,81 3,13 3,02 8,32 5,68 8,73 9,13 7,65
Bezirksverband	211	1,63	225	1,74	240	1,86	264	2,05
Insgesamt	7 989	21,93	8 437	23,17	8 613	23,68	9 060	24,93

schen 50 000 und 100 000 Einwohnern weisen mit 242 Bediensteten je 10 000 Einwohner die höchste Dichte auf, während die verbandsfreien Gemeinden der gleichen Größenklasse 69 Beschäftigte weniger haben. Bei einem Vergleich der Personaldichte ist aber zu beachten, daß nicht alle Gebietskörperschaften Träger von Krankenanstalten sind, so daß dieser personalintensive Sektor zu Verzerrungen bei der Darstellung führen kann.

Gemeinden (Gv.) haben höhere Ausbildungsquoten als das Land

Land und Gemeinden (Gv.) bildeten am 30. Juni 1984 insgesamt 10 158 Jugendliche aus. Das sind 3,2% mehr als im Vorjahr, in dem die Ausbildungskapazität bereits um 9,2% ausgeweitet worden war. Seit 1981 hat sich damit die Zahl der Auszubildenden um 6,9% erhöht.

Insbesondere die Gemeinden und Gemeindeverbände haben die Zahl der Ausbildungsplätze kontinuierlich vermehrt. Seit 1981 stellten sie fast 19% mehr Auszubildende ein und beschäftigten damit 1984 insgesamt 4 523 Jugendliche. Auf 100 Vollbeschäftigte entfielen 9 Auszubildende, beim Land waren es knapp 7. Auch in den vorhergehenden Jahren lag die Ausbildungsquote der Gemeinden (Gv.) deutlich höher als beim Land, wobei allerdings zu be-

achten ist, daß die Auszubildenden der Bereitschaftspolizei statistisch nicht als Auszubildende nachgewiesen werden können. Die Ausbildungsanstrengungen der Gemeinden (Gv.) konzentrierten sich vor allem auf die Angestellten und Arbeiter. Ihre Zahl erhöhte sich seit 1981 um 22% (Angestellte) bzw. 40% (Arbeiter). Nahezu drei Viertel aller Auszubildenden waren im Angestelltenverhältnis beschäftigt.

Liegt der Schwerpunkt der Ausbildungstätigkeit der Gemeinden (Gv.) eindeutig im Angestelltenbereich, so liegt er beim Land ebenso eindeutig bei den Beamten und Richtern. Sie stellten hier 75% aller Auszubildenden. Ihre Zahl hat sich jedoch seit 1981 um 10,9% auf 4 219 verringert. Maßgeblich beeinflußt wurde diese Entwicklung von der stark rückläufigen Zahl der Referendare im Schuldienst, 1981 wurden im Schulwesen noch 2 137 Personen ausgebildet, 1984 dagegen 1 443. Infolgedessen verringerte sich auch ihr Anteil an den insgesamt Auszubildenden von 37% auf 26%. Im Bereich Rechtsschutz waren 1 226 Bedienstete in Ausbildung. Gegenüber 1981 ist die Zahl um 5,3% zurückgegangen. Im Aufgabengebiet Soziale Sicherung wurden 14% weniger Personen ausgebildet, während in allen anderen Bereichen eine Zunahme verzeichnet werden konnte.

Diplom-Volkswirt R. Lamping

Betriebssysteme und Standardbetriebseinkommen in der Land- und Forstwirtschaft 1983

Die Klassifizierung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe nach der im Jahre 1971 in die Agrarstatistik eingeführten Betriebssystematik¹) sowie die Berechnung eines Standardbetriebseinkommens für jeden Betrieb als Maßstab für seine Einkommenskapazität sind wesentlicher Bestandteil der alle zwei Jahre stattfindenden Agrarberichterstattung. Diese erfolgt abwechselnd total und repräsentativ, so daß alle vier Jahre – so für 1983 – auch regional tiefer gegliederte Ergebnisse über die Produktionsrichtung der Betriebe und ihr Einkommen vorliegen.

Grundlage für die Klassifizierung bildet die Struktur des Standardeckungsbeitrages der Betriebe. Dieser errechnet sich aus der geldlichen Bruttoleistung aller Betriebszweige abzüglich der zurechenbaren Kosten (variable Spezialkosten). Dabei werden jedoch nicht betriebsspezifische sondern standardisierte Werte für Erträge, Preise und Kosten verwendet. Die Bestimmung des Betriebssystems erfolgt innerhalb eines vierstufigen Rahmens nach dem Anteil des Standarddeckungsbeitrags der einzelnen Produktionsbereiche, -richtungen und -zweige am Standarddeckungsbeitrag des gesamten Betriebes. Weitergehende methodische Einzelheiten der Klassifizierung und der vom

Standarddeckungsbeitrag des Betriebes ausgehenden Berechnung des Standardbetriebseinkommens sind in einem Statistischen Bericht²) enthalten.

Knapp die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche gehört zu Futterbaubetrieben

Die erste Gliederungsstufe der Betriebssystematik bilden die Betriebsbereiche Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft. Von den anläßlich der Agrarberichterstattung 1983 erhobenen 73 800 Betrieben mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche bzw. einer Waldfläche von 1 ha und mehr sowie mit einer geringeren landwirtschaftlich genutzten Fläche, deren landwirtschaftliche Marktproduktion jedoch derjenigen von 1 ha entsprach, gehören allein 64 500 oder 87% zum Betriebsbereich Landwirtschaft. Mindestens 75% des Standarddeckungsbeitrags stammen hier aus dem Ackerbau, dem Wein- oder Hopfenbau oder aus der Viehhaltung. Die Betriebsbereiche Gartenbau mit Gemüse-, Zierpflanzenbau oder Baumschulen und Forstwirtschaft sind mit 1 200 (1,6%) bzw. 6 740 (9,1%) Betrieben vertreten. Die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche befindet sich zu gut 98% in der Bewirtschaftung von Betrieben des Bereiches Landwirtschaft. Vom Gartenbau werden lediglich 0,4 und von der Forstwirtschaft 0,5% beansprucht. Bei knapp 1 400 Betrieben läßt sich eine Einordnung in der vorgenannten Weise nicht vornehmen, da keiner

N. Deselaers: Neue Betriebssystematik für die Landwirtschaft. Berichte über Landwirtschaft, Band 49, Heft 3/4, Hamburg und Berlin 1971.

²⁾ Statistische Berichte Rheinland-Pfalz, C IV 9 — 2 j 83/2 Betriebssysteme und Standardbetriebseinkommen vom 7. Februar 1985.

Betriebe der Land- und Forstwirtschaft nach Betriebssystemen und Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF) 1983

		Insg	esamt			Bet	triebe n	nit eine	r LF vo	on 1	ha	
Betriebssystem					unter	1	2	5	10	20	30	50
	Betr	iebe	LF		1	2	5	10	20	30	50	und
	Anzahl	90	ha		8							mem
Landwirtschaft	64 493	87,4	717 690	98,2	14,4	14,1	19,7	16,6	16,7	8,9	7,1	2,5
Marktfruchtbetriebe	13 513	18,3	179 166	24,5	0,5	15,6	25,8	18,8	18,3	9,4	7,5	4,0
Intensivfruchtbetriebe	2 034	2,8	28 734	3,9	2,8	19,0	20,1	10,4	20,7	13,2	10,4	3,3
Extensivfruchtbetriebe	6 360	8,6	66 011	9,0	-	18,2	34,3	20,7	14,0	5,3	4,2	3,4
Futterbaubetriebe	19 183	26,0	333 804	45,7	1,0	5,7	15,0	20,9	24,3	14,9	13,7	4,4
Milchviehbetriebe	7 912	10,7	151 302	20,7	1,3	3,5	12,1	19,7	24,5	16,8	17,2	4,8
Veredlungsbetriebe	1 511	2,0	21 369	2,9	14,1	9,6	15,9	15,0	18,5	12,4	10,8	3,7
Dauerkulturbetriebe	27 632	37,4	137 460	18,8	31,8	20,1	20,6	12,4	9,6	3,6	1,5	0,3
Weinbaubetriebe	23 274	31,5	86 552	11,8	34,0	21,8	22,4	12,5	7,1	1,6	0,5	0,1
Obstbaubetriebe	1 486	2,0	3 229	0,4	55,0	21,3	12,9	6,1	4,2	0,4	0,2	_
Gemischtbetriebe	2 654	3,6	45 892	6,3	0,3	6,4	16,0	19,6	25,4	14,7	12,9	4,7
Gartenbau	1 191	1,6	3 106	0,4	59,5	14,9	13,2	6,5	4,0	0,8	0,8	0,3
Gemüsebetriebe	381	0,5	1 540	0,2	38,8	17,1	21,0	12,9	7,1	1,6	1,3	0,3
Zierpflanzenbetriebe	672	0,9	609	0,1	80,1	11,6	6,3	1,0	0,9	-	-	
Baumschulbetriebe	131	0,2	910	0,1	16,0	25,2	26,0	15,3	10,7	1,5	3,8	1,5
Forstwirtschaft	6 740	9,1	3 679	0,5	88,5	5,6	3,5	1,6	0,7	0,1	0,1	0,1
Kombinationsbetriebe (einschl.kombinierte							24.0					
Verbundbetriebe)	1 388	1,9	6 357	0,9	21,3	31,4	26,9	10,2	5,7	2,4	1,4	0,7
Insgesamt	73 812	100,0	730 832	100,0	22,0	13,6	18,3	15,0	14,8	7,8	6,3	2,2

der drei Bereiche einen Dreiviertelanteil am Standarddeckungsbeitrag erreicht. Sie sind der Gruppe der Kombinationsbetriebe bzw. kombinierten Verbundbetriebe zugeordnet.

Innerhalb der Landwirtschaft dominieren bei den Betriebsformen mit 27 600 bzw. 19 200 die Dauerkultur- und Futterbaubetriebe. Wein-, Obst- oder Hopfenbau bzw. flächenabhängige Viehhaltung mit Rindern, Schafen oder Pferden sind hier mindestens zur Hälfte am Standarddeckungsbeitrag beteiligt. Auch der Marktfruchtbau mit Getreide, Kartoffeln, Zuckerrüben oder Ölfrüchten zählt mit zu den am weitesten verbreiteten Produktionsrichtungen in Rheinland-Pfalz. Mit einem Anteil von 18% an der Gesamtbetriebszahl kann er jedoch bei weitem nicht mit den Dauerkulturen (37%) und dem Futterbau (26%) konkurrieren. Knapp die Hälfte (46%) der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes wird von den Futterbaubetrieben und ein weiteres Viertel von den Marktfruchtbetrieben bewirtschaftet. Bei einer deutlich geringeren durchschnittlichen Flächenausstattung von nur 5 ha für die Dauerkulturbetriebe gegenüber 17,4 ha und 13,3 ha bei den Futterbau- bzw. Marktfruchtbetrieben sind sie nur mit einem Anteil von 19% an der genutzten Fläche beteiligt. Im Gegensatz vor allem zu den norddeutschen Bundesländern spielen Veredlungsbetriebe, bei denen mehr als 50% des Standarddeckungsbeitrages aus der Schweine- und Geflügelhaltung stammen, in Rheinland-Pfalz keine große Rolle. Lediglich 1 500 Betriebe (2%) erfüllen die Voraussetzungen für eine entsprechende Eingruppierung. Betriebe ohne vorherrschende Produktionsrichtung gab es 1983 rund 2650 (3,6%). Sie zählen zur Gruppe der Gemischtbetriebe und beanspruchen gut 6% der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Im Gartenbau stellen die Zierpflanzen die dominierende Produktionsrichtung dar. In 670 Fällen

bestimmen sie die Betriebsorganisation. Ihnen stehen 380 Gemüse- und 130 Baumschulbetriebe gegenüber. Für den Betriebsbereich Forstwirtschaft wird eine weitere Aufgliederung nicht vorgenommen.

Dauerkulturbetriebe mit höchstem Spezialisierungsgrad

Eine weitere Unterteilung der Betriebsformen Marktfrucht-, Futterbau-, Veredlungs- und Dauerkulturbetriebe bzw. Gemüse-, Zierpflanzen- und Baumschulbetriebe in die Betriebsarten Spezial- und Verbundbetriebe läßt eine Aussage über den Grad der Spezialisierung in der landwirtschaftlichen bzw. gartenbaulichen Produktion zu. Als Spezialbetriebe gelten solche, bei denen der gesamte Standarddekkungsbeitrag zu mehr als 75% aus einer Produktionsrichtung kommt. Bei den Verbundbetrieben liegt der Anteil einer Produktionsrichtung zwischen 50 und 75%. Auf der untersten Stufe der Systematik, dem Betriebstyp, werden die Spezialbetriebe nach dem vorherrschenden Produktionszweig, die Verbundbetriebe nach der vorherrschenden und der zweitwichtigsten Produktionsrichtung gekennzeichnet.

Über den höchsten Spezialisierungsgrad im Bereich Landwirtschaft verfügen die Dauerkulturbetriebe. Fast 90% davon sind 1983 als Spezialbetriebe eingestuft worden. Von diesen 24 760 Betrieben gehören wiederum allein 23 270 in die Gruppe der Weinbaubetriebe. In knapp 1 500 Betrieben dominiert der Obstbau. Bei den 2 870 Dauerkultur-Verbundbetrieben steht neben Wein- oder Obstbau der Marktfruchtbau im Vordergrund.

Im Futterbau halten sich Spezial- und Verbundbetriebe beinahe die Waage. Von den 9 830 Futterbau-Spezialbetrieben sind allein 7 900 auf die Milchviehhaltung ausgerichtet. Bei den Verbundbetrieben (9 350) ergibt sich größtenteils eine Kombination von

Betriebssysteme der Land- und Forstwirtschaft in den Verwaltungsbezirken 1983

	Betriebe	Betriebs- bereich	Markt-	Futter-	Ver-	Dauer-	Ge-	Betriebs	sbereich
Verwaltungsbezirk	ins- gesamt	Land- wirt- schaft	frucht- betriebe	bau- betriebe	edlungs- betriebe	kultur- betriebe	mischt- betriebe	Garten- bau	Forst- wirt- schaft
	Anzahl					5			
Kreisfreie Stadt Koblenz	193	79,8	35,2	13,5	1,0	22,3	7,8	13,5	4,7
Landkreise Ahrweiler Altenkirchen (Ww.) Bad Kreuznach Birkenfeld Cochem-Zell Mayen-Koblenz Neuwied Rhein-Hunsrück-Kreis Rhein-Lahn-Kreis Westerwaldkreis	2 567 1 963 3 440 1 440 3 336 2 442 1 679 3 219 2 085 2 578	71,3 68,2 91,5 75,9 94,7 85,5 78,1 91,6 89,9 85,6	19,5 9,8 14,7 11,5 28,4 48,1 17,5 35,0 33,2 21,5	30,2 52,4 17,6 55,3 11,0 10,6 48,8 40,9 35,6 59,9	1,5 2,0 1,1 3,5 1,1 7,4 2,0 2,4 4,9 1,9	16,3 0,4 51,9 0,1 51,1 13,3 6,1 7,3 6,7 0,1	3,8 3,6 6,1 5,3 3,1 6,1 3,7 6,2 9,4 2,2	1,8 1,1 1,6 1,5 0,4 3,6 3,6 0,6 1,3	21,8 27,5 5,9 19,9 4,6 9,4 15,6 7,0 8,4 11,7
RB Koblenz	24 942	84,8	24,9	33,2	2,6	19,1	5,0	1,6	11,8
Kreisfreie Stadt Trier Landkreise Bernkastel-Wittlich Bitburg-Prüm Daun Trier-Saarburg	209 5 604 6 074 3 023 5 197	74,6 94,8 79,5 82,3 92,4	13,9 11,2 9,4 15,7 10,6	16,7 22,5 61,3 62,8 18,2	1,4 1,2 5,1 1,0 1,8	34,0 57,7 0,1 0,1 57,0	8,6 2,3 3,6 2,7 4,8	17,2 0,4 0,4 0,3 0,3	3,9 16,2 14,6 6,2
RB Trier	20 107	87,5	11,2	39,1	2,5	31,2	3,5	0,5	9,9
Kreisfreie Städte Frankenthal (Pfalz) Kaiserslautern Landau i.d.Pfalz Ludwigshafen a.Rhein Mainz Neustadt a.d.Weinstr. Pirmasens Speyer Worms Zweibrücken	98 99 602 153 458 764 137 55 428 166	93,9 61,6 94,9 68,0 86,5 96,3 58,4 63,6 92,8 74,7	87,8 19,2 5,1 64,7 29,5 2,1 13,1 50,9 20,1 16,9	2,0 36,4 - 1,3 0,2 0,8 41,6 3,6 1,6 41,0	2,0 3,0 0,5 2,0 0,9 0,3 1,5 - 1,4	2,0 89,0 53,5 91,6 5,5 64,7 1,2	- 3,0 0,2 - 2,4 1,6 2,2 3,6 4,9 6,0	4,1 8,1 3,2 25,5 10,9 2,0 8,0 29,1 6,5 7,8	30,3 1,7 2,0 0,4 0,8 30,7 5,5 0,2 14,5
Landkreise Alzey-Worms Bad Dürkheim Donnersbergkreis Germersheim Kaiserslautern Kusel Südliche Weinstraße Ludwigshafen Mainz-Bingen Pirmasens	4 466 2 656 1 757 1 470 1 193 1 681 4 695 1 030 5 032 1 823	98,3 95,2 92,4 86,5 78,8 83,9 88,9 77,8 97,0 62,3	10,4 8,0 51,5 60,4 18,4 24,1 7,8 60,5 3,4 13,3	0,1 1,3 22,5 5,1 51,1 49,9 1,4 2,8 0,6 42,5	0,5 0,5 4,0 1,8 3,7 2,4 0,1 1,7 0,3 3,1	86,2 84,9 7,3 13,1 0,9 3,3 77,6 10,6 91,0 0,4	1,1 0,6 7,1 6,1 4,6 4,2 2,0 2,2 1,6 3,1	0,9 1,5 1,3 5,7 1,0 0,8 0,6 15,3 1,0	0,4 2,6 5,4 2,7 18,4 13,7 7,9 2,0 0,6 33,0
RB Rheinhessen-Pfalz	28 763	89,5	17,5	10,6	1,2	57,7	2,5	2,4	6,3
Rheinland-Pfalz	73 812	87,4	18,3	26,0	2,0	37,4	3,6	1,6	9,1

Futterbau und Marktfruchtbau (8 800). Die Marktfruchtbaubetriebe dagegen lassen wieder ein deutliches Übergewicht der Spezialbetriebe (62%) erkennen. Allein 6 360 der insgesamt 8 390 Marktfrucht-Spezialbetriebe befassen sich vorwiegend mit dem Anbau von Extensivfrüchten, meist Getreide. Bei den restlichen stehen in erster Linie Intensivfrüchte wie Kartoffeln, Zuckerrüben oder Feldgemüse im Anbauplan.

Unter den 5 120 Marktfrucht-Verbundbetrieben befinden sich vornehmlich Marktfrucht-Futterbaubetriebe (2 580) und Marktfrucht-Veredlungsbetriebe (1 750). Bei der Produktionsrichtung Veredlung kann nur einer von drei Betrieben als Spezialbetrieb mit Schweine- oder Geflügelhaltung angesehen werden. Im übrigen gibt es sehr häufig ein Nebeneinander von Veredlung und Marktfruchtbau. Im Gartenbau bedingt ein rationeller Arbeits- und Kapitaleinsatz innerhalb der einzelnen Produktionsrichtungen, ähnlich wie bei den Dauerkulturen, einen extrem hohen Spezialisierungsgrad.

Ein Vergleich mit der im Rahmen der Agrarberichterstattung 1975 durchgeführten Betriebstypisierung zeigt für den Anteil der Forstwirtschaft einen etwas höheren und für den der Landwirtschaft einen etwas niedrigeren Wert. Die Ursache hierfür dürfte darin zu suchen sein, daß bei einer Betriebsaufgabe nur in seltenen Fällen auch die Waldflächen verkauft oder verpachtet werden und damit ein Wechsel von der Land- zur Forstwirtschaft verbunden ist. Innerhalb des Betriebsbereiches Landwirtschaft ging der Anteil der Futterbaubetriebe um fünf Prozentpunkte zurück. Gleichzeitig erhöhte sich das zahlenmäßige Gewicht der Dauerkulturbetriebe um gut 6%. Auch die Veredlungsbetriebe konnten ihren Prozentsatz leicht vergrößern. Bei den Marktfruchtbetrieben ist keine nennenswerte Veränderung festzustellen. Allen Betriebsformen, mit Ausnahme der Veredlungsbetriebe, ist ein Trend vom Verbund- zum Spezialbetrieb gemeinsam, was als zunehmende Spezialisierung auf einzelne Betriebszweige gedeutet werden kann. Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung bei den Milchviehbetrieben und den Weinbaubetrieben. In diesem Zusammenhang muß auch der relativ starke Rückgang der landwirtschaftlichen Gemischtbetriebe gesehen werden.

Große regionale Unterschiede in der Produktionsrichtung

Die regionale Verteilung der Betriebssysteme in Rheinland-Pfalz spiegelt sehr deutlich die hier bestehenden sehr unterschiedlichen Produktionsbedingungen wieder. Dauerkulturbetriebe finden sich besonders häufig in den klimatisch bevorzugten rheinhessischen und vorderpfälzischen Landkreisen Mainz-Bingen (91%), Alzey-Worms (86%), Bad Dürkheim (85%) und Südliche Weinstraße (78%). In den Landkreisen Bad Kreuznach, Cochem-Zell, Bernkastel-Wittlich und Trier-Saarburg mit ihren Weinbaugebieten ist jeder zweite Betrieb überwiegend auf Dauerkulturen ausgerichtet.

Demgegenüber konzentrieren sich die Futterbaubetriebe weitgehend auf die von der Natur benachteiligten Höhengebiete mit ihren vielfach natürlichen Grünlandstandorten. Besonders ausgeprägt zeigt sich dies in den Eifelkreisen Daun und Bitburg-Prüm sowie im Westerwaldkreis, wo zwischen 60 und 63% aller Betriebe die Produktionsrichtung Futterbau aufweisen. Im Landkreis Daun entfallen immerhin 86% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche auf die Bewirtschaftung durch Futterbaubetriebe. In den beiden anderen genannten Kreisen beziffert sich dieser Anteil auf jeweils 82%. Auch in den Landkreisen Birkenfeld (55%), Altenkirchen (52%), Neuwied (49%) und im Rhein-Hunsrück-Kreis (41%) sowie im Bereich der Nord- und Westpfalz in den Landkreisen Kaiserslautern (51%), Kusel (50%) und Pirmasens (42%) ist der Futterbau und die damit zusammenhängende Rindviehhaltung vielfach die für die Höhe des Betriebseinkommens maßgebliche Produktionsrichtung. Die landwirtschaftlichen Betriebe in den genannten Regionen sind daher auch besonders stark von den Maßnahmen der EG zur Beschränkung der Milchüberschüsse betroffen.

Ausgesprochene Marktfruchtbaustandorte bilden die durch überwiegend gute Bodenverhältnisse gekennzeichneten Ackerbaugebiete in der Vorderpfalz mit den Landkreisen Ludwigshafen und Germersheim (ieweils 60%) sowie in Teilen des Donnersbergkreises (52%) und des Landkreises Mayen-Koblenz (48%). Auch im Rhein-Hunsrück-Kreis und im Rhein-Lahn-Kreis ist noch jeder dritte Betrieb ein Marktfruchtbaubetrieb. Überdurchschnittlich viele Veredlungsbetriebe gibt es in den Landkreisen Mayen-Koblenz (7,4%) und Bitburg-Prüm (5,1%), ferner im Rhein-Lahn-Kreis (4,9%), im Donnersbergkreis (4,0 %) sowie in den Landkreisen Kaiserslautern (3,7%), Birkenfeld (3,5%) und Pirmasens (3,1%). Der Anteil für den Betriebsbereich Forstwirtschaft liegt besonders hoch im Landkreis Pirmasens. Jeder dritte Betrieb gehört hier dazu. Daneben spielt die Forstwirtschaft auch in den Landkreisen Altenkirchen (28%), Ahrweiler (22%), Birkenfeld (20%), Kaiserslautern (18%), Bitburg-Prüm und Neuwied (je 16%) sowie Daun (15%) eine bedeutende Rolle in der dortigen Produktionsstruktur.

Mehr als die Hälfte der Betriebe mit weniger als 10 000 DM Standardbetriebseinkommen

Die wirtschaftliche Größe der Betriebe in der Landund Forstwirtschaft drückt sich am deutlichsten in der Höhe ihres Standardbetriebseinkommens aus. Die herkömmliche Gliederung der Betriebe nach der Grö-Be der landwirtschaftlich genutzten Fläche eignet sich hierzu nämlich nur bedingt, da insbesondere die unterschiedliche Nutzungsintensität der Fläche sowie die Viehhaltung hierbei keine Berücksichtigung finden. Das Standardbetriebseinkommen wird aus dem Standarddeckungsbeitrag des Betriebes abgeleitet, indem hiervon die den einzelnen Frucht- und Vieharten nicht zurechenbaren festen Spezialkosten sowie die Gemeinkosten abgerechnet werden. Hinzuaddiert werden sonstige Erträge, zum Beispiel aus Jagd- und Fischereiverpachtung oder Arbeiten für Dritte. Im Standardbetriebseinkommen sind definitionsgemäß die vom Betriebsinhaber zu zahlenden Fremdlöhne, Pachtentgelte und Schuldzinsen noch enthalten. Die ihm zufließenden Pachten und Zinsen

Betriebe der Land- und Forstwirtschaft nach Betriebssystemen und Größenklassen des Standardbetriebseinkommens 1983

	Ins-		Mit eine	m Standa	rdbetrie	bseinkon	nmen voi	n DM	1	Standard- betriebs-
Betriebssystem	gesamt		10 000	10 000	20 000	30	000	50	000	einkommen
		unter	10 000	20 000	30 000	50	000	und	mehr	je Betrieb
	Anza	ahl		96		Anzahl	8	Anzahl	olo	DM
Landwirtschaft	64 493	32 363	50,2	15.0	9,7	8 037	12,5	8 142	12,6	21 849
Marktfruchtbetriebe	13 513	9 366	69,3	9,3	6.6	1 032	7,6	973	7,2	13 145
Intensivfruchtbetriebe	2 034	949	46,7	13,5	12,2	315	15,5	247	12,1	21 716
Extensivfruchtbetriebe	6 360	5 454	85.8	5,6	3.0	169	2,7	191	3,0	6 527
Futterbaubetriebe	19 183	9 467	49,4	17,7	11,5	2 704	14,1	1 418	7,4	17 828
Milchviehbetriebe	7 912	3 169	40.1	18,4	13,4	1 406	17.8	826	10,4	21 833
Veredlungsbetriebe	1 511	706	46,7	12,6	8,4	196	13,0	292	19.3	27 474
Dauerkulturbetriebe	27 632	11 515	41,7	15,9	10,1	3 764	13,6	5 167	18,7	28 767
Weinbaubetriebe	23 274	9 652	41,5	17,4	10,4	3 163	13,6	3 983	17,1	28 080
Obstbaubetriebe	1 486	1 301	87,6	4,5	3,0	48	3,2	26	1,7	5 598
Gemischtbetriebe	2 654	1 309	49,3	16,2	10,6	341	12,8	292	11,0	20 000
Gartenbau	1 191	471	39,5	20,7	11,2	152	12,8	188	15,8	36 472
Gemüsebetriebe	381	180	47,2	18,9	8,1	47	12,3	51	13,4	25 186
Zierpflanzenbetriebe	672	269	40,0	23,2	12,8	84	12,5	77	11,5	27 895
Baumschulbetriebe	131	19	14,5	13,0	12,2	21	16,0	58	44,3	112 765
Forstwirtschaft	6 740	4 901	72,7	4,9	4,1	385	5,7	854	12,7	27 812
Kombinationsbetriebe (einschl.kombinierte	1 200	1 207	07.0	4.2	1.5	43	2.1	57	4.1	7.154
Verbundbetriebe)	1 388	1 207	87,0	4,3	1,5	43	3,1	5/	4,1	7 156
Insgesamt	73 812	38 942	52,8	14,0	9,1	8 617	11,7	9 241	12,5	22 353

werden nicht einbezogen. Da auch die Berechnung des Standardbetriebseinkommens von durchschnittlichen Angaben über Erlöse und Kosten ausgeht, kann das tatsächlich erzielte Betriebseinkommen im Einzelfall davon abweichen. Den für die Ermittlung des Standardbetriebseinkommens für 1983 verwendeten Rechenwerten liegen ebenso wie beim Standarddeckungsbeitrag die Verhältnisse im Mittel der Wirtschaftsjahre 1981/82, 1982/83 und 1983/84 zugrunde.

Bei einem durchschnittlichen Standardbetriebseinkommen je Betrieb von 22 350 DM im Jahre 1983 für die gesamte Land- und Forstwirtschaft belief sich der vergleichbare Wert für den Betriebsbereich Landwirtschaft auf 21 850 DM. Wesentlich höher lag er mit 36 470 DM im Gartenbau und auch in der Forstwirtschaft (27 810 DM). Mehr als die Hälfte (53%) der 73 800 Betriebe hatten 1983 weniger als 10 000 DM aufzuweisen. Weitere 14 bzw. 9% der Betriebe verfügten über 10 000 bis 20 000 DM bzw. 20 000 bis 30 000 DM. Beträge zwischen 30 000 und 50 000 DM und über 50 000 DM errechneten sich für 8 620 (12%) bzw. 9 240 (13%) Betriebe. Diese dürften größtenteils den Charakter von Vollerwerbsbetrieben haben. Zu ihnen gehört weit über die Hälfte der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Während sich für den Betriebsbereich Landwirtschaft eine ähnliche Verteilung ergibt, sind im Gartenbau vor allem deutlich weniger Betriebe in der Klasse unter 10 000 DM (40%) und entsprechend mehr in den höheren zu finden. In der Forstwirtschaft verfügten drei von vier Betrieben über ein Standardbetriebseinkommen von weniger als 10 000 DM. Es gab hier mit einem Anteil von 13% jedoch auch relativ viele Betriebe, die die 50 000 DM-Grenze überschritten.

Innerhalb des Betriebsbereichs Landwirtschaft ist die Höhe des Standardbetriebseinkommens deutlich

von der Produktionsrichtung abhängig. Am weitaus günstigsten schnitten die Dauerkulturbetriebe mit 28 770 DM ab. Rund 14 bzw. 19% von ihnen erreichten Einkommen von 30 000 bis 50 000 DM bzw. über 50 000 DM. Auch die Veredlungsbetriebe wiesen mit 27 470 ein weit überdurchschnittliches Standardbetriebseinkommen auf. Deutlich niedriger lag dies 1983 bei den Gemischtbetrieben (20 000) und vor allem bei den Futterbau- (17 830 DM) sowie den Marktfruchtbaubetrieben (13 150 DM). Bei der zuletzt genannten Betriebsform waren allein 69% aller Betriebe in der untersten Einkommensklasse von weniger als 10 000 DM. Lediglich 7,6 bzw. 7,2% brachten es auf Standardbetriebseinkommen von 30 000 bis 50 000 DM sowie über 50 000 DM.

Unter den einzelnen Landkreisen zeichnen sich vor allem Alzey-Worms und Bad Dürkheim durch besonders viele Betriebe in den Bereichen Landwirtschaft und Gartenbau mit mehr als 30 000 DM Standardbetriebseinkommen aus. Ihr Anteil bezifferte sich hier auf jeweils etwas mehr als 40%. Bezogen auf die landwirtschaftlich genutzte Fläche war ihr Gewicht mit 83 bzw. 80% jedoch noch deutlich größer. Auch in den Landkreisen Südliche Weinstraße, Ludwigshafen, Mainz-Bingen sowie im nördlichen Landesteil in Mayen-Koblenz und Bad Kreuznach läßt ein Prozentsatz zwischen 30 und 35 für die Betriebe mit mehr als 30 000 DM auf eine zumindest in Teilen relativ günstige Einkommensstruktur schließen. Betriebe unter 10 000 DM waren dagegen besonders zahlreich im Westerwaldkreis vertreten. Sie kamen dort auf einen Anteil von immerhin 82% mit 41% der gesamten dort vorhandenen landwirtschaftlich genutzten Fläche. Im Landesdurchschnitt bewirtschafteten diese Betriebe nur etwa 19% der landwirtschaftlichen Fläche. Weitere Schwerpunkte dieser wohl sämtlich im Nebenerwerb bewirtschafteten Betriebe liegen in den Landkreisen Daun (73%), Ahrweiler (69%), Altenkirchen (67%), dem Rhein-Hunsrück-Kreis sowie Kusel (je 63%) und Neuwied (62%) mit ihren vergleichsweise recht ungünstigen natürlichen und agrarstrukturellen Voraussetzungen für die land- oder forstwirtschaftliche Produktion.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

Tiefbau 1984

Während sich die gesamtwirtschaftliche Situation der meisten Wirtschaftsbetriebe im Jahre 1984 deutlich verbesserte, war die Baubranche von dieser Entwicklung weniger begünstigt. Das gleiche gilt im Hinblick auf die Erwartungen für das Jahr 1985. Geringe Kapazitätsauslastung, starker Konkurrenzkampf, rückläufige Gewinne und Freisetzung von Arbeitskräften kennzeichnen hier die Marktlage. Besonders im Privatbau mangelt es an Nachfrage nach Bauleileistungen. So werden vor allem auch verstärkt öffentliche Investitionen gefordert.

Zum Tiefbau gehören entsprechend der wirtschaftssystematischen Gliederung als größte Bereiche Straßenbau sowie Erdbewegungsarbeiten und Landeskulturbau. Die Teilbereiche Wasser- und Spezialbau, Brunnenbau, bergbauliche Tiefbohrung werden als sonstiger Tiefbau zusammengefaßt.

Geringere Beschäftigteneinbuße als im Bundesdurchschnitt

Die Bauwirtschaft befindet sich seit Jahren in einer Rezessionsphase. Zwar ist die Zahl der Betriebe des Bauhauptgewerbes von Juni 1979 bis Juni 1984 in Rheinland-Pfalz um \pm 2,3% (90 Betriebe) gestiegen, gleichzeitig verringerte sich jedoch die Beschäftigtenzahl um 4 800 Personen bzw. 6,4%.

Ähnlich war die Entwicklung im Tiefbau. Hier nahm die Zahl der Betriebe um 13% auf 556 Betriebe zu, der Personalstand ging um 2,3% zurück. Der rheinland-pfälzische Tiefbau liegt damit aber noch günstiger als der Bundesdurchschnitt. Im Bundesgebiet ist die Zahl der Tiefbaubetriebe im Verlauf der letzten fünf Jahre nahezu konstant geblieben (+ 1,1%), der Rückgang des Personalstands war mit – 15% allerdings deutlich stärker.

Der Anteil der Betriebe mit weniger als zehn tätigen Personen erhöhte sich im Verlauf der letzten fünf Jahre um 6 Prozentpunkte. Dagegen reduzierte sich der Anteil der Mittel- und Großbetriebe mit mehr als 20 Beschäftigten um 5,3 Prozentpunkte. In den Teilbereichen verlief die Entwicklung entsprechend. Lediglich im Straßenbau nahm auch der Anteil der größeren Betriebe (+ 2,1 Prozentpunkte) zu.

Entwicklung im Tiefbau günstiger

Ende Juni 1984 gab es in Rheinland-Pfalz 3 928 dem Bauhauptgewerbe zugehörige Betriebe. Sie beschäftigten 70 000 Personen. Etwa jeder siebte Betrieb und jeder vierte Beschäftigte zählte zum Tiefbausektor. Jede vierte im Bauhauptgewerbe erwirtschaftete Mark wurde im Tiefbau umgesetzt.

In den vergangenen fünf Jahren beeinflußte der Tiefbausektor die Gesamtentwicklung meist positiv. Stellt man die Veränderungsraten der Betriebs- und Beschäftigtenzahlen vom Tiefbau und den anderen Bereichen des Bauhauptgewerbes gegenüber, ergeben sich für den Tiefbausektor zumeist günstigere Werte. Vor allem die jährliche Veränderungsrate der Betriebszahl war im Tiefbau seit 1979 günstiger als die des übrigen Bauhauptgewerbes. Die Zahl der Tiefbaufirmen erhöhte sich in den Jahren 1980 bis 1982 um 3,1 bzw, + 4,2 und + 4,7%. Im Jahre 1983

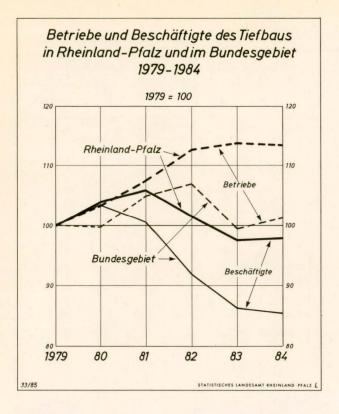
Betriebe und Beschäftigte im Tiefbau 1980 - 1984

		Betrie	ebe		Beschäftigte					
Jahr			Straßen- bau			Erd- bewegungs- arbeiten	Straßen- bau	sonstiger Tiefbau		
				Anzahl						
1980 1981 1982 1983 1984	506 527 552 558 556	96 107 133 137 140	204 207 202 203 202	206 213 217 218 214	16 864 17 194 16 455 15 838 15 897	800 801 873 835 841	10 676 10 607 9 953 9 759 9 849	5 388 5 786 5 629 5 244 5 207		
			Verände	rung zum Vo	orjahr in %					
1980 1981 1982 1983 1984	3,1 4,2 4,7 1,1 - 0,4	4,3 11,5 24,3 3,0 2,2	5,7 1,5 - 2,4 0,5 - 0,5	3,4 1,9 0,5 - 1,8	3,7 2,0 - 4,3 - 3,7 0,4	- 4,9 0,1 9,0 - 4,4 0,7	8,3 - 0,6 - 6,2 - 1,9 0,9	- 3,3 7,4 - 2,7 - 6,8 - 0,7		

Betriebe, Beschäftigte und Umsatz im Tiefbau in den Verwaltungsbezirken im Juni 1984

	Beti	riebe	Besch	näftigte		er Jahresumsat 183 .)
Verwaltungsbezirk	ins- gesamt	Straßenbau	ins- gesamt	Straßenbau	ins- gesamt	Straßenbau
		Anz	ahl		1 00	0 DM
Kreisfreie Stadt Koblenz	17	4	685	348	57 361	29 394
Landkreise Ahrweiler Altenkirchen (Ww.) Bad Kreuznach Birkenfeld Cochem-Zell Mayen-Koblenz Neuwied Rhein-Hunsrück-Kreis Rhein-Lahn-Kreis Westerwaldkreis	16 18 16 13 15 41 28 17 14	3 9 6 4 19 11 7 7 22	207 932 373 448 571 1 048 709 727 571 1 218	35 859 270 756 563 453 433 492 938	19 841 120 832 35 974 117 209 108 766 74 959 81 643 45 589 135 949	8 656 114 356 25 281 89 060 55 930 44 050 53 757 39 229 115 460
RB Koblenz	244	98	7 489	5 147	798 123	575 173
Kreisfreie Stadt Trier Landkreise Bernkastel-Wittlich Bitburg-Prüm Daun Trier-Saarburg	8 26 23 12 22	8 8 7	574 641 538 262 860	472 247 400 456	76 197 65 889 62 766 21 674 85 181	68 715 30 388 41 778 47 008
RB Trier	91	29	2 875	1 575	311 707	187 889
Kreisfreie Städte Frankenthal (Pfalz) Kaiserslautern Landau i.d.Pfalz Ludwigshafen a.Rhein Mainz Neustadt a.d.Weinstr. Pirmasens Speyer Worms Zweibrücken	} 10	4 6 7 5 6	264 958 574 54 123 187 139 123	82 643 306 119 } 201	32 524 94 097 76 263 4 506 9 027 15 371 10 476 10 078	8 524 64 004 40 712 9 068 17 018
Landkreise Alzey-Worms Bad Dürkheim Donnersbergkreis Germersheim Kaiserslautern Kusel Südliche Weinstraße Ludwigshafen Mainz-Bingen Pirmasens	15 6 12 9 28 10 25 8 24 13	} 6 7 3 10 4 7 10	373 109 300 76 1 004 142 336 113 524 134	316 306 36 495 16 212 }	35 101 8 735 26 353 7 420 103 284 8 129 35 611 13 313 56 092 11 541	28 402 24 373 2 291 50 297 326 24 967 43 610
RB Rheinhessen-Pfalz	221	75	5 533	3 127	557 921	313 592
Kammerbezirk Rheinhessen Pfalz	61 160	21 54	1 610 3 923	932 2 195	177 932 379 989	104 308 209 284
Rheinland-Pfalz Kreisfreie Städte Landkreise	556 96 460	202 38 164	15 897 3 681 12 216	9 849 2 171 7 678	1 667 751 385 900 1 281 851	1 076 654 237 435 839 219

¹⁾ Ohne Umsatzsteuer.



betrug die Steigerung + 1,1%. Geringfügig rückläufig ist dagegen der Wert für 1984 (- 0,4). Die Veränderungsraten des übrigen Bauhauptgewerbes lagen zwischen + 1,1 und - 0,6% und damit durchweg unter den Ergebnissen für den Tiefbaubereich.

Der Personalstand des Tiefbaus veränderte sich nur in den Jahren 1982 und 1983 ungünstiger als in den übrigen Branchen. Hier standen Rückgänge von 4,3 bzw. 3,7% im Tiefbau einem um 3,7 bzw. 2,1% geringeren Beschäftigtenstand gegenüber. Während die Zahl der tätigen Personen Mitte 1984 im übrigen Bauhauptgewerbe abermals rückläufig war (– 0,5%), beschäftigten die Tiefbaufirmen 0,4% mehr Personen als vor Jahresfrist.

Stand der Beschäftigten stabilisierte sich

In Rheinland-Pfalz führten im Juni des vergangenen Jahres 556 Betriebe schwerpunktmäßig Tiefbauarbeiten aus. Das sind zwei weniger als im Juni 1983. Der Bereich Erdbewegungsarbeiten/Landeskulturbau zählte 140, der Straßenbau 202 Betriebe. Mit der Ausführung sonstiger Tiefbauarbeiten waren 214 Betriebe beschäftigt.

Während die Betriebsstruktur des Straßenbaus zu 65% von Mittel- und Großbetrieben mit mehr als 20 Beschäftigten geprägt ist, dominieren im Sektor Erdbewegungsarbeiten/Landeskulturbau und im sonstigen Tiefbau die kleineren Betriebe. Der Anteil der Betriebe mit bis zu 19 tätigen Personen beträgt hier 94 bzw. 60%.

Die in den Vorjahren zu beobachtende rückläufige Entwicklung der Zahl der Beschäftigten setzte sich 1984 nicht fort. Vielmehr stabilisierte sich die Arbeitsmarktlage. Mit 15 900 Beschäftigten nahm die Zahl der im Tiefbau tätigen Personen gegenüber 1983 leicht zu (+ 0,4%). Die meisten, nämlich 62% oder 9 800 Personen, waren im Straßenbau tätig. Der

sonstige Tiefbau beschäftigte 5 200, der Bereich Erdbewegungsarbeiten/Landeskulturbau 800 Kräfte.

Von den im Tiefbau Tätigen waren Ende Juni 1984 zwei Drittel als Facharbeiter oder Fachwerker beschäftigt. Jeder Neunte übte eine aufsichtsführende Tätigkeit aus. Die Zahl der Poliere, Meister und Vorarbeiter verminderte sich damit gegenüber 1983 um 2,1%. Die Tiefbaufirmen beschäftigten Mitte 1984 rund 2 000 Angestellte. Davon sind zwei Drittel dem kaufmännischen und ein Drittel dem technischen Bereich zuzuordnen. Der Anteil an tätigen Inhabern und unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen beläuft sich auf 3,2% der Gesamtbelegschaft.

Höher als je zuvor war die Zahl der gewerblich Auszubildenden einschließlich der Umschüler, Anlernlinge und Praktikanten. So gaben die Tiefbaufirmen 350 jungen Menschen die Möglichkeit einer Ausbildung zum Facharbeiter. Die Zahl der Auszubildenden liegt damit um 17% über dem Vorjahreswert und ist fast doppelt so hoch wie vor fünf Jahren. Im Straßenbau wurden 16% mehr Personen ausgebildet als 1983 und fast 50% mehr als 1981.

Im Juni 1984 leisteten die Beschäftigten des Tiefbausektors 2,1 Mill. Stunden. Das sind arbeitstäglich gerechnet 2,8% weniger als im Juni des Vorjahres. Dabei fiel der Rückgang im sonstigen Tiefbau (– 4,6%) und im Bereich Erdbewegungsarbeiten/Landeskulturbau (– 5,2%) stärker aus als im Straßenbau (– 1,8%).

Bei der Totalerhebung im Bauhauptgewerbe werden der im Juni des Erhebungsjahres getätigte Umsatz und der Gesamtumsatz des vorhergehenden Kalenderjahres erfragt. Die rheinland-pfälzischen Tiefbaufirmen erzielten im Juni 1984 Umsätze in Höhe von 142 Mill. DM, das sind 16% weniger als im Vorjahresmonat. Diese erhebliche Reduzierung ist im wesentlichen auf das überhöhte Juniergebnis des Vorjahres zurückzuführen, das durch die beschleunigte Rechnungserstellung vor der Mehrwertsteuererhöhung bedingt war.

Der im Jahre 1983 erwirtschaftete baugewerbliche Umsatz des Tiefbaus beträgt 1,7 Mrd. DM. Der Vorjahresumsatz wurde damit um 1,9% übertroffen. Umsatzstärkster Bereich war mit 1,1 Mrd. DM der Straßenbau (+ 2,8%). Es folgen mit 512 Mill. DM der sonstge Tiefbau (+ 1,2%) und mit 78 Mill. DM Erdbewegungsarbeiten/Landeskulturbau (- 5,8%).

Der aus nichtbaugewerblichen Tätigkeiten erzielte Umsatz machte mit 42 Mill. DM auch 1984 nur 2,5% des Branchenumsatzes aus.

Rückgang der Auftragseingänge im Tiefbau geringer

Die im Rahmen der monatlichen Bauberichterstattung bei den Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten erfaßten Auftragseingänge waren von Januar bis Dezember 1984 um 8,7% geringer als im Vorjahr.

Bei den Tiefbauunternehmen gingen im Jahre 1984 Aufträge im Werte von 1,6 Mrd. DM ein. Dies sind 2,2% weniger als 1983. Der als wichtiger Frühindikator für den weiteren Verlauf der Bauproduktion anzusehende Wert der Ordereingänge ist somit im Tiefbau weniger stark zurückgegangen als in der Gesamtbranche.

Diplom-Betriebswirt (FH) U. Specht

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Poriobtemed	Einheit	1982		1983			19	84		1985
Berichtsmerkmal	Einneit	Monatsdu	rchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit * Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 639	3 634	3 634	3 633	3 632	3 623	3 622		
bovolkolding dill mondisende										
Natürliche Bevölkerungsbewegung * Eheschließungen 1)	Anzahl	1 917	1 943	1 250	2 128	877 ^P	1 592 ^p	1 397 ^P	1 706 ^p	703 ^F
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,4	4,2	6,9	2.8	5 25	4 75	5 51	2 31
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 094	2 952	2 699	2 775	2 497 ^P	3 181 ^p	2 8505	2 657	2 962F
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	9,7	9,0	9,0	8,1 ^p	10,3P	9,6 ^P 3 610 ^P	8,6 ^P 3 409 ^P	9,6F 3 959F
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 631	3 705	3 683 12,3	3 736	3 592 ^p 11,6 ^p	3 928 ^p 12,8 ^p	12,1 ^p	11,1 ^p	12,9F
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr * Im 1, Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl Anzahl	12,0 34	12,2	39	31	181	431	405	11,1	14,7
* je 1 000 Lebendgeborene 4) * Überschuß der Geborenen bzw.	Anzahl	11,0	10,9	13,8	10,6	6,5P	13,7P	13,9P		
Gestorbenen (-)	Anzahl	- 536	- 753	- 984	- 961	- 1 095 ^P - 3,5 ^P	- 747 ^P - 2,4 ^P	- 760 ^P	- 752 ^P - 2,4 ^P	- 997F - 3,2F
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,8	- 2,5	- 3,3	- 3,1	- 3,5-	- 2,4	- 2,6-	- 2,4	- 3,2-
Wanderungen über die Landesgrenze	N M						V.			
* Zugezogene	Anzahl	7 490	7 066	7 533	6 258	5 702	8 027	5 758		
Ausländer	Anzahl	1 645	1 413	1 827	1 273	1 438	2 026	1 428		
Erwerbspersonen	Anzahl	4 036	3 643	7 464	6 017	5 020	7 429	6 551		
* Fortgezogene Ausländer	Anzahl Anzahl	7 347 1 751	6 565	7 464 2 066	6 017 1 642	5 938 1 540	1 949	1 698		
Erwerbspersonen	Anzahl	4 126	3 542	2 000	1 042	1 340	1 747	1 070	:::	
* Wanderungssaldo	Anzahl	143	501	69	241	- 236	598	- 793		
Ausländer	Anzahl	- 106	- 312	- 239	- 369	- 102	77	- 270		
Erwerbspersonen * innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl Anzahl	- 90 11 193	101 11 553	12 901	10 750	10 029	11 346	10 731		
Arbeitsmarkt							0/5	11/ 551	10/ 155	350 (04
* Arbeitslose * Männer	Anzahl Anzahl	100 365 56 124	122 256 69 433	115 907 62 587	127 836 73 162	142 327 86 241	111 265 58 650	116 571 62 818	126 175 71 458	150 694 93 710
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u, forstwirtschaftl, Berufe	Anzahl				3 232				2 966	
Bauberufe	Anzahl				9 563		H = H .		11 027	
Industrielle u.handwerkl.Berufe Arbeitslosenquote	Anzahl %	7,1	8,5	8,1	48 511 8,9	9,9	7,7	8,1	45 138 8,8	10,5
Offene Stellen	Anzahl	5 945	4 123	3 465	3 312	3 386	3 938	3 693	3 651	3 898
Männer	Anzahl	3 546	1 123	3 103		3 300	3 730	3 0,3	3 031	3 0,0
Ausgewählte Berufsgruppen										
Land- u.forstwirtschaftl.Berufe	Anzahl				113				165	
Bauberufe	Anzahl Anzahl				138 957				1 169	
Industrielle u handwerkl Berufe Kurzarbeiter	Anzahl	27 349	29 026	19 858	18 141	23 695	15 801	14 969	15 894	24 654
Männer	Anzahl	20 846	22 820	16 123	15 006	20 798	11 023	11 351	12 596	21 987
Landwirtschaft										
Viehbestand	4 000	(20	/20		(20				(27	
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	638 228	638 230		638 230				637 227	
* Milchkühe * Schweine	1 000	658	677		677				640	
Mastschweine	1 000	228	249		249				227	
* Zuchtsauen	1 000	75	76		76				75	
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	48	48		48				48	
Schlachtungen * Rinder	Anzahl	16 911	16 577	18 450	18 508	16 933	20 963	19 704	18 041	18 183
* Kälber	Anzahl	305	263	281	382	183	321	354	420	296
* Schweine	Anzahl	113 152	114 815	119 120	125 501	119 376	124 950	119 819	121 291	111 051
* Hausschlachtungen	Anzahl	11 176	11 148	18 580	18 484	15 785	9 033	15 918	16 362	13 482
Schlachtmengen 6)	t	14 139	14 275	15 153	15 893	14 683	16 218	15 509	15 233	14 313
* Rinder	t	4 890	4 840	5 301	5 348	4 945	5 929	5 585	5 199	5 168
* Kälber	t	29	24	29	37	18	36	39	47	31
* Schweine	t	9 109	9 302	9 692	10 349	9 607	10 106	9 750	9 833	9 020
Geflügel							1	11111		
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	60	56		92	32			-	28
Milah		R E 1919		172 -4	14		179.1			
Milch * Milcherzeugung	1 000 t	78	82	72	74	78	72	69	73	75
* an Molkereien und Händler										
geliefert	%	95,2	95,4	94,5	95,2	94,9	94,6	92,8	92,4	93,1
9										

¹⁾ Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Berichtsmerkmal	Einheit	1982		1983			19	84		1985
DOI TOTAL OTTO TATALO	Limitat	Monatsdu	rchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Janua
								7		
Produzierendes Gewerbe	1									
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe 1		2 042	2 732	2 721	2 721	2 704	2 674	2 (70	2 (70	2 /6
Betriebe	Anzahl	2 843 378		2 721	2 721 362	2 704	2 674	2 670	2 670	2 68
Beschäftigte	1 000	264	362 251	364 253	251	360	364	364	362 251	24
Arbeiter 2)	1 000	37 250	35 740	37 125	34 360	249 36 722	252 38 945	252 37 190	32 137	35 39
Geleistete Arbeiterstunden Löhne und Gehälter	1 000	1 139	1 147	1 383	1 458	1 120	1 165	1 425	1 508	1 14
Löhne	Mill. DM Mill. DM	678	675	803	830	660	711	827	843	67
Gehälter	Mill. DM	461	472	580	628	460	454	598	665	47
Kohleverbrauch	1000 t SKE 3)	80	87	99	97	108	109	100	94	
Gasverbrauch	Mill.cbm	172	205	221	231	230	204	234	227	
Heizölverbrauch	1 000 t	120	93	100	110	104	76	86	80	
leichtes Heizöl	1 000 t	18	16	19	21	21	14	20	18	
schweres Heizöl	1 000 t	102	77	81	89	83	62	66	62	
Stromverbrauch	Mill.kWh	949	958	1 000	962	999	1 119	1 007	959	9
Stromerzeugung	Mill. kWh	195	181	214 6 774	219	216	238	195	185	2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 257	6 388		7 149	6 197	7 366	7 090	6 819	6 4
Auslandsumsatz	Mill, DM	2 271	2 185	2 345	2 568	2 317	2 675	2 491	2 448	2 4
Produktionsindex										
von Kalenderunregelmäßigkeiten										
bereinigt)										
	1000 100	04	04	100	07	00	00	107	103 ^P	
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100 1980 = 100	96	96 97	109	97	90 94	99	107	103 ²	
ohne Bauhauptgewerbe		96		110	100	91	99	109		
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	90	96	108	98	91	98	107	104	
Grundstoff- und Produktions-	1980 = 100	92	96	104	88	99	101	104	96	
gütergewerbe	1300 = 100	76	70	104	00	77	101	104	70	
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	82	81	95	63	53	92	90	75	
Chemische Industrie	1980 = 100 1980 = 100	95	102	109	94	110	111	115	107	1
Investitionsgüter produzierendes	1300 = 100	,5	102	107	/1	110	111	113	101	
Gewerbe	1980 = 100	106	101	116	120	85	94	110	121	
Maschinenbau: Büromaschinen,	1000 = 100				200	00		110	101	
ADV - Geräte und -einrichtungen	1980 = 100	103	93	107	128	64	86	103	132	
Verbrauchsgüter produzierendes			1				-3.5			
Gewerbe	1980 = 100	92	92	102	87	91	95	102	93	
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	98	96	106	82	105	96	86	76	
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	95	97	120	100	82	107	123	113	
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	92	89	105	73	62	97	99	81	
Handwerk 4)	1070 100	101	101		100				99	
Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	131	136		155				160	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 ₌ 100	131	130		195				100	
								4 3		
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill, kWh	206	200	216	256	296	315	283	304	
Strombezug 5)	Mill. kWh	2 233	2 285	2 411	2 588	2 578	2 409	2 579	2 611	
Stromlieferungen 5)	Mill. kWh	815	766	728	873	889	881	992	1 007	
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 623	1 720	1 899	1 971	1 985	1 843	1 870	1 908	
Gaserzeugung	Mill, cbm	0,1	0,1	0,2	0,3					- 3
Gasbezug	Mill. cbm	299	335	423	473					
Gasverbrauch	Mill, cbm	280	315	394	437	448	311	404	432	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen	100									1 4 5
bauwii tschaft und womlungswesen										
Bauhauptgewerbe										100
Beschäftigte	Anzahl	70 389	68 631	70 390	69 208	65 127	68 917	67 905	66 473	62 3
Facharbeiter	Anzahl	37 460	35 621	35 751	35 009	33 308	35 460	34 416	33 394	31 2
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 316	15 621	16 860	16 459	14 395	15 970	16 026	15 722	13 9
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 233	8 084	9 053	6 579	5 920	9 535	8 454	6 171	3 4
Privater Bau	1 000	5 205	5 209	5 742	4 383	4 295	5 925	5 266	3 875	2 !
Wohnungsbau	1 000	3 336	3 360	3 753	2 714	2 714	3 834	3 373	2 374	1 !
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	63	54	63	36	42	77	65	35	
Gewerblicher und industrieller		2/ 2000	-					4.5		
Bau	1 000	1 806	1 795	1 926	1 633	1 539	2 014	1 828	1 466	1 (
Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 028	2 875	3 311	2 196	1 625	3 610	3 188	2 296	
Hochbau	1 000	707	660	781	545	483	834	746	553	3
Tiefbau	1 000	2 321	2 216	2 530	1 651	1 142	2 776	2 442	1 743	
Straßenbau	1 000	1 264	1 203	1 334	832	578	1 557	1 311	940	3
Löhne und Gehälter	Mill. DM	178	185	255	188	133	200	244	181	
Löhne	Mill, DM	150	156	216	154	105	173	206	149	
Gehälter	Mill. DM	28	29	39	34	28	27	38	32	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	504	529	643	631	339	669	706	701	2

¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 5) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).

Berichtsmerkmal	Einheit	1982		1983			19	0 4 T		1985
		Monatsdu	rchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Janua
							2 2 2			
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	805	1 015	870	652	708	697	685	516	57
mit 1 Wohnung	Anzahl	516	637	511	394	438	421	450	344	38
mit 2 Wohnungen	Anzahl	219	280	244	181	164	205	175	115	13
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	70	99	115	77	106	71	60	57	62
Umbauter Raum	1 000 cbm	904	1 144	1 131 193	814 139	925 159	760 128	674 112	581 98	10
Wohnfläche	1 000 qm	149 6 979	189 8 950	9 115	6 605	7 613	6 028	5 398	4 740	5 02
Wohnräume Veranschlagte Kosten	Anzahl	0 /1/	0 /30	, 113	0 005	. 013	0 020	3 370	2	
der Bauwerke	Mill, DM	270	356	364	262	291	243	216	181	1
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	3	3	3	3	2	3 139	3 109	17
Unternehmen	Anzahl	98 704	116 896	151 716	86 563	125 580	124 571	543	404	4
Private Haushalte Nichtwohngebäude (Errichtung neuer	Anzahl	704	070	710	303	300	311	343	101	1
Gebäude)	Anzahl	162	196	157	170	171	169	157	151	1
Umbauter Raum	1 000 cbm	641	693	512	876	612	783	508	616	5
Nutzfläche	1 000 qm	110	119	88	136	107	122	89	101	1
Veranschlagte Kosten			105	111	125	122	10/	112	110	2.0
der Bauwerke	Mill. DM	134	135	111	135	133	106	112	119	1
Bauherren Öffentliche Bauherren	Anzahl	27	28	29	28	28	29	27	51	
Unternehmen	Anzahi	132	165	127	141	141	135	127	100	1
Private Haushalte	Anzahl	3	3	1	1	2	5	3	-	
Wohnungen insgesamt					1 100					
(alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 823	2 254	2 467	1 905	2 056	1 532	1 305	1 150	1 2
	- 5, 1	Heri								
Handel und Gastgewerbe								*		
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 240	2 133	2 268	2 352	2 216	2 683	2 503	2 205	
Nach Warengruppen										
Emährungswirtschaft	Mill, DM	135	139	160	153	126	200	219	174	
Gewerbliche Wirtschaft	Mill, DM	2 106	1 994	2 108	2 199	2 090	2 483	2 284	2 031	
Rohstoffe	Mill. DM	19	19	18	20 170	19 167	23 204	24 191	20 142	
Halbwaren Fertigwaren	Mill, DM Mill, DM	142 1 945	142 1 834	169 1 922	2 009	1 904	2 257	2 069	1 870	
Vorerzeugnisse	Mill. DM	614	692	754	752	767	916	842	719	
Enderzeugnisse	Mill. DM	1 331	1 142	1 168	1 258	1 137	1 341	1 227	1 151	
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
EG-Länder	Mill, DM	940	959	1 017	968	1 060	1 260	1 197	975	
Belgien / Luxemburg	Mill, DM	156	160	183	165	184	241	194	156	
Dänemark Frankreich	Mill. DM Mill. DM	33 284	35 278	39 276	36 276	306	44 320	47 323	33 258	
Griechenland	Mill, DM	19	19	17	19	22	23	21	19	
Großbritannien	Mill. DM	146	164	182	159	174	244	222	178	
Irland	Mill. DM	7	7	8	10	- 5	7	9	- 6	٠,
Italien	Mill. DM	154	153	170	148	165	211	196	179	
Niederlande	Mill. DM	140	142 97	142 108	156 103	163 94	170 134	185 119	145 98	
Österreich Schweiz	Mill, DM Mill, DM	91 96	107	103	101	107	131	127	116	
USA und Kanada	Mill, DM	106	140	142	172	131	187	192	150	
Entwicklungsländer	Mill. DM	629	472	492	551	465	467	399	441	
Staatshandel sländer	Mill, DM	93	102	140	157	105	130	127	104	
infuhr (Generalhandel)										1111
infuhr insgesamt	Mill, DM	1 491	1 515	1 707	1 668	1 613	1 604	1 624	1 542	
Vach Warengruppen Ernährungswirtschaft	Mill. DM	186	198	227	246	229	201	234	212	
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 305	1 318	1 480	1 422	1 384	1 403	1 390	1 330	
us ausgewählten Ländern			+							
EG-Länder	Mill. DM	747	759	884	775	710	857	851	768	
Belgien / Luxemburg	Mill, DM	202 14	205 15	219 19	201 15	169	190 23	197	173 21	
Dänemark Frankreich	Mill, DM Mill, DM	182	183	230	206	172	197	210	182	
Griechenland	Mill, DM	7	6	6	7	5	6	17	20	į.
Großbritannien	Mill. DM	38	48	59	53	43	63	72	58	
Irland	Mill. DM	3	3	2	4	2	2	2	2	
Italien	Mill. DM	127	136	149	133	121	187	145	138	
Niederlande	Mill. DM	175	161	200	155	179	190	185	173	
Österreich	Mill. DM	42	47	50	71	49	58	52	47	
Schweiz USA und Kanada	Mill. DM Mill. DM	27 115	36 111	39 118	40 125	34 131	46 93	130	53 143	
Entwicklungsländer	Mill, DM	345	345	343	438	414	249	241	241	

Berichtsmerkmal	Einheit	1982		1983				84		198
		Monatsdu	rchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Janua
Einzelhandel	4									
Beschäftigte	1980 ₌ 100	94	94	96	96	95	95	96	96	
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	101	105	115	139	96	112	112	134	
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	104 100	109 101	113 124	130 149	100	116 124	115 121	128 153	
Textilien, Bekleidung, Schuhe Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	99	99	124	149	88	111	118	137	
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	100	106	142	211	107	113	134	205	
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100 1980 = 100	98	100	104	161	84	96	98	150	
Pharmazeutische und kosmetische	1300 = 100	/-		7.7.2			,,,			
Erzeugnisse	1980 = 100	107	114	115	132	112	121	118	130	
Tankstellen (Abs.i.eig.Namen)	1980 = 100	125	114	107	100	114	153	135	119	
Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	98	107	108	107	106	125	111	118	
Sonstige Waren	1980 = 100	99	101	110	143	92	99	102	129	
Umsatz zu Preisen von 1980	1980 = 100	91	92	100	122	83	96	97	115	
Nahrungs- und Genußmittel	1980 = 100	93	95	99	114	87	101	100	111	
Textilien, Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	91	90	109	131	77	107	104	131	
Einrichtungsgegenstände	1980 = 100	88	86	104	126	75-	93	99	115	
Elektrotechnische Erzeugnisse	1980 = 100	95	100	133	199	101	106	126	192	
Papierwaren und Druckerzeugnisse	1980 = 100	88	86	89	137	72	81	83	126	
Pharmazeutische und kosmetische		00	100	00	115	00	102	101	111	
Erzeugnisse	1980 = 100	99	100	99	115	98 97	103	101	111	
Tankstellen (Abs.i.eig.Namen) Fahrzeuge, Fahrzeugteile	1980 = 100	108	100 95	92 95	84 94	86	126 106	113 93	100 99	
Sonstige Waren	1980 = 100 1980 = 100	89	89	97	125	80	85	88	111	
Solistige Water	1960 = 100	07	07	71	125	80	05	00	111	
Gastgewerbe										111
									- 1	70
Beschäftigte	1980 = 100	92	97	93	92	91	105	98	95	
Teilbeschäftigte	1980 = 100	88	99	96	96	94	121	109	109]
Umsatz	1980 = 100	103	105	96	93	94	123	100	100	
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	112	113	102	91	90	156	111	98	
Gaststättengewerbe	1980 = 100	97	96	91	94	95	102	93	101	
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden					× 1					100
Fremdenmeldungen	1 000	417	429	281	198	175	649	301		
Ausländer	1 000	71	77	34	26	26	116	46		
Fremdenübernachtungen	1 000	1 527	1 502	810	693	607	2 077	922		
Ausländer	1 000	211	237	87	82	72	341	124	***	
					12					
Verkehr										
Binnenschiffahrt										
										M. 12
Güterempfang	1 000 t	1 468	1 475	1 359	1 487	1 400	1 632	1 546	1 424	1 2
Güterversand	1 000 t	1 286	1 183	973	1 040	1 106	1 282	1 067	871	5
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahr-										
zeuge	Anzahl	12 750	14 017	11 082	9 372	12 080	13 327	10 532	8 492	10 (
Krafträder	Anzahl	1 489	1 339	397	341	459	459	277	200	
Personen- und Kombinations-					7. 1					
kraftwagen	Anzahl	10 443	11 726	9 954	8 205	10 889	11 990	9 594	7 749	9
Lastkraftwagen	Anzahl	440	538	494	491	521	509	424	318	
Zugmaschinen	Anzahl	285	315	151	238	162	309	189	184	
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	9 125	9 323	9 458	10 055	10 076	11 075	10 254	10 145	10
						- v				
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 794	1 892	1 654	1 601	1 492	1 860	1 608	1 595	
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 331	7 431	7 804	8 454	8 584	9 215	8 646	8 550	9 (
Verunglückte Personen	Anzahl	2 440	2 576	2 242	2 191	2 058	2 489	2 170	2 158	1 :
Getötete	Anzahl	60	61	53	63	41	69	61	64	.4
Pkw-Insassen	Anzahl	29	32	32	37	16	32	19	29	
motorisierte Zweiräder	Anzahl	13	12	4	6	4	12	8	6	
Fußgänger	Anzahl	11	11	11	16	16	14	26	20	
Verletzte	Anzahl	2 379	2 515	2 189	2 128	2 017	2 424	2 109	2 101	1
Pkw-Insassen	Anzahl	1 280	1 393	1 380	1 450	1 446	1 313	1 254	1 350	
motorisierte Zweiräder	Anzahl	579	603	375	234	220	575	391	290	
Fußgänger	Anzahl	235	224	206	244	187	229	243	249	
Schwerverletzte	Anzahl	752	801	689	667	595	728	604	631	
Pkw-Insassen	Anzahl	371	410	427	420	393	327	341	359	
		100	200	116	76	73	210	119	100	
motorisierte Zweiräder Fußgänger	Anzahl Anzahl	198	208	92	110	90	110	96	102	

Berichtsmerkmal	Fishele	1982				19	83						19	84				19	85
berrontsmerkmar	Einheit	Mona	tsdu	chschn	itt	Nover	nber	Dezen	nber	Janu	ar	Oktob	oer	Nover	nber	Dezer	mber	Jan	uar
Geld und Kredit																			
Kredite und Einlagen 1) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)																			
* Kredite an Nichtbanken insgesamt * darunter: Kredite an inländische	Mill, DM	68			923		645		923		493		677		025		876		638
Nichtbanken an Unternehmen und Privatpersonen an öffentliche Haushalte Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr) an Unternehmen u.Privatpersonen an öffentliche Haushalte Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre) an Unternehmen u.Privatpersonen	Mill, DM		993 266 238 155	58 12 15 14 1 9	328 913 416 322 209 113 676 712	57 12 14 13	051 611 440 689 698 991 632 663	58 12 15 14 1 9	328 913 416 322 209 113 676 712	58 12 14 13 1 9	920 590 330 958 872 086 495 606	61 12 15 14 1 9	951 805 146 963 917 046 324 669	62 12 16 15	268 135 134 002 091 911 240 600	62 12 16 15	246 357 889 309 591	62 12 15 15 7	986 143 842 160 500
an öffentliche Haushalte Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre) an Unternehmen u Privatpersonen an öffentliche Haushalte	Mill. DM Mill. DM Mill. DM Mill. DM	42 33		46 36	964 331 993 338	45 36	970 729 250 479	36	964 331 993 338	46 37	890 467 112 354	48 39	655 664 219 445	49 39	640 026 443 583	40	556	49 40	659 715 130 585
Einlagen von Nichtbanken Sichteinlagen von Unternehmen u.Privatpers. von öffentlichen Haushalten Termingelder von Unternehmen u.Privatpers.	Mill. DM Mill. DM Mill. DM Mill. DM Mill. DM Mill. DM	7 19 17	840 350 491 487 974	8 8 20 18	426 744 058 687 136 562	9 8 20 18	591 170 396 774 279 782	8 8 8 20	426 744 058 687 654 136	8 7 20 18	644 000 423 576 342 883	8 7 22 20	360 099 504 595 092 670	9 8 22 21	167 305 547 758 473 025	9 8 22 20		22 21	718 605 652 134
von öffentlichen Haushalten * Spareinlagen * bei Sparkassen	Mill. DM Mill. DM	28 17		30	574 546 917	29	497 142 078	1	562 574 546	30	459 302 868	30	421 170 864	30	448 389 004	31	539 910 916	32	518 014 023
* Gutschriften auf Sparkonten 2) * Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM Mill. DM	100	652 446		702 569		357 247		033 631		687 933		493 354		423 204		965 444		404 300
Zahlungsschwierigkeiten * Konkurse 3) Angemeldete Forderungen * Vergleichsverfahren * Wechselproteste (ohne Post) * Wechselsumme	Anzahl 1 000 DM Anzahl Anzahl 1 000 DM		66 080 1 140	1	74 106 1 022 041		72 534 - 930 542		76 174 - 885 009	1 331	. 65 040 - 882 895		59 819 2 911 853		91 362 - 865 682	1	64 953 1 023 787		76 639 - 898 986
Steuern																			
Steueraufkommen nach Steuerarten Gemeinschaftssteuern Steuern vom Einkommen Lohnsteuer 4) Einnahmen aus der Lohnsteuer-	1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM	1 158 793 559	980	1 210 822 581	046		780 808 796		637	965 514 530		453	343 930 339	881	128 467 288			1 016 597 593	
zerlegung Veranlagte Einkommensteuer Nichtveranlagte Steuern v.Ertrag Körperschaftsteuer 4) Einnahmen aus der Körperschaft-	1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM	107 128 16 89	325 977	108 102 14 123	263 531	- 25 4	742 861 290 583	9	736 174 666	34	749 440 994		242	- 13 9	975 130 818 491	23	484 528 076	20	233 253 6 019
steuerzerlegung * Steuern vom Umsatz * Umsatzsteuer * Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM	15 364 225 138	776 997	27 388 245 143	161	442 274	279 972 481 491	254	940 923 017	301	- 413 785 628		413 418 995	436 271	003 661 936 725	259	298 322 976	281	9 324 1 927 7 397
* Bundessteuern * Zölle * Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM	163 10 150	287	163 10 150	187	9	850 870 830		362 327 689	11	502 770 105	132 12 115	942	12	165 694 993	14	385 525 838	11	3 181 426 3 761
* Landessteuern * Vermögensteuer * Kraftfahrzeugsteuer * Biersteuer	1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM	72 16 35 6	819	18 36	660 706 183 154	53 30	968 428 626 358	1 27	787 722 587 824	2 37	944 529 715 466	6 40	641 252 380 510	40 30	504 802 936 456	1 25	854 898 668 734	1 40	7 096 1 795 0 828 5 578
* Gemeindesteuern 5) * Grundsteuer A * Grundsteuer B	1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM	445 7 75	922		379 046 892		,	6	724 606 674		:					7	436 357 289		-:
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto) Lohnsummensteuer 6) Grunderwerbsteuer	1 000 DM 1 000 DM 1 000 DM	324 26	57		509 - 17 823				833 31 348		:		:				838 45 777		

¹⁾ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31,12,1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite, -2) Einschl. Zinsgutschriften. -3) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. -4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. -5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. -6) Restzahlungen aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Berichtsmerkmal	Einheit	1982		1983			19	84		1985
o in one of the original of th	Limet	Monatsdur	chschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
Steuerverteilung auf die Gebiets- körperschaften								e		
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	771 187	791 067	807 500	1 338 118	571 285	600 623	791 565	1 324 773	583 52
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	334 820	359 736	365 584	688 284	221 608	192 001	380 423	766 398	255 02
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	250 197	258 426	294 585	279 936	295 685	250 488	286 021	273 996	274 66
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage * Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM 1 000 DM	12 610 587 855	8 920 615 866	481 675 136	25 536 950 182	- 4 510 500 521	26 075 441 618	956 695 535	25 994 1 047 460	530 23
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	343 248	357 758	363 467	687 217	220 602	190 167	377 555	765 452	254 19
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	159 510	173 528	205 220	186 642	221 485	156 735	217 520	206 160	208 29
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 610	8 920	481	25 536	- 4 510	26 075	956	25 994	64
* Steuereinnahmen der Gemeinden und										
Gemeindeverbände	1 000 DM	678 044	693 761		705 319				833 595	
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	247 575	248 246		204 332				331 160	
* Anteil an der Lohn- und veran-	1 000 DW	21. 313	210 210		204 332		•		331 100	
lagten Einkommensteuer	1 000 DM	309 408	307 645		370 096				381 838	
								-		
Preise	1.5									
						7 7 7 1				
Preisindex für die Lebenshaltung aller	1980 ₌ 100	111,9	115,6	116,7	117,0	117,5	119,0	119,2	119,3	120,
privaten Haushalte im Bundesgebiet Nahrungsmittel, Getränke Tabakwaren	1980 = 100 1980 = 100	111, 9	114,3	114,3	114,6	117,5	115,0	115,2	115,3	116,
Preisindex für Wohngebäude im Bundes-	1500 = 100	,-				113,3		,-		110,
gebiet, Bauleistungen am Bauwerk 2)	1980 ₌ 100	108,9	111,2	112,5				114,2		
						1 4 1				
		-,-								
Löhne und Gehälter										
Arhaitas										
Arbeiter						1				
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
massars, rison and rielbau					1					
Bruttowochenverdienste	DM	600	622			615	638			
Männliche Arbeiter	DM	639	665			654	678			
Facharbeiter	DM	675 602	705 629			692 618	713 644		•	***
Angelernte Arbeiter Hilfsarbeiter	DM DM	512	542			539	564			• • • •
* Weibliche Arbeiter	DM	430	438			447	455			
Hilfsarbeiter	DM	415	420			430	440			
									7 19	
Bruttostundenverdienste	DM	14,64	15,10			15,13	15,58			• • •
Männliche Arbeiter	DM	15,39 16,21	15,92 16,85			15,99 16,89	16,38 17,24			
Facharbeiter Angelernte Arbeiter	DM DM	14,59	15,09		•	15,13	15,55			• • •
Hilfsarbeiter	DM	12,57	13,20			13,25	13,74			
Weibliche Arbeiter	DM	11,01	11,17			11,35	11,61			
Hilfsarbeiter	DM	10,59	10,73			10,87	11,11			
Book to Washington Co.	0	43 6	43.3				47.6			
Bezahlte Wochenarbeitszeit Männliche Arbeiter	Std.	41,0 41,4	41,1 41,6			40,6	41,0			
Weibliche Arbeiter	Std.	39,1	39,1	:	•	39,4	39,2	:		• • • •
		-,,-	-,,1		•	37,1	37,2	•	•	•••
Angestellte									7 7 14	
Bruttomonatsverdienste	DM	3 154	3 236			3 299	3 428			
in Industrie und Handel zusammen Kaufmännische Angestellte	DM	2 810	2 876		*	2 931	3 036			
männlich	DM	3 410	3 561			3 621	3 705			
weiblich	DM	2 238	2 257			2 301	2 411			
Technische Angestellte	DM	3 898	4 021			4 089	4 255			
männlich	DM	3 990 2 712	4 101 2 859			4 170	4 340			• • • •
weiblich in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM DM	2 712 3 631	3 738		•	2 953 3 802	3 051 3 933	•		
Kaufmännische Angestellte	DM	3 291	3 385			3 445	3 543			
männlich	DM	3 883	4 046			4 125	4 213			
weiblich	DM	2 572	2 607			2 649	2 748			
Technische Angestellte	DM	3 943	4 076			4 137	4 293			
männlich	DM	4 026	4 164 2 874			4 221	4 384			
weiblich im Handel, bei Kreditinstituten	DM	2 794	2 014			2 963	3 052	•		• •
und Versicherungen	DM	2 509	2 525			2 584	2 676			
Kaufmännische Angestellte	DM	2 488	2 514			2 565	2 663			• • • •
	DM	3 021	3 125			3 174	3 243			
männlich										
weiblich	DM	2 053	2 057			2 100	2 209			

¹⁾ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. - 2) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal Bevölkerung und Erwerbstätigkeit Bevölkerung am Monatsende Eheschließungen 1) Lebendgeborene 2) Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	1 000 Anzahl Anzahl		onatsd	urchsch	nnitt	Okto	ober	Nove	mber	Deze	mber	Septe	mber	Okto	ber	Nove	ember	Deze	mber
Bevölkerung am Monatsende Eheschließungen 1) Lebendgeborene 2)	Anzahl	61																III	
Lebendgeborene 2)			638	61	423 ^p	61	353	61	331	61	307		089						
Überschuß der Geborenen bzw.	Anzahl	51	164 764 655	30 49	830 515 861	48	420 322 263	45	674 762 026	47	348 090 437	48	167 ^P 328 ^P 029 ^P	50	261 ^P 977 ^P 966 ^P	46	581 ^P 808 ^P 109 ^P		
der Gestorbenen (¬) Arbeitslose Männer Offene Stellen	Anzahl 1 000 1 000 1 000	- 7 1 1		2	346 258 273 76	2	941 148 153 72	2	264 193 199 67	2	347 349 344 64	2	701 ^P 143 155 91	2	989 ^P 145 155 85	-2	301 ^P 189 196 82	2	325 319 80
Männer Kurzarbeiter Männer	1 000 1 000 1 000		606 460		675 548		549 457		494 400		514 430		262 220		301 249		257 205		268 225
Landwirtschaft																		4	
Schweinebestand Schlachtmenge 4)	1 000 1 000 t	22	478 371	23	449 379		414		407	23	449 391		389		454		409	23	473 377
Produzierendes Gewerbe 5)																			
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt) Produzierendes Gewerbe insgesamt ohne Baugewerbe Berabau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100 1980 = 10 0 1980 = 100		95 96 95		95 96 96		101 101 101		106 106 106		98 101 100		103 103 104		110 110 110		110 111 111		100 102 101
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1980 = 100		91		94		98		102		89		100		103		103		89
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1980 ₌ 100		99		99		102		109		111		109		117		118		113
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe Nahrungs- und Genußmittelgewerbe Baugewerbe	1980 = 100 1980 = 100 1980 = 100		90 99 88		92 99 86		98 109 103		102 114 102		88 96 63		101 101 100		104 117 107		101 119 96		92 99 72
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe Beschäftigte Geleistete Arbeiterstunden Umsatz (ohne Umsatzsteuer) Auslandsumsatz	1 000 Mill. Mill. DM Mill. DM	107	226 689 031 000	109	927 660 389 603	115	934 689 019 504	119	920 689 023 793	120	876 635 616 238	121	913 654 494 809	131	737	126	904 693 259 278	119	864 584 022 437
Öffentliche Energieversorgung Stromerzeugung (brutto) Gaserzeugung 6)	Mill. kWh Mill. cbm		304 046		939 971		593 932		587 700		282 979		580 628		025 979	3	280		
Bauwirtschaft und Wohnungswesen																			
Bauhauptgewerbe Beschäftigte Geleistete Arbeitsstunden Umsatz (ohne Umsatzsteuer) Baugenehmigungen	1 000 Mill. Mill. DM		152 127 722		122 123 866		166 149 303		153 140 958		126 90 698		121 ^p 131 ^p 722 ^p		125 ^p 152 ^p 952 ^p		107 ^P 130 ^P 045 ^P	1	97
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude) mit 1 und 2 Wohnungen Wohnfläche	Anzahl Anzahl 1 000 qm	9	963 547 268	11	657 838 804	11	740 700 896	10	081 142 657	7	940 987 482	9	014 608 114	8	176 885 027	7	481 409 642	6	40° 47° 43°
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude) Wohnungen insgesamt (alle Bau-	Anzahl	2	650	3	215	2	845	2	570	2	231	2	730	2	521	2	389	1	975
maßnahmen)	Anzahl	27	135	34	964	36	810	34	558	33	085	26	182	25	914	21	067	18	496
Handel																			
Ausfuhr (Spezialhandel) EG-Länder Belgien/Luxemburg	Mill. DM Mill. DM Mill. DM	17	648 161 591	17	028 312 653	18	571 096 743	18	757 260 672	18	834 415 749	20	563 469 006	23	853 456 394	21	988 159 962	19	20 15 66
Dänemark Frankreich Griechenland	Mill, DM Mill, DM Mill, DM		704 011 391		715 630 384		790 664 418		802 618 365	4	811 917 467	5	864 736 379	6	960 145 454	5	917 459 423		85° 22° 43°
Großbritannien Irland Italien Niederlande	Mill. DM Mill. DM Mill. DM Mill. DM	2 3	610 142 698 014		950 151 674	2	048 158 887 388	3	229 163 072 338	2 3	163 160 781 367	3	465 168 237 594	4 3 4	312 233 767 192	3	732 204 517 945	3	20 14 11 50
Österreich Schweiz USA und Kanada Entwicklungsländer Staatshandelsländer	Mill, DM Mill, DM Mill, DM Mill, DM	1 1 2 6	719 808 555	1 3 5	844 865 002 599 884	1 3 5	058 952 543 191 911	1 3 5	087 959 881 708 092	1 4 6	009 964 206 312 429	2 4 4	077 125 186 786 808	2 2 4 6	489 968	2 5 5	210 295 423 851 143	2 4 5	89 02 99 87 55

¹⁾ Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweinehausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal / Nm3.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

		1982		19	83		1984					
Berichtsmerkmal	Einheit	Monatsdur	chschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember		
Einfuhr (Spezialhandel) EG-Länder Belgien / Luxemburg Dänemark Frankreich Griechenland Großbritannien Irland Italien Niederlande Österreich Schweiz USA und Kanada Entwicklungsländer Staatshandel sländer Einzelhandel Umsatz	Mill, DM	31 382 15 107 2 123 546 3 573 229 2 259 2 259 2 393 3 831 926 1 077 2 631 5 707 1 779	32 530 15 958 2 341 582 3 714 229 2 261 183 2 632 4 016 1 050 1 165 2 587 5 265 1 853	33 395 16 568 2 517 589 4 041 258 2 228 175 2 797 3 963 1 124 1 247 2 523 5 043 1 969	35 453 17 360 2 398 612 3 812 224 2 665 2 903 4 536 1 207 1 355 2 690 5 581 2 140	36 733 17 337 2 382 652 3 997 273 2 324 209 2 779 4 721 1 110 1 443 3 032 5 938 2 242	35 229 17 024 2 449 623 3 762 238 2 979 201 2 614 4 158 1 154 1 248 2 875 5 620 2 147	39 042 18 511 2 607 751 3 968 299 2 839 271 3 270 4 506 1 358 1 477 3 292 5 795 2 619	38 010 18 182 2 562 618 4 107 275 2 960 277 2 830 4 553 1 217 1 470 3 083 5 835 2 202	36 111 17 549 2 162 616 3 940 277 3 309 255 2 604 4 386 1 029 1 233 2 992 5 211 2 426		
Gastgewerbe Umsatz	1980 ₌ 100	105,8	107,0	116,9	97,1	101,6	120,4	117,0°	102,3 ^P			
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende) Kredite an inländische Nichtbanken 1) Unternehmen und Privatpersonen Öffentliche Haushalte Einlagen von Nichtbanken 2) Spareinlagen	Mrd. DM Mrd. DM Mrd. DM Mrd. DM Mrd. DM	1 658 1 242 416 1 124 518	1 769 1 333 436 1 187 548	1 728 1 299 429 1 141 523	1 742 1 306 436 1 152 524	1 769 1 333 436 1 187 548	1 826 1 386 439 1 191 538	1 833 1 391 442 1 196 540	1 852 1 397 454 1 213 543	1 872 ^F 1 419 ^F 453 ^F 1 254 ^F 569 ^F		
Steuern												
Gemeinschaftssteuern Steuern vom Einkommen Lohnsteuer Veranlagte Einkommensteuer Steuern vom Umsatz Umsatzsteuer	Mill. DM Mill. DM Mill. DM Mill. DM Mill. DM	23 674 15 014 10 284 2 550 8 143 4 478	24 650 15 462 10 741 2 356 8 823 4 932	20 705 10 742 10 519 - 196 9 178 4 857	19 824 9 918 10 026 - 313 9 631 5 330	44 628 33 866 18 213 8 366 9 719 5 120	33 599 24 808 10 855 7 839 8 788 4 698	20 383 11 067 10 939 - 482 8 557 3 867	20 544 10 346 10 615 - 397 9 952 4 990	46 016 35 046 18 570 8 573 9 976 5 153		
Bundessteuern Zölle Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM Mill. DM Mill. DM	4 131 394 3 489	4 343 395 3 678	4 380 424 3 759	4 452 425 3 789	8 243 443 7 592	4 456 427 3 827	4 480 486 3 770	4 788 494 4 026	8 602 468 7 946		
Preise												
Index der Einkaufspreise landwirt- schaftlicher Betriebsmittel 3)	1980 = 100	113,3	113,8	114,4	114,9	115,5	115,1	115,4	115,2 ^P	115,3		
Index der Erzeugerpreise landwirt- schaftlicher Produkte 3)	1980 = 100	109,8	108,2	110,0	110,3	110,7	107,4	106,7	106,0 ^p	105,7 ¹		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte 3)	1980 = 100	114,1	115,8	116,7	116,9	117,1	119,7	120,3	120,3	120,4		
Preisindex für Wohngebäude Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	109,2	111,4	Francis	112,6				114,8			
Bauleistungen am Bauwerk 4)	1980 = 100	108,9	111,2		112,5				114,2	*		
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	100,3	99,5		99,9				101,3			
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren Bekleidung, Schuhe Wohnungsmieten Energie (ohne Kraftstoffe) Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100 1980 = 100 1980 = 100 1980 = 100 1980 = 100 1980 = 100	111,9 111,3 109,8 109,7 125,6 110,6	115,6 114,3 113,0 115,6 124,5 113,7	116,5 114,1 113,9 116,9 126,0 114,6	116,7 114,3 114,1 117,2 127,6 114,8	117,0 114,6 114,2 117,4 128,0 114,8	118,3 115,0 116,2 120,9 129,0 116,2	119,0 115,0 116,6 121,5 132,0 116,3	119,2 115,2 117,0 121,9 130,9 116,5	119,3 115,3 117,0 122,1 131,1 116,5		
Güter für Gesundheits- und Körperpflege Verkehr und Nachrichtenübermittlung Bildung, Unterhaltung, Freizeit Persönliche Ausstattung, Sonstige	1980 = 100 1980 = 100 1980 = 100 1980 = 100	111,0 112,6 107,9 113,5	115,6 117,1 111,4 118,5	116,4 119,2 112,4 119,5	116,6 118,9 112,8 119,6	116,8 119,4 113,0 119,6	118,3 119,4 113,7 121,4	118,4 121,8 114,3 121,4	118,5 122,0 115,1 121,5	118,6 121,8 115,4 121,9		

¹⁾ Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Baunebenleistungen.

Handwerker verdienen 14,49 DM in der Stunde

Die rheinland-pfälzischen Arbeiter im Handwerk verdienten im November 1984 in der Stunde durchschnittlich brutto 14,49 DM. Das sind 2,8% mehr als im November 1983. Die Stundenverdienste der Vollgesellen stiegen um 2,7% auf 15,34 DM, die der Junggesellen um 2,8% auf 11,47 DM.

Den höchsten Stundenlohn erreichten mit 15,87 DM die Vollgesellen im Zentralheizungs- und Lüftungsbauerhandwerk, den niedrigsten mit 14,63 DM die Kraftfahrzeugmechaniker. Die bezahlten Wochenstunden aller Handwerker blieben innerhalb Jahresfrist mit 41,2 Stunden unverändert. ze

22% weniger Auftragseingänge im Wohnungsbau

Bei den rheinland-pfälzischen Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten gingen von Januar bis Dezember 1984 Aufträge im Wert von 3,8 Mrd. DM ein. Sie liegen um 8,7% unter den Ordereingängen des Jahres 1983. Den stärksten Rückgang verzeichnet mit — 22% der Wohnungsbau. Der Auftragsbestand Ende Dezember ist mit 1,6 Mrd. DM um 15% niedriger als vor Jahresfrist. spe

Exportplus mit USA und Kanada 23%

Im Jahre 1984 exportierten rheinland-pfälzische Unternehmen Waren für rund 28 Mrd. DM. Das sind fast 10% mehr als 1983. Unter den Produkten der Ernährungswirtschaft (+ 22%) erhöhten sich die Ausfuhren von Genußmitteln um 16%. Der Wert der ins Ausland gelieferten Genußmittel überschritt mit 1,2 Mrd. DM erstmals die Milliardengrenze, wobei sich der Anteil der Weinexporte auf 75% belief. Unter den Ausfuhren von gewerblichen Gütern (+ 8%) nahmen die Lieferungen von Halbwaren um 22% zu (chemische Halbwaren + 42%). Die Exporte von Kunststoffen stiegen um 20%, die von chemischen Vorerzeugnissen um 17% (chemische Endprodukte + 13%).

Die industrialisierten westlichen Länder steigerten im Jahre 1984 ihre Importe aus Rheinland-Pfalz um 15%. Für die Ausfuhren nach Nordamerika (USA und Kanada) errechnet sich ein Plus von 23%. Die Exporte in die EG-Staaten erhöhten sich um 14%. Der Bezug heimischer Erzeugnisse durch die Entwicklungsländer lag um 9% niedriger als im Jahre 1983. Die Warenaufnahme durch die Staatshandelsländer war dagegen um 6% höher.

Die rheinland-pfälzischen Importe stiegen im Vergleich zu 1983 um 6% auf 19,3 Mrd. DM. Während die Bezüge von chemischen Vor- (+ 25%) und Enderzeugnissen (+ 17%) deutlich zunahmen, ging der Wert der Erdölimporte um 21% zurück. san

Exporte 1984 um fast 10% gestiegen

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft führte im Jahre 1984 Waren im Wert von nahezu 28 Mrd. DM aus. Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Lieferungen um 9,6%. Überdurchschnittlich stiegen die Exporte von ernährungswirtschaftlichen Erzeugnissen, Halbwaren (je + 22%), Vorerzeugnissen (+ 17%) und von Rohstoffen (+ 15%).

Eingeführt wurden Güter für 19,3 Mrd. DM. Das sind 6% mehr als im Jahre 1983. Die ausgeprägtesten Steigerungen waren für die Importe von Vorund Endprodukten mit je 16% zu verzeichnen, es folgen Bezüge von Agrarerzeugnissen (+ 6,5%).

Im Jahre 1984 lagen die rheinland-pfälzischen Ausfuhren um 45% über den Einfuhren. Für die Bundesrepublik errechnet sich — bei Lieferungen für 488 Mrd. DM und Bezügen für 434 Mrd. DM — ein Exportüberschuß von 12%. pe

In über 100 Ländern wird Wein aus Rheinland-Pfalz getrunken

Im Jahre 1984 wurden aus Rheinland-Pfalz nahezu 2,9 Mill. hl Wein in 109 Länder ausgeführt. Der Wert dieser Lieferungen beziffert sich auf mehr als 890 Mill. DM. Das sind durchschnittlich 3,07 DM je Liter. 96% der Exporte waren für die zehn wichtigsten Abnehmerländer bestimmt.

Mehr als zwei Drittel aller Weinlieferungen gelangten nach Großbritannien (39%) und in die USA (30%). Es folgen die Niederlande (9,5%), Kanada (6,8%), Japan (3,5%), Dänemark (2,6%) und Schweden (2,0%). Die Ausfuhren nach Belgien/Luxemburg, Australien und in die Republik Irland machten jeweils rund 1% aus. Mehr als die Hälfte der Exporte war für die Staaten der EG bestimmt.

Aus dem Bundesgebiet wurden im Jahre 1984 rund 3,2 Mill. hl Wein für knapp 1,1 Mrd. DM ausgeführt. Nahezu 90% dieser Lieferungen stammten aus Rheinland-Pfalz, san

Höherer Güterumschlag nur in Ludwigshafen, Mainz, Koblenz, Bendorf und Neuwied

Im Jahre 1984 registrierten die rheinland-pfälzischen Rhein- und Moselhäfen einen Güterumschlag von 31,6 Mill. t, 0,9% weniger als im Jahre 1983. Es wurden 17,9 Mill. t Güter gelöscht (\pm 1,4%). Die Menge der verladenen Produkte belief sich auf 13,7 Mill. t (\pm 3,7%). Von den neun größten Häfen des Landes mit jeweils mehr als 1 Mill. t empfangener und versandter Güter wiesen Bendorf (\pm 27%), Neuwied (\pm 11%), Ludwigshafen (\pm 9%), Mainz \pm 5%) und Koblenz (\pm 4%) steigende Umschlagsleistungen aus. gz

Im Einzelhandel nahm 1984 die Zahl der Teilzeitkräfte deutlich zu

Bei den rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäften lag im Jahre 1984 die Zahl der tätigen Personen um 0,3% über dem Stand von 1983. Die Zahl der Vollzeitkräfte ging um 1% zurück, die der Teilzeitbeschäftigten stieg um 3,1%. Beim Fahrzeughandel erhöhte sich die Zahl der Mitarbeiter im Teilzeitverhältnis um mehr als ein Fünftel. Es folgen die Apotheken und Drogerien (+ 5,4%), der Vertrieb von Einrichtungsgegenständen (+ 5,2%) sowie die Warenhäuser (+ 4,7%).

Im Jahre 1984 nahm der Umsatz des Einzelhandels um 0,9% zu. Die ausgeprägtesten Steigerungen verzeichneten die selbständigen Tankstellen (+ 9,3%) und der Fahrzeughandel (+ 8,8%). Auch bei den Lebensmittel- und Genußwarengeschäften (+ 4%), dem Vertrieb von pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln (+ 3%) sowie beim Textilien- und Schuhhandel (+ 1,8%) stiegen die Erlöse überdurchschnittlich. pe

Großhandelsumsätze 1984 um 4,2% gestiegen

Im Jahre 1984 nahmen die Umsätze des rheinlandpfälzischen Großhandels gegenüber dem Vorjahr um 4,2% zu. Neben dem Brennstoffhandel (+ 25%) zeigten auch der Vertrieb von Lebens- und Genußmitteln (+ 5,1%) sowie von pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln (+ 4,9%) überdurchschnittliche Steigerungen.

Die Zahl der im Großhandel tätigen Personen lag um 1,1% niedriger als 1983, die der Teilzeitkräfte um 0,3%. Deutliche Beschäftigtenzugänge verzeichneten der Vertrieb von Papier und Druckerzeugnissen (+ 4,8%), festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (+ 2,3%) sowie von Holz, Baustoffen und Installationsbedarf (+ 2,3%). Die Zahl der Mitarbeiter im Teilzeitverhältnis erhöhte sich beim Handel mit Pharmazeutika (+ 12%) und mit Papierwaren (+ 8,5%) am stärksten. pe

14% mehr Übernachtungen im November

Im November 1984 zählten die rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe 301 260 Gäste mit zusammen 921 630 Übernachtungen. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat nahm die Zahl der Besucher um 7%, die der Übernachtungen um 14% zu.

Von Januar bis November 1984 besuchten mehr als 5 Mill. Gäste die Fremdenverkehrsbetriebe. Es wurden 17,6 Mill. Übernachtungen registriert. Im Vergleich zu den ersten elf Monaten 1983 nahm die Zahl der Gäste um 1,8%, die der Übernachtungen um 1,6% zu. Die mittlere Verweildauer der Gäste betrug 3,5 Tage, die vorhandene Beherbergungskapazität wurde zu 29,8% genutzt. san

Umsatzanstieg und höhere Beschäftigung im Gastgewerbe, vor allem mehr Teilzeitbeschäftigte

Im Jahre 1984 nahmen die Umsätze des rheinlandpfälzischen Gastgewerbes gegenüber 1983 um 2,1% zu. Bei den Gaststätten wurde eine Steigerung von 2,9%, im Beherbergungsgewerbe eine von 1,2% festgestellt. Überdurchschnittlich entwickelten sich die Erlöse der Bars und Tanzlokale (\pm 5,1%), der Schankwirtschaften (\pm 4%) und der Speisewirtschaften (\pm 3,9%).

Die Zahl der im Gastgewerbe tätigen Personen stieg im Jahre 1984 um 1,7%, darunter die der Teilzeitbeschäftigten um 5,9%. Bei den Schankwirtschaften und den Gasthöfen erhöhte sich die Zahl der Mitarbeiter im Teilzeitverhältnis jeweils um rund ein Zehntel. Auch die Hotels verzeichneten einen relativ starken Zugang (+ 7,4%). pe

Personenkraftwagen der oberen Mittelklasse stärker gefragt

Im Jahre 1984 wurden in Rheinland-Pfalz 159 374 neue Kraftfahrzeuge zugelassen. Das sind 8 833 weniger als im Vorjahr (– 5,3%). Es handelt sich bei den rückläufigen Zulassungszahlen vor allem um 3 764 Krafträder (– 23%) und um 3 536 Personenkraftwagen (– 2,8%).

In der am stärksten besetzten Klasse der Personenkraftwagen von 1500 bis 1999 cm³ Hubraum konnten 7,6% mehr Neuzulassungen verzeichnet werden. Bei den Kleinwagen bis 999 cm³ Hubraum errechnet sich eine Steigerung um 14,5%. Dem stehen rückläufige Zulassungszahlen in der Klasse von 1000 bis 1499 cm³ Hubraum (– 15%) und über 2000 cm³ (– 13%) gegenüber.

Bei den Nutzfahrzeugen gab es teils beträchtliche Einbußen, insbesondere bei Ackerschleppern (- 31%). Die Zahl der neu zugelassenen Kombinationskraftwagen übertraf das Ergebnis von 1983 um rund 100 Fahrzeuge. gz

35% der Verkehrstoten bei Innerortsunfällen

Im Jahre 1984 verloren in Rheinland-Pfalz bei 21 759 Unfällen mit Personenschaden (— 4,2%) insgesamt 634 Menschen das Leben (— 13%). Die Zahl der Verletzten ging gegenüber 1983 um 4,5% auf 28 833 zurück. Von ihnen bedurften 8 854 einer stationären Behandlung. Die meisten Verkehrstoten gab es auf den Bundes- (244) und den Landesstraßen (183), wesentlich weniger waren es auf Autobahnen (52). Innerhalb von Ortschaften ereigneten sich drei Fünftel aller Unfälle mit Personenschaden (— 3,5%). Auf die Innerortsunfälle entfielen 35% der bei Straßenverkehrsunfällen Getöteten sowie 50% der Schwerverletzten und fast 60% der Leichtverletzten. gz

Geschäft mit gebrauchten Motorrädern expandierte deutlich

Im Jahre 1984 wechselten in Rheinland-Pfalz 373 867 gebrauchte Kraftfahrzeuge den Besitzer. Damit wurde das bisherige Spitzenergebnis von 1983 um 4 882 Fahrzeuge übertroffen (+ 1,3%). Der Zuwachs ist ausschließlich auf die Entwicklung im ersten Halbjahr zurückzuführen. Während sich von Januar bis Juni 1984 die Zahl der verkauften Gebrauchtwagen gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 3,5% erhöhte, wurde für das zweite Halbjahr 1984 ein Rückgang um 1,1% ermittelt.

Die Zahl der im Jahre 1984 gebraucht verkauften Personenwagen (307 387 Fahrzeuge entspricht dem Vorjahresergebnis (\pm 0,1%). Die höchsten Steigerungsraten errechnen sich für Motorräder (\pm 16%) und Sonderkraftfahrzeuge (\pm 14%). Auch gebrauchte Kombinationskraftwagen (\pm 5,1%), Omnibusse (\pm 4,6%) und Lastkraftwagen (\pm 3,3%) wechselten häufiger den Besitzer als im Jahre 1983.

Vier Fünftel der verkauften gebrauchten Personenwagen hatten einen Hubraum von 1 000 bis unter 2 000 cm³. In dieser Klasse wurden 0,8% mehr Fahrzeuge verkauft als im Vorjahr. Die Zahl der Weiterverkäufe von Wagen mit 2 000 und mehr cm³ Hubraum nahm im Jahre 1984 um 3,7% auf 35 707 ab. gz

Mehr als doppelt so viele Krafträder zugelassen wie vor fünf Jahren

In Rheinland-Pfalz waren am 1. Januar 1985 insgesamt 1 922 341 Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Das sind 51 330 oder 2,7% mehr als ein Jahr zuvor. Mit 531 Kraftfahrzeugen je 1 000 Einwohner hat Rheinland-Pfalz die höchste Kraftfahrzeugdichte unter den Bundesländern (Bundesdurchschnitt 490).

Bei den Personen- und Kombinationskraftwagen errechnen sich in allen Hubraumklassen Zunahmen. Am stärksten stieg die Zahl der Autos der oberen Mittelklasse von 1 500 bis 2 000 Kubikzentimeter Hubraum (+ 5%). Dieselantrieb hatten fast 8% aller Personenkraftwagen und Kombis.

Der Bestand an Personenkraftwagen nahm zwischen Anfang 1984 und 1985 um 2,6% auf 1 456 829 zu. Kombinationskraftwagen gab es 5,2% mehr, Krafträder 8,2%. Anfang 1985 waren mehr als doppelt so viele Krafträder zugelassen wie fünf Jahre zuvor. gz

116 ältere Menschen im Straßenverkehr getötet

Im Jahre 1984 verunglückten auf den rheinlandpfälzischen Straßen 634 Personen tödlich. Von ihnen waren 116 älter als 64 Jahre. Im Regierungsbezirk Koblenz verloren 44 Verkehrsteilnehmer mit 65 und mehr Jahren das Leben, davon allein elf im Landkreis Ahrweiler. Im Regierungsbezirk Trier waren es 13, in Rheinhessen-Pfalz 59. 21 Verkehrsopfer gab es in den kreisfreien Städten des südlichen Landesteils.

Jeder zweite der über 64jährigen Verkehrstoten war ein Fußgänger. 21 Personen kamen als Fahrzeugführer, je 17 als Radfahrer oder als Mitfahrer in Fahrzeugen, meist in Personenkraftwagen, ums Leben.

67 Verkehrstote waren zwischen 70 und 80 Jahre alt. Von ihnen wurden 35 als Fußgänger, 14 als Fahrzeugführer und zehn als Radfahrer tödlich verletzt. 80 und mehr Jahre alt waren 34 Verkehrsopfer, die meist als Fußgänger (22) zu Schaden kamen. gz

Täglich ereigneten sich 263 Sachschadensunfälle auf den Straßen

In Rheinland-Pfalz ereigneten sich im Jahre 1984 insgesamt 95 934 von der Polizei erfaßte Verkehrsunfälle mit nur Sachschaden. Das sind 6 760 oder 7,5% mehr als ein Jahr zuvor. Über drei Fünftel dieser Unfälle hatten nur leichten Blechschaden zur Folge, das heißt einen Sachschaden unter 1 000 DM bei jedem der Beteiligten (+ 6,7%).

Auf Schäden von 1 000 bis unter 3 000 DM bei mindestens einem der Beteiligten entfielen 19 617 Unfälle (+ 7,8%). Die Zahl der Unfälle mit einem Schaden über 3 000 DM bei mindestens einem der Beteiligten stieg um 11%.

Pro Tag ereigneten sich im Jahre 1984 im Straßenverkehr durchschnittlich 263 reine Sachschadensunfälle im Vergleich zu 244 im Jahre 1983 und 238 im Jahre 1979. Die tagesdurchschnittliche Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden blieb von 1979 auf 1984 mit 62 unverändert. Der Kraftfahrzeugbestand erhöhte sich in diesen fünf Jahren in Rheinland-Pfalz um 16%, gz

Weniger Verkehrstote, aber mehr Sachschaden im Januar 1985

Auf den rheinland-pfälzischen Straßen wurden im Januar 1985 von der Polizei rund 10 500 Verkehrsunfälle registriert. Im Vergleich zum Januar 1984 ging die Zahl der Personenschadensunfälle um 43% auf 850 zurück, die der Unfälle mit nur Sachschaden stieg um 12% auf 9 645.

Diese Entwicklung hängt maßgeblich mit den extremen winterlichen Witterungsverhältnissen zusammen, welche zu Beginn dieses Jahres eine deutliche Verringerung der Fahrgeschwindigkeit und des Straßenverkehrs insgesamt bedingten.

Im Januar 1985 wurden bei Straßenverkehrsunfällen 1 124 Personen verletzt. Von insgesamt 16 Verkehrstoten waren 13 Insassen von Personenkraftwagen. Zwei Personen verloren als Fußgänger das Leben, ein Radfahrer starb. Im Januar der Jahre 1981 bis 1984 hatte sich die Zahl der Verkehrstoten jeweils auf das Zwei- bis Dreifache vom Januar 1985 belaufen (1980: 88). gz

Zeichenerklärungen

- = nichts vorhanden
- 0 = Zah! ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit
- kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich
- ... = Angabe fällt später an
- () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist

D = Durchschnitt

p = vorläufige Angabe

r = berichtigte Angabe

s = geschätzte Angabe

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie "von 50 bis unter 100" die Kurzform "50 - 100" verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 3,—, Jahresabonnement DM 30,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45, Telex 869 033 stle d oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Finsenden eines Belegexemplares gestattet. ISSN 0174-2914.